

# Der Auslandsdeutsche

Zeitschrift für die Kunde vom Auslandsdeutschtum  
Herausgegeben vom Deutschen Ausland-Institut Stuttgart

Jahrgang 21

Februar 1938

Heft 2

## Die sudetendeutsche Frage und die Vertrauenskrise in der Tschechoslowakei

Beitrag zu einer von tschechischer Seite eröffneten Diskussion

Wenn sich ein Volk oder ein Volksteil frei entwickeln will, braucht es dazu einen genügenden Lebensraum. Dies gilt in besonderem Maße von der sudetendeutschen Volksgruppe, die dieselben sozialen Schichtungen des völkischen Organismus aufweist, wie der innerhalb der deutschen Reichsgrenzen lebende Teil des deutschen Volkes. Es ist aber auch von der Raumnot des deutschen Volkes betroffen, da es als natürlicher Industriestandort eine weit über dem tschechischen Durchschnitt liegende Bevölkerungsdichte aufweist. Dieser sudetendeutsche Lebensraum war mit Ausnahme des Brüx-Düzer Gebietes bis 1918 nahezu rein deutsch. Die völkische Mischzone im hochindustrialisierten Brüx-Düzer Kohlenbecken ist im 19. Jahrhundert im Wesentlichen auf natürliche Weise (ungewöhnlicher Bedarf an Arbeitskräften, der aus dem sudetendeutschen Gebiet allein damals nicht voll befriedigt werden konnte) entstanden.

Seit 1918 sind in der Tschechoslowakei unleugbar Bestrebungen im Gange, neue künstliche Mischzonen auf Kosten des Sudetendeutschtums zu schaffen. Von staatlicher Seite planmäßig gefördert, arbeiten die Gliederungen der „Jednota“ und der „Matice“ darauf hin, das geschlossene deutsche Volksgebiet mit tschechischen Zellen zu durchsetzen. Die überwiegend in den Diensten tschechischer Machtwünsche stehende Staatsführung fördert die von der „Jednota“ getragenen Bestrebungen unmittelbar durch Überleitung der Staatsämter in tschechische Hände und mittelbar durch Geldzuwendungen an die genannten tschechischen Kampfverbände, die ein Mehrfaches der Summe ausmacht, die diese aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden von privater Seite erhalten. Die Entstehung von deutschtschechischen Mischzonen wird aber von tschechischer Seite nur als vorübergehend, als Etappe, angesehen. Das Endziel hat die „Narodni obrana“ (15. 4. 1936) klar und unmißverständlich

ausgesprochen: „Das Grenzlandproblem ist nicht nur eine soziale Frage, das Grenzlandproblem ist die Rückgewinnung (!) mehr als eines Drittels unseres Vaterlandes in die Hände des eigenen Volkes. Das Grenzlandproblem ist die Befiedlung dieses Drittels mit Deuten aus unserem Volke, ist die Hinauschiebung der heutigen Sprachgrenze bis an die tatsächlichen Landesgrenzen, ist die Erbauung eines vollkommen starken, unüberwindlichen und verlässlichen Grenzgebietes, eine Festungslinie aus Menschen unseres Geschlechtes und unseres Blutes“.

Klar und unumwunden ausgedrückt heißt das: Vernichtung oder Tschechisierung von 3¼ Millionen Sudetendeutschen, heißt Umwandlung des tschechisch-deutsch-slowakisch-ungarisch-ukrainisch-polnischen Nationalitätenstaates in einen tschechischen Nationalstaat, heißt brutale Entnationalisierung von 49 v. H. aller Bewohner der Tschechoslowakei. Da aber Druck immer Gegendruck erzeugt, heißt das Herausbeschwörung eines Volkstumskampfes von bisher kaum gekannter Schärfe, da die beiden Gegner (51% Tschechen, 49% Nichttschechen) zahlenmäßig nahezu gleich stark sind.

Der Widerstand des geeinten Sudetendeutschtums und sein entschlossener Kampf um sein unabdingbares Lebensrecht und seinen in jahrhundertelanger Aufbauarbeit erworbenen Lebensraum ist heute bereits über eine innerpolitische Angelegenheit der Tschechoslowakei hinausgewachsen und zu einer der dringendsten europäischen Fragen überhaupt geworden. Selbst der bestimmt nicht als „Naziagent“ zu verdächtigende französische Außenminister Delbos, also der Vertreter desjenigen Staates, mit dem die Tschechoslowakei die allerengsten Freundschaftsbeziehungen unterhält, deren Reichweite man in Faucher, dem Chef der französischen Militärmission in Prag, verkörpert sehen kann, hat sich bei seinem letzten Aufenthalt in Prag gezwungen gesehen, nachdrücklichst auf die Gefahren einer Beibehaltung des bisherigen deutschfeindlichen Kurses aufmerksam zu machen.

Diese und andere unerwünschte Erfahrungen haben es mit sich gebracht, daß einsichtsvolle Tschechen, die sich den Blick für tatsächliche Begebenheiten freizuhalten verstanden, trotz dem auf tschechischer Seite systematisch geförderten Schwelgen in den unmöglichsten machtpolitischen Wunschbildern, sich heute bereits ernste Gedanken über die Folgen dieser Innenpolitik machen. So hat sich E. Havlík im „Národnostní Obzor“ (Dezember 1937) mit den „Fragen, die sich aus der Nationalitätendurchmischung ergeben“, befaßt. Da Havlík seine Ausführungen ausdrücklich zur Diskussion stellt, wollen wir im folgenden zu ihnen Stellung nehmen. Wir tun dies auch deshalb, weil Havlíks Darstellung erkennen läßt, daß sie mit ziemlicher Unvoreingenommenheit abgefaßt wurde und H. selbst in den aufgezeigten Alternativen viel persönlichen Mut verrät, der allerdings kaum die Anerkennung der berufsmäßigen Scharfmacher in gewissen Prager Redaktionsstuben finden dürfte.

Bei den Erwägungen über Vor- und Nachteile deutsch-tschechischer Mischzonen erklärt Havlík, daß ein tschechisches Interesse nicht nur die Durchmischung des deutschen Gebietes, sondern auch das Gegenteil, ein gewisser Grad der Durchmischung des tschechischen Gebietes mit Elementen des Deutschtums sei. „Auch das ist unser Interesse, weil es eine Bürgerschaft der Ganzheit der Sudetenländer ist.“ Bei der Durchmischung des tschechischen Gebietes mit Deutschen sieht er „kleine deutsche Minderheiten“ in tschechischen Städten für „vorteilhafter an als ganze deutsche Inseln“. Auf diese Weise will H. eine schicksalhafte Bindung des Sudeten-

deutschtums an den tschechischen Staat erreichen. Es bedarf allerdings keiner eingehenden Begründung, daß diese Art der schicksalhaften Bindung vom Sudeten-deutschtum als willkürlich und erzwungen betrachtet würde, da sie einer babylonischen Gefangenschaft gleich käme. Sie würde im Gegenteil den Völkerverhaß noch mehr steigern, da das Beispiel Prags, wo sogar deutsche Aufschriften verboten sind und das Nebeneinander beider Völker periodisch zu solchen tschechischen Hassausbrüchen führt, daß das Sudeten-deutschtum keine Lust hat, sich ihnen auch anderswo auszusetzen. Schluß fehlt! Auf tschechischer Seite fehlen heute jedenfalls noch nahezu vollkommen die notwendigen Voraussetzungen für ein friedliches Nebeneinanderleben. Außerdem können wir uns keine stärkere Bindung des Deutschtums an die böhmischen Länder denken, als sie durch die Kulturarbeit eines Jahrtausends entstanden ist. Soll sie weiterhin fruchtbar bleiben, dann muß man wohl oder übel die praktischen, d. h. staatsrechtlichen Folgerungen aus Dr. Benesch's Vorkriegserkenntnis ziehen, die klar und eindeutig lautet: „In der Tat ist die Versöhnung der beiden Völker in Böhmen nur möglich, wenn beide Völker sich vollkommener Autonomie erfreuen. Eines muß vom anderen getrennt werden.“ (Nation und Staat, Okt. 1937.) Wobei ausdrücklich hervorgehoben sei, daß damit nicht einer starren Abschließung trotz veränderter biologischer Entwicklung das Wort geredet wird.

Es sollen damit nur jene vergiftenden imperialistischen Bestrebungen zur Erfolglosigkeit verurteilt werden, die auch Havlik als sehr zweischneidig erkannt hat, wenn er sagt: „Anderes ist das allerdings, wenn den nationalen Verschiebungen keine Spontaneität zugrunde liegt, wenn sie gemacht, künstlich sind. Nicht nur, daß eine solche Bewegung nervös macht und die öffentliche Meinung beunruhigt; sie kann darüber hinaus die Öffentlichkeit noch nicht einmal von ihrer Zwangsläufigkeit überzeugen; sie trübt die Beziehungen der Völker, weil sie den Glauben an das ehrenhafte Spiel des völkischen Partners tötet.“ Ganz abgesehen von den notwendigen Rückwirkungen auf die innere Einstellung des Benachteiligten zum Staat als solchen, über deren Bedeutung sich H. ebenfalls klar ist: „Wenn dabei noch die Durchmischung nicht genügend wirksam fortschreitet, dann überwiegen diese ungünstigen Folgen den Vorteil, der sich für das Staatsganze sonst grundsätzlich aus der Durchmischung ergibt.“

Wenn H. meint, daß man die zielbewußt ins deutsche Gebiet verlegten tschechischen Staatsbeamten zwar durch höhere Bezüge unterstützen könne, daß dadurch aber naturnotwendig eine tschechen- und staatsfeindliche Stimmung unter den einheimischen Deutschen wachgehalten und verstärkt wird, so hat er ebenfalls eine auf tschechischer Seite sonst gern übersehene Tatsache festgestellt.

Überaus aufschlußreich sind die Daten, die Havlik über das tschechische Minderheitenschulwesen ausführt: „Heute, wo es in Böhmen und Mähren-Schlesien 3500 Gemeinden mit deutscher Mehrheit gibt, haben wir gegen 1200 tschechische s t a t l i c h e Minderheitenschulen, d. h. also in 35% dieser Gemeinden sind tschechische Minderheitenvolksschulen. Natürlich sind diese Schulen nicht nur in Orten, wo die sonst normale Anzahl von 40 tschechischen Kindern vorhanden ist: sie werden — gemäß gesetzlicher Ermächtigung — auch in Orten mit erheblich kleinerer Anzahl von Kindern errichtet. Sie werden auch nicht nur für tschechische Kinder errichtet, sondern auch für Kinder aus gemischten Ehen, und es werden auch deutsche Kinder (Anm. d. Verf.: 1935 zusammen rund 20 000!) in sie aufgenommen. Man kann nicht bestreiten, daß die deutschen Kinder in manchen dieser Schulen einen ansehnlichen Teil der Schülerzahl bilden.“ (In vielen Bezirken 70%!)

Über die verheerenden Folgen solcher Zustände gibt sich H. keiner Täuschung hin. Er schreibt freimütig: „Die Demokratie verlangt, daß allen Bürgern die Bedingungen zur Entfaltung der Persönlichkeit gewährt werden, und eine der Hauptbedingungen ist, daß das Kind im zartesten Alter, wo es die elementarsten Grundlagen seiner Bildung legt, diese auf die ihm am leichtesten zugängliche Art gewinne. Das ist nicht nur eine Bürgerschaft, daß es sie so schnell als möglich gewinnt, sondern auch dafür, daß sein Selbstbewußtsein und sein seelisches Gleichgewicht auch über diese Anfänge hinaus ohne die geringste Einbuße erhalten bleibt, wie das bei zukünftigen Bürgern eines demokratischen Staates sein soll.“ Diese in der heutigen Zeit für einen Tschechen immerhin bemerkenswerte Einstellung begründet H. damit, daß sich die Schule als Mittel der völkischen Expansion nicht bewährt habe. Wir möchten einschränkend feststellen, daß sie sich in der Tschechoslowakei nicht in dem erhofften Maße bewährt hat. Ja, die Schule kann nicht einmal eine nationale Befriedung herbeiführen, wenn nicht bestimmte Grundsätze der unbedingten völkischen Gleichberechtigung verwirklicht wurden. „Es ist eine Tatsache, daß sich der Sinn für eine Verständigung der Völker im wesentlichen als Ergebnis der Lebenserfahrungen der erwachsenen Menschen einstellt.“ Wir können diese Erkenntnis H.'s nur unterstreichen, und wir pflichten ihm ebenso darin bei, daß erzieherische Gründe eher gegen eine national gemischte Schule sprechen als für sie. Damit entkräftet H. gleichzeitig seine vorher geäußerte Meinung, daß die Erlernung der tschechischen Sprache bis zu einem gewissen Grade für den Besuch tschechischer Schulen durch deutsche Kinder spreche. Die damit verbundenen großen anderen Nachteile können durch keine noch so vollkommene Erlernung einer fremden Sprache — die man sich auf viel natürlichere Weise durch einen Ferienaustausch aneignen kann — aufgewogen werden.

Havlik wendet sich daher gegen eine künstliche Aufblähung des tschechischen Schulwesens im deutschen Gebiet. Ihm sind offenbar die sehr anrüchigen Praktiken der staatlich geförderten „Jednota“ bekannt, die oft solche Schulen errichtet und dann erst nachträglich veranlaßt, daß zu ihrer Füllung rasch kinderreiche tschechische Beamte in die betreffenden Orte versetzt werden.

Havlik nimmt am Schlusse seiner interessanten Ausführungen noch einmal zum „Grenzlerproblem“ Stellung. Denn diese Frage belastet das deutsch-tschechische Verhältnis innerpolitisch ebenso sehr, wie etwa der Sowjetpakt außenpolitisch. Die Grenzlerfrage ist neben der künstlichen Schaffung tschechischer Siedler durch die Bodenreform vor allem das Problem der Staatsbeamten im sudetendeutschen Gebiet, stellen diese doch den Hauptteil der Grenzler dar. Diese tschechischen Staatsbeamten belasten das innerpolitische Verhältnis der beiden Völker aber auch deshalb, weil sie meist führende Jednotafunktionäre sind und als solche nur zu oft die Interessen eines Vielvölker-Staates mit den Wünschen einer nationalchauvinistischen Kampforganisation vermengen. Woraus ihnen im Einzelfalle allerdings deshalb kein ernsthafter Vorwurf gemacht werden kann, weil der Staat die „Jednota“ offen unterstützt, sich also praktisch mit deren Zielsetzung identifiziert. Der tschechische Staatsbeamte und Jednotafunktionär setzt daher ebenfalls die Ziele beider gleich.

Die psychologischen Auswirkungen auf das Sudetendeutschtum waren verheerend. Es wurde jener Zustand von Rechtsunsicherheit erzeugt, der die moralische Autorität des Staates auf das schwerste erschütterte. Es ist erfreulich, daß Havlik diesem Zustand in seiner Darstellung insofern Rechnung trägt, als er die Berechtigung des sudetendeutschen Anspruchs auf verhältnismäßigen Anteil an der Staatsbeamten-

schaft anerkennt. Er spielt allerdings an manchen Stellen mit dem Gedanken, daß man die deutschen Staatsbeamten ins tschechische Gebiet versetzen könne; dagegen würden (nach H.) nur wirtschaftliche und gesellschaftliche Gründe sprechen. Damit würden aber gerade die psychologischen Ursachen des deutsch-tschechischen Mißtrauens nicht aus der Welt geschafft. Unter ausdrücklichem Bezug auf die gegenwärtige gespannte Lage bezeichnet es H. allerdings als wünschenswert, daß nur die führenden staatlichen Stellen im sudetendeutschen Gebiet von Tschechen eingenommen werden. Denn es ist „unbegründet und unverständlich, daß jeder Briefträger, jeder Steuerbeamte, jeder Eisenbahnarbeiter, ja manchmal schließlich sogar jeder Schuldiener an deutschen Anstalten, im deutschen Gebiet ein Tscheche ist. Das sind keine Machtpositionen des Staatsinteresses; sie haben im Gegenteil vom staatspolitischen Gesichtspunkt aus eine große negative Bedeutung, weil die deutsche Bevölkerung in ihnen Entzieher des täglichen Brotes sieht. . . . Weist den deutschen Bürger tausendmal darauf hin, daß auf Grund der Vereinbarung der Regierung mit den deutschen Aktivisten deutsche Postbeamte, Eisenbahner, Angestellte usw. aufgenommen werden, daß sie aber im tschechischen Gebiet angestellt würden — er wird es nicht begreifen, er wird es nicht glauben, er wird es lediglich als einen Erfolg auf dem Papier ansehen, solange er selbst nicht mit eigenen Augen in seiner deutschen Stadt oder in seinem Dorf deutsche Eisenbahner, Briefträger und Schuldiener sehen wird.“ Aus dieser sehr richtigen Erkenntnis kann man schließen, daß H. die Verhältnisse im sudetendeutschen Gebiet und die Einstellung seiner Menschen aus unmittelbarer Anschauung kennt und nicht wie leider die Mehrzahl der über das Sudetendeutschtum schreibenden tschechischen Zeitungsleute vom grünen Tisch aus falsche Urteile verbreitet. Es muß noch hinzugefügt werden, daß laut Erklärung des Ministerpräsidenten Dr. Hodza nicht einmal seit dem Feber-Abkommen so viele Deutsche aufgenommen würden, als dem Anteil des Sudetendeutschtums an der Gesamtbevölkerung des Staates entspräche. Daß die seit Jahren bestehende Benachteiligung des Sudetendeutschtums auf diese Weise nicht beseitigt werden kann, liegt auf der Hand. Ebenso wenig kann auf diese Weise die skeptische Einstellung der sudetendeutschen Bevölkerung gegenüber dem tschechoslowakischen Staate geändert werden. Der politische Ausnahmezustand, der besonders durch das Staatsverteidigungsgesetz über das sudetendeutsche Gebiet verhängt wurde und sich sehr fühlbar in einer Vermehrung und Verstärkung der Polizeistellen und in einer Reihe einseitiger und nur zu oft willkürlicher Verbote und Beschränkungen des täglichen Lebens äußert, hat die innere Konsolidierung infolge Verstärkung des seelischen Drucks auf Jahre hinaus in Frage gestellt.

Über die Tragweite und die Gefahr der gegenwärtigen Lage der tschechoslowakischen Nationalitätenpolitik ist Havlík offenbar vollständig im Bilde, da er an den Schluß seiner Ausführungen die Alternative setzt: „Wir stehen hier an einem staatsmännischen Scheidewege: Was ist für den Staat besser, eine unerhebliche Zunahme der Durchmischung oder die psychologische Beruhigung seiner Bürger? Es wäre sehr nötig, Es wäre sehr nötig, daß unsere Öffentlichkeit, besonders auch die politische, begriffe, daß das zweite viel wichtiger ist.“

Praktisch würde das bedeuten, daß die Tschechen die derzeitige Gewaltpolitik gegenüber dem Sudetendeutschtum (und damit auch gegen die anderen Volksgruppen) aufgeben und die in Versailles und in der Verfassungsurkunde versprochene Gleichberechtigung in allen Zweigen des öffentlichen und privaten Lebens tatsächlich durch-

führen. Sie würden damit nur das Vermächtnis Masaryks, ihres Führers im Befreiungskampfe, erfüllen, der 1918 erklärt hat: „Man muß mit unseren Deutschen verhandeln, damit sie unseren Staat akzeptieren, der kein Nationalstaat sein soll, sondern ein moderner, fortschrittlicher und demokratischer“. Masaryk war sich auch über die außenpolitischen Folgen der innerpolitischen Lage des Sudetendeutstums im klaren, wenn er schrieb: „Wir sind nicht so naiv zu glauben, daß sich ein selbständiger tschechischer Staat neben Deutschland erhalten könnte, wenn sich seine deutsche Bevölkerung längere Zeit hindurch unzufrieden fühlt.“ Es liegt ganz bei den verantwortlichen tschechischen Stellen, ob sie aus dieser Erkenntnis endlich die notwendigen Folgerungen ziehen und damit die tatsächliche Konsolidierung der Tschechoslowakei anbahnen, oder ob sie auf der gegenwärtigen Bahn fortfahren und alle sich daraus ergebenden Folgen tragen wollen.

Walter Schott

## Die Wirtschaftslage der deutschen Volksgruppe in Jugoslawien

Die Wirtschafts- und Sozialstruktur der deutschen Volksgruppe in Jugoslawien sowie ihre Siedlungslage im wichtigsten landwirtschaftlichen Überschußgebiete des Staates bewirken eine unmittelbare Abhängigkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse von der jeweiligen Konjunktur für agrarische Produkte. Das gilt nicht nur für den bäuerlichen Grundbestandteil der Volksgruppe, sondern gleichfalls für die immer stärker aufrückenden übrigen Berufsstände. Denn auch die nichtbäuerlichen, aber zum Großteil noch immer im ländlichen Lebensbereiche haftenden Berufsangehörigen finden ihren Erwerb in engster Verbundenheit mit der Landwirtschaft. Andererseits weisen die deutschen Bauernwirtschaften gegenüber den landwirtschaftlichen Betrieben der nichtdeutschen Bevölkerung ihres Siedlungsraumes keine eigentlichen strukturellen Unterschiede auf. Sie gliedern sich, bis auf die stärkere oder geringere Verbreitung einzelner Produktionszweige in lokalen Bereichen und bis auf die häufige Anwendung fortschrittlicherer Bewirtschaftungsmethoden, in die allgemeine Wirtschaftsstruktur dieses Raumes ein. Somit entwickelt sich das Wirtschaftsleben der deutschen Volksgruppe in den Hauptzügen parallel mit der ja ebenfalls überwiegend agrarisch bedingten südslawischen Wirtschaftsentwicklung überhaupt.

Infolge des Zusammentreffens von guten und z. T. sogar rekordmäßigen Ernten mit einer sehr vorteilhaften agrarischen Preisgestaltung nahm die jugoslawische Wirtschaft in den beiden letzten Jahren einen kräftigen Aufschwung, der durch die umsichtige Handelspolitik der Regierung Stojadinowitsch wirksam gefördert wurde. Einzelne Produktionszweige haben schon früher Anschluß an die Weltkonjunktur gefunden. Jetzt kam, gefördert durch die endgültige Regelung der Bauernentschuldung (bei Abschreibung der Hälfte der Schuldenlast und Einräumung einer 12jährigen Tilgungsfrist für die Restschuld) auch die unter den Krisenwirkungen schwer darniederliegende und vielfach überschuldete Landwirtschaft zur ersten Atempause. Der seither stattgefundenen weiteren Erholungsprozeß berechtigt zur Annahme, daß in der südslawischen Landwirtschaft die Voraussetzungen zu einer gefunden Aufwärtsentwicklung geschaffen sind.

Dies trifft auch für die deutschen Landwirtschaftsbetriebe zu. Hier hatten die Krisenjahre infolge größtmöglicher Einschränkung der Bedürfnisse eine weitgehende wirtschaftliche Selbstgenügsamkeit bewirkt und zugleich die in der bäuerlichen Grundstruktur der Volksgruppenwirtschaft gelegenen Kräfte unter eindringlichen Beweis gestellt. Soweit die schwäbischen Bauernwirtschaften durch übersteigerte Investitionstätigkeit in Überschuldung geraten waren, gelang es durch rigorose Einsparungsmaßnahmen im Verein mit den Entschuldungsbestimmungen zumeist doch das Schlimmste zu verhindern. Die gegenwärtige Konjunktur aber ist auch insofern mit günstigen Rückwirkungen verknüpft, als sie eine Reihe der für die schwäbischen Wirtschaftsbetriebe wichtigsten überschusserzeugnisse, wie Weizen, Mais, Hanf, Mastvieh, umfaßt. Selbst im Weinbau sind nach langer Depressionszeit Zeichen einer Besserung vorhanden, was besonders dem Wertschöpfungsgebiet Weiskirchener Weinbaugebiete zugute kommt.

Im Zeichen dieser Aufwärtsentwicklung steht auch die Tätigkeit der deutschen Wirtschaftsgenossenschaften. Schon auf der vorletzten Tagung der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbände konnte eine Wendung zum Besseren festgestellt werden. Sie kam verstärkt auf den letzten, Ende Dezember in Neufäß stattgefundenen Jahresversammlungen dieser Verbände zum Ausdruck. Dabei war der Aufstieg im letzten Jahre buchungsmäßig noch gar nicht erfasst, da den Jahresversammlungen jeweils die Berichte für das vergangene Geschäftsjahr (im vorliegenden Falle also die Berichte für das Geschäftsjahr 1936) vorgelegt werden. Die deutschen Genossenschaften haben, dank ihrer vorsichtigen Kreditpolitik, trotz geringer Eigenmittel die Krisenzeit ohne größere Erschütterungen überstanden. Nur 10 Ortsgenossenschaften mußten während dieser Zeit Zahlungsausschub in Anspruch nehmen. Die aus eigener Kraft geschaffene und in planmäßiger Aufbauarbeit ausgestaltete genossenschaftliche Selbsthilfeorganisation der Volksgruppe hat damit den Beweis erbracht, daß sie auf zuverlässiger Wirtschaftsgrundlage steht. Als Zeichen des wiedergewonnenen Vertrauens sei die Erhöhung des Einlagestandes bei der Landwirtschaftlichen Zentraldarlehnskasse (abgekürzt ZDK) als Verband der deutschen Kredit- und Wirtschaftsgenossenschaften in Südslawien in den letzten Jahren angeführt:

Jahr	Spareinlagen bei der ZDK		
	in laufender Rechnung	andere Einlagen in 1000 Dinar	insgesamt
1933	8 611	15 156	23 767
1935	8 990	16 056	25 046
1936	11 732	19 029	30 761

Einen wichtigen Teil der Spareinlagen bilden die sog. „Sparstöcke“, Einheiten eines Sparsystems, das bei sehr niedrig gehaltenen Wocheneinlagen mit einer Lebensversicherung des Einlegers verbunden ist. Der Sparstockwirtschaft kommt schon jetzt eine erhebliche Bedeutung in der Schaffung eines selbständigen Kreditwesens der Volksgruppe zu (Stand der Sparstöcke Ende 1936: 23 780). Die Landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft Agraria, die das Warengeschäft durchführt, hatte gegenüber 1935 eine Verdoppelung des Umsatzes zu verzeichnen. Die Erträge aus dem Warengeschäft stiegen von Din. 758 000 in 1935 auf Din. 1 209 000 in 1936. Dabei ist besonders die Zunahme des Absatzgeschäftes (hauptsächlich Weizen, Mais, Hanf und Berg) bemerkenswert, das früher mangels genügender Kapitalkraft und eines entsprechenden Organisationsapparates gegenüber dem Bezugsgeschäft im Hintergrund stand, jetzt aber immer stärker vorrückt. Eine sehr bedeutende Umsatzsteigerung wies die Zentralgenossenschaft für Schweinezucht und

Schweineverwertung auf. Sie hat sich von den Rückschlägen der Gründungszeit erholt und erfolgreich auf die nummehr gegebenen neuen Voraussetzungen umgestellt. Auch im Verband der deutschen Tierzuchtgenossenschaften Selektor war das Geschäftsergebnis ein zufriedenstellendes, während die Zentralgenossenschaft für Geflügelzucht Avis mit einem Gebarungsabgang abschloß. 1936 sind die drei letztgenannten Genossenschaftsverbände, bei Wahrung ihrer rechtlichen Selbständigkeit, verwaltungstechnisch zusammengelegt worden. Die deutschen Genossenschaften besitzen in Beliko Sredische im Banat ein Genossenschaftsgut.

Über die Geschäftstätigkeit im einzelnen bei den genannten Genossenschaftsverbänden gibt die folgende Gegenüberstellung der wichtigsten Bilanzziffern in den Geschäftsjahren 1933 und 1936 Aufschluß:

Genossenschaftsverband	Jahr	Geschäftsanteile	Rücklagen in 1000 Dinar	Bilanzsumme	Gebarungsüberschuß
ZDR	1933	600	934	33 599	47
	1936	622	1 082	40 853	92
Agraria	1933	209	313	8 909	47
	1936	219	456	25 066	65
Schweinezuchtgenossenschaft	1933	536	2 319	10 136	94
	1936	542	2 084	10 623	107
Selektor	1933	20	—	234	— 2
	1936	20	—	1 640	37
Avis	1933	25	—	1 804	— 12
	1936	37	81	3 655	— 46

Bei sämtlichen Verbänden, besonders bei der Agraria und der Zentralgenossenschaft für Schweinezucht und Schweineverwertung, wäre mit Rücksicht auf ihren Geschäftsumfang und auf die Art der von ihnen durchgeführten Geschäfte eine Erhöhung des Eigenkapitals erforderlich. Wie jedoch schon bei Festsetzung der äußerst niedrig bemessenen Anteilhöhe die Rücksichtnahme auf die vielfach noch individualistische Einstellung des Donauschwaben und auf seinen noch ungenügend entwickelten Gemeinschaftsgeist und Opfersinn maßgebend war, stehen auch der schon seit langem als notwendig empfundenen nachträglichen Erhöhung der Geschäftsanteile die gleichen Gründe psychologischer Natur entgegen. Manche wichtigen Aufgaben, die größere Kapitalinvestitionen zur Voraussetzung haben, müssen daher zurückgestellt werden, zumal angesichts der in Südslawien noch immer herrschenden relativ hohen Diskontsätze für Anlagezwecke hauptsächlich Eigenmittel in Betracht kommen. Der Mangel an genossenschaftlichem Gemeinschaftsgeist läßt die bisher nur in bescheidenem Umfang in Angriff genommene Erziehungsaufgabe als besonders vordringlich erscheinen. Auf diesem Gebiete waren bisher dreimonatige landwirtschaftliche Genossenschaftslehrgänge in Neu-Werbaß sowie die in beiden letzten Jahren durchgeführten genossenschaftlichen Geschäftsführer-Lehrgänge, mit durchschnittlich 30 Teilnehmern, zu verzeichnen. Durch den kürzlich erfolgten Ankauf von zweckmäßigen Baulichkeiten in Neu-Futog bei Neusäß, mit dazugehörigem ausgedehntem Grundbesitz, wo eine Landwirtschaftsschule für Burschen und eine Wirtschaftsschule für Mädchen untergebracht werden, ist nun eine wichtige Voraussetzung geschaffen, der Erziehungsfrage die ihr gebührende Aufmerksamkeit zu widmen.

Durch eine leghin erfolgte Satzungsänderung ist der Tätigkeitsbereich der ZDR, als des Spitzenverbandes der deutschen Zentralgenossenschaften, u. a. auch dahingehend erweitert worden, daß durch Gründung verschiedener Zweige des Haus-



gewerbes und der Hausindustrie namentlich für die Winterzeit sowie durch Errichtung und Finanzierung genossenschaftlicher Betriebe solcher Art die Arbeiterchaft, insbesondere die Landarbeiterchaft, Förderung erfahre. Dadurch würde auch diese zahlreiche Schicht der deutschen Landbevölkerung, der neben den Zwergbesitzern auch viele Kleinbesitzer hinzugezählt werden müssen, in den Bereich der organisierten wirtschaftlichen Gemeinschaftsarbeit rücken. Eine alsbaldige Inangriffnahme dieser Aufgabe erscheint um so wünschenswerter, als die Wirtschaftslage der Landarbeiterchaft infolge der äußerst niedrigen Lohnsätze, die dazu noch durch das Angebot von Wanderarbeitern mit bescheidensten Lebensanprüchen herabgedrückt werden, sowie infolge der zumeist nur saisonmäßigen Beschäftigung überaus schwierig ist. Eine Anzahl deutscher Landarbeiter fand im vergangenen Jahre im Mutterlande Arbeit.

Von den deutschen Genossenschaften wird auch versucht, der Umstellung der schwäbischen Wirtschaftsbetriebe vom Getreidebau auf die Erzeugung von Fleisch, Milch, Käse, Eiern, Futtermitteln u. ä. m. den Weg zu bahnen. Die drei Tierzuchtverbände haben in dieser Richtung hin schon Bedeutendes geleistet. Immerhin hat z. B. die genossenschaftliche Geflügelverwertung erst im Oberbanat richtig Fuß fassen können. Angesichts der Abhängigkeit der jetzt noch vorherrschenden Weizen-Mais-Wirtschaft von der jeweiligen Weltkonjunktur kann die Notwendigkeit der Umstellung auf eine vielseitigere und mit weniger Risikomomenten verbundene Erzeugung kaum bestritten werden. Vom jugoslawischen Staate wird insbesondere der Anbau verschiedener Industriepflanzen, in letzter Zeit namentlich von Baumwolle, gefördert. In den deutschen Bauernwirtschaften hat sich der Anbau von Industriepflanzen bisher nur in geringem Maße durchgeführt. Nur der Hansbau besitzt für eine Reihe Westbatschlaer Gemeinden mit dem Mittelpunkt in Hodschag größte Bedeutung. Der Anbau von Spflanzen ist in allmählicher Zunahme begriffen. Bei Beurteilung gerade dieser Fragen werden gesamtvolkliche Wirtschaftszusammenhänge in besonderem Maße berücksichtigt werden müssen, und es sei in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß im Zuge des intensivierten deutsch-jugoslawischen Warenaustausches auch die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem deutschen Kernvolk und seiner Außengruppe in Jugoslawien eine erfreuliche Zunahme erfahren haben.

In der ZDK, als dem Revisionsverband der deutschen Zentralgenossenschaften, waren Ende 1935 insgesamt 363 Mitgliedsgenossenschaften mit 48 500 Einzelmitgliedern zusammengeschlossen (Ende 1933: 313 Mitgliedsgenossenschaften mit 42 800 Einzelmitgliedern). Die meisten Ortsgenossenschaften wurden als sog. „Bauernhilfen“ gegründet; sie sind gleichzeitig Kredit- und Warengenossenschaften und gehören den beiden betreffenden zentralen Verbänden an. Gebietsmäßig befinden sich die meisten Ortsgenossenschaften in der Batscha und in etwas geringerer Zahl im Banat. Es folgen dann in größerem Abstand: Slawonien, Syrmien, die Baranja und schließlich die bosnischen Kolonien. Die deutschen Genossenschaften haben für das Wirtschaftsleben ihres Gebiets überhaupt eine unverkennbare Bedeutung erhalten, sodaß ihre Tätigkeit auch seitens der zuständigen Staatsstellen Anerkennung findet.

Aus der Genossenschaftsarbeit des vergangenen Jahres verdient die Gründung einer landwirtschaftlichen Genossenschaft in Gottschee besonders hervorgehoben zu werden. Sie hat sich zur Aufgabe gestellt, die landwirtschaftliche Erzeugung in Gottschee durch Umstellung in der Anbauweise, Einschränkung des Waldbaus, Flurbereinigung und ähnliche Maßnahmen auf neue Grundlagen zu stellen und für den Absatz zu befähigen. Als eine der nächsten Auf-

gaben wurde die Errichtung einer Molkerei und einer Obstverwertungsanlage in Angriff genommen. Später soll auch an die Ausgestaltung der Heimindustrie sowie die Errichtung von landwirtschaftlichen Mustergütern herangeschritten werden. Durch Stärkung des Gemeinschaftsfinnes und des Vertrauens zur Heimatscholle wird darüber hinaus die Wiedergeburt des Gottscheer Bauerntums, als Voraussetzung der wirtschaftlichen Gesundung der Sprachinsel, erstrebt.

Die sich in Slowenien mehrenden Fälle der Verweigerung der Besizübertragung an Deutsche durch die im Herbst 1936 ins Leben gerufene Grundverkehrskommission, worauf der Abgeordnete Dr. Stephan Kraft in seiner Rede vor dem Finanzausschuß des Belgrader Abgeordnetenhauses hingewiesen hat, stellen nicht nur eine verfassungswidrige Ausnahmeverfügung gegen die staats-treue deutsche Bevölkerung, sondern auch eine schwere Beeinträchtigung ihrer Wirtschaftsbelange dar. Besonders häufige Anwendung findet diese in keiner Weise zu rechtfertigende Praxis im Drautal, sodaß dort Besizübertragungen an Deutsche seltenste Ausnahmefälle darstellen. Es ist zu hoffen, daß in dieser Frage baldigst Abhilfe geschaffen und das unverständliche Vorgehen der Grundverkehrskommission abgestellt wird.

Während die schwäbischen Bauern in ihren Genossenschaften ein festes wirtschaftliches Rückgrat besitzen, fehlt es bei den übrigen Berufsständen noch an entsprechenden Wirtschaftszusammenschlüssen. Das deutsche Handwerk, einst vielfach auch in diesem Siedlungsraum bahnbrechend und richtungweisend, hat unter der Krise sehr gelitten. Viele Dorshandwerker sahen sich veranlaßt, sich völlig auf die bis dahin als zusätzliche Erwerbsquelle betriebene Landwirtschaft zurückzuziehen. Andere gingen zur Industrie. Gleichwohl ist der gewerbliche Anteil an der Gesamtvolksgruppe überraschend stark (er beträgt bis zu 15%), besonders in der Batschka, wo sich neben den Städten auch in Märkten, wie Apatin, Hodschag, Neu-Verbaß, sowie Gemeinden, wie Tscherwenta und in der Umgebung Hodschags (gewerbsmäßige Verarbeitung des Rohhanfes!) starke gewerbliche Mittelpunkte befinden. Seit der allgemeinen Besserung der Wirtschaftslage ist auch im Handwerk ein Aufschwung festzustellen. Das trifft besonders für jene Handwerkszweige zu, die in der dortigen Landwirtschaft am meisten benötigt werden, wie für Schmiede, Mechaniker, Sattler, Weber, Fasz binder u. dgl. In einzelnen Fällen liegt sogar ein unverhältnismäßig starkes Anwachsen neuer Betriebe vor, was die Erwerbsmöglichkeiten natürlich ebenfalls beeinträchtigt. Doch ist im allgemeinen die in der Vorkriegszeit vorhanden gewesene Vollbeschäftigung noch nicht erreicht.

Auch hier sind es neben wirtschaftlichen Gründen wieder solche psychologischer Natur, die am Niedergang oder doch zumindest Stillstand des deutschen Handwerks Schuld tragen. Eine von völlig falschen Voraussetzungen ausgehende soziale und wirtschaftliche Minderbewertung des Handwerks, wie sie als fast allgemeine Erscheinung auch bei anderen deutschen Volksgruppen im Osten und Südosten wahrzunehmen ist, hatte eine allmähliche Abkehr von den handwerklichen Berufen zur Folge, sodaß der deutsche Handwerksstand in Südslawien heute mit ernstesten Nachwuchsorgen zu kämpfen hat. An Stelle der deutschen Lehrlinge treten häufig Nichtdeutsche, die z. T. sogar aus den Kerngebieten des staatsführenden Volkes kommen und so zur Unterwanderung des deutschen Siedlungsgebietes beitragen, da sie sich häufig dort dauernd niederlassen. Ihre Organisationen „Privrednik“ und „Hrvatski Radisa“ sind heute schon in allen wichtigen deutschen Gewerbesiedlungen vertreten. An der Zusammenfassung des deutschen Gewerbenachwuchses arbeitet die Lehrlingsfürsorge des Schwäbisch-Deutschen Kulturbundes, die auch von Zeit zu Zeit

Ausstellungen deutscher Lehrlingsarbeiten veranstaltet. Die Zahl der von ihr erfaßten und betreuten Lehrlinge betrug 1935: 522; 1936: 672 und 1937: 821, die in 104 verschiedenen Gemeinden in 59 Berufen untergebracht sind. Der Frage der beruflichen Fortbildung und Schulung, die mit Rücksicht auf die Erhaltung der Qualitätsleistungen des deutschen Handwerks besondere Bedeutung besitzt, wird zunehmende Aufmerksamkeit gewidmet.

Infolge der allmählichen Industrialisierung Südslawiens, die gerade in letzter Zeit wieder bedeutende Fortschritte macht, suchen und finden auch immer mehr Deutsche, vielfach bisher selbständige Handwerker, in der Industrie Beschäftigung. Zahlreiche deutsche Industriearbeiter befinden sich vor allem in der Hauptstadt Belgrad, die aus ihrer ganzen Banater und besonders hymrischen Umgebung (z. B. Indjia) deutsche Arbeitskräfte heranzieht, in Agram, in Semendria, während in Einzelfällen, wie Werschez und in Slowenien besonders Marburg, schon seit früher eine starke deutsche Arbeiterschaft besteht. Obwohl sich die Wirtschaftslage der Industriearbeiter etwas gebessert hat und mit jener der Landarbeit nicht zu vergleichen ist, läßt sie dennoch vieles zu wünschen übrig. Die ungünstigen Arbeitsverhältnisse der Industriearbeiter tragen viel dazu bei, daß diese volkstumsfremden und -feindlichen Einflüssen in stärkstem Maße ausgesetzt sind — eine Gefahr, die besonders von den eine Erneuerung der Volksgruppe erstrebenden Kräften erkannt und bekämpft wird.

Als aufstrebender Berufsstand tritt in der Volksgruppe immer stärker auch die an der Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage nun ebenfalls teilhabende deutsche Kaufmannschaft in Erscheinung. Während in der Vorkriegszeit der deutsche Kaufmann in der Regel in gleicher Weise wie der Intellektuelle seinem Volkstum entfremdet wurde und sich nur in Einzelfällen als Deutscher behaupten konnte, entwickelte sich nach dem Kriege allmählich eine deutsche Kaufmannschaft. Dank ihres Gewerbeselbeses konnte sie im allgemeinen zufriedenstellende Erfolge erzielen und sich gegenüber dem scharfen andersvölklichen Wettbewerb erfolgreich behaupten. Eine über den lokalen Bereich hinausgehende Bedeutung vermochte sie jedoch nur in seltenen Fällen zu erlangen. Auch hier fehlte es, bis auf 2—3 Genossenschaften von Kleinkaufleuten, an jedem Zusammenschluß, und erst in letzter Zeit sind Ansätze zu einer berufsgemeinschaftlichen Zusammenschaffung der deutschen Kaufleute vorhanden, wobei es auch hier vielfach noch herrschende individualistische Anschauungen zu überwinden gilt.

In Industrie und Bankwesen ist der deutsche Anteil verhältnismäßig gering. Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß die Frage der vollklichen Zuordnung gerade hier besondere Schwierigkeiten bereitet. Schwäbisches Kapital ist in nennenswertem Umfange nur in der Mühlenindustrie, hauptsächlich in Gestalt mittlerer und kleiner Dorfmühlen, vertreten. Nachdem die jugoslawische Mühlenindustrie zufolge ungünstiger handelspolitischer Umstände lange Zeit stagnierte, sind jetzt Bestrebungen zur Förderung der Mehlausfuhr im Gange, die jedoch hauptsächlich den großen Aktienmühlen zugute kommen dürften.

Obwohl in zahlreichen Banken hauptsächlich deutsches Kapital angelegt ist und die Leitung in Händen von Deutschen liegt, kann von einem deutschen Bankwesen in Jugoslawien, mangels entsprechenden Zusammenschlusses und einheitlicher Ausrichtung, dennoch nicht gesprochen werden. Bei den einzelnen Banken handelt es sich fast ausnahmslos um Provinzinststitute mit zum überwiegenden Teil bäuerlichen Schuldnern; ein Großteil dieser Institute befindet sich noch in schwieriger Lage.

Biel weniger als bei den Deutschen in der Wojwodschafft tritt beim überwiegend kleinbäuerlich bestimmten Sla w o n i e n d e u t s c h t u m die nicht in der Landwirt-

schaft beschäftigte Bevölkerung in Erscheinung. Immerhin besteht in Essegg eine zahlreiche deutsche Stadtbevölkerung, was hier zu der Aktion Anlaß gab, eine unmittelbare Verbindung zwischen den deutschen bäuerlichen Produzenten von Lebensmitteln, insbesondere von Milchprodukten, und den städtischen Verbrauchern anzubahnen.

Das Wirtschaftsleben des heute hauptsächlich auf das Städtedreieck Marburg—Pettau—Gilli konzentrierten Deutschtums in Südsteier ist, im Gegensatz zu den donauschwäbischen Siedlungen und zur Gottschee, vor allem mit Handel, Gewerbe und Industrie verknüpft, wobei für die Beurteilung der Wirtschaftslage der einzelnen Wirtschaftszweige im wesentlichen das vorher Gesagte gilt.

E. R.

## Vom Motor zur Hacke

### Rußlanddeutsche Flüchtlinge siedeln in Brasilien

Die Massensucht der durch die brutale Zwangskollektivierung zur Verzweiflung getriebenen rußlanddeutschen Bauern im Herbst 1929 ist im Reich noch nicht vergessen. Rund 14 000 deutsche Kolonisten strömten in jenem für das Rußlanddeutschtum schwarzen Jahr aus fast allen deutschen Siedlungsgebieten des Landes führerlos bei Moskau zusammen, in der Hoffnung, hier an höchster Stelle die Erlaubnis zur Auswanderung vielleicht doch noch erwirken oder erzwingen zu können. Aber nur etwa 5600 Flüchtlingen gelang es, durch Vermittlung der deutschen Regierung über die Grenze zu kommen. Alle anderen wurden in ungeheizte Güterwagen gesperrt, zu schier endlos langen Zügen zusammengekoppelt und in wochenlanger Reise in ihre fernen Ansiedlungen zurückbefördert.

Furchtbar war diese Fahrt der recht- und schutzlosen deutschen Kolonisten durch den russischen Winter. Zu Dutzenden erfroren und verhungerten ihre Kinder, weil ihnen wochenlang nichts Warmes geboten werden konnte. Dabei mußten die Leichentage- und nächtelang mitgefahren werden, denn es blieb der Laune der sie begleitenden GPU-Mannschaften überlassen, die Wagen zu öffnen oder geschlossen zu lassen.

Krank und völlig heruntergekommen langten die Flüchtlinge in ihren Dörfern an. Aber hier war während ihrer Abwesenheit ihr gesamter Hausrat verschleppt und ihre Häuser waren vielfach von Fremden besetzt worden. Das Leben, das nun begann, war kein Leben mehr, nicht einmal mehr ein Vegetieren, sondern ein tagtäglicher demoralisierender Kampf um irgend etwas Ekbares.

Währenddessen behielt die GPU die unglücklichen „Moskafahrer“ unentwegt im Auge. Von Zeit zu Zeit bot sich ein geeigneter Anlaß, diesen oder jenen der Kolonisten herauszugreifen und ihn auf den Weg zu bringen in die verschneiten Urwälder am Weißen Meer. Und faum einer jener Flüchtlinge dürfte seinem graufigen Schicksal entgangen sein.

Im deutschen Mutterland fanden die gehezten Rußlanddeutschen Unterkunft in den rasch hergerichteten Lagern Hammerstein, Prenzlau und Müßn. Hier wurden sie verpflegt und bestens eingekleidet. Leider raffte eine Masernepidemie in wenigen Monaten über 150 ihrer Kinder hinweg und trübte so sehr stark die Freude der

Heimkehrer, nach anderthalb Jahrhunderten endlich in der Heimat ihres Herzens zu sein.

Da ein Verbleiben dieser Gäste in dem überfüllten Deutschland von vornherein nicht in Erwägung gezogen wurde, richteten die meisten der Flüchtlinge ihre Blicke nach Kanada, wo fast alle von ihnen Verwandte und Bekannte hatten. Doch sah sich Kanada wegen seiner schlechten Wirtschaftslage gezwungen, die Einwanderung zu sperren. Nun standen den Heimatsuchern nur noch Brasilien und Paraguay offen. Aber gegen eine Verbringung der Rußlanddeutschen nach Paraguay sprachen verschiedene gewichtige Gründe. Dort kam als Siedlungsgebiet nämlich der westlich vom Paraguayfluß gelegene Teil des Landes, der 29 Millionen Hektar große Chaco, in Frage. Es ist das eine riesengroße, buschbedeckte Ebene mit zerstreut liegenden Kamps, die zusammen vielleicht ein Viertel der Gesamtfläche ausmachen.

Mitten im Chaco siedelten seit 1926/28 bereits rund 1800 kanadadeutsche Kolonisten, über deren wirtschaftliches Ergehen nach außen bis dahin aber fogut wie gar nichts bekannt geworden war. Allgemein hatte der Chaco als unbesiedelbar gegolten, und zwar in der Hauptsache wegen seiner geringen Niederschläge. Die deutsche Regierung hatte denn auch vor einer Ansetzung ihrer rußlanddeutschen Schützlinge in jenem Gebiet gewarnt. Daß sich im Chaco trotzdem 2008 Rußlandflüchtlinge ansiedelten, geschah auf Veranlassung und Verantwortung des Mennonitischen Zentralkomitees in den Vereinigten Staaten, das die Mittel für den Ankauf des Landes und die Unterhaltung der Siedler zur Verfügung stellte.\*)

1262 jener rußlanddeutschen Flüchtlinge wurden 1930 auf Kosten des Reiches nach Brasilien verbracht, und zwar auf das Land der Hanseatischen Kolonisationsgesellschaft in der sog. Hansa im Staate Santa Catharina. Hier entstand im Tal des Oberen Kraußflusses die Ansiedlung W i t m a r s u m mit rund 800 Personen, während etwa 500 Einwanderer 44 km von Witmarsum entfernt auf einem Berg, dem sog. Stolz - Plateau, die Ansiedlung A u h a g e n (Prof. Dr. Otto Auhagen in Berlin zu Dank und Ehr, der sich — damals landwirtschaftlicher Sachverständiger an der Deutschen Botschaft in Moskau — der bedrängten Volksgenossen in ihrer furchtbaren Not mutig und tatkräftig angenommen hatte) gründeten.

Der Sachverständige für das Auswanderungswesen des Reiches, Leiter der Deutsch-Russenhilfe in Hammonia, ließ die Ankömmlinge von Altdeutschen bis an den Rand des Urwaldes fahren und dort absetzen. Wer bei den altdeutschen Volksgenossen kein Unterkommen finden konnte, durfte sich in den bald darauf erbauten drei Einwandererschuppen einrichten.

Auf den von der HKB rasch durchgeschlagenen engen Schneisen dringen die Flüchtlinge in den Urwald vor. Wer ein Kolonielos in der Nähe der Baracken erhält, schätzt sich glücklich. Die meisten aber müssen sowohl Lebensmittel als auch ihre sonstige Habe bis zehn Kilometer weit auf dem Rücken durch den Wald schleppen.

Nachdem dort für die erste Rothütte eine Stelle vom Unterholz gefäubert worden ist, beginnt — anfangs linksch und meist völlig verkehrt — das Waldschlagen. Dieses dauert bei zwei Arbeitern für einen Hektar „Feisteln“ (zu port. foíce, ein sichelartiges Gerät mit langem, festem Schaft), d. h. das Abhacken des Buschwerks und der kleinen Bäume, Abbrennen und Abräumen 5—6 Wochen.

Alles Holz, das der Kolonist nicht verwenden will, bleibt auf der pechschwarzen Rodung liegen, wo es in acht bis zehn Jahren verfaut und verwittert. Erst dann

\*) Anmerkung der Schriftleitung: Vgl. Walter Quiring, „Deutsche erschließen den Chaco“. Berl. Schneider, Karlsruhe 1936 und von demselben Verfasser „Rußlanddeutsche suchen eine Heimat. Die deutsche Einwanderung in den parag. Chaco“, Berl. Schneider, Karlsruhe 1938.

kann der Kolonist darangehen, die morsch gewordenen Stumpfe auszugraben und den Urwaldboden Schritt um Schritt in Pflugland zu verwandeln. Und Pflugland ist die große Sehnsucht dieses ruslanddeutschen Steppenbauern. Bis dahin ist sein einziges Gerät die Hacke, und es kostete die ehemaligen Großbauern, die an Motor und andere Maschinen gewöhnt waren, viel Überwindung, sich mit dieser primitiven Wirtschaftsweise abzufinden. Und man muß selber den mit einer Schicht Ast- und Laubwerk bedeckten Boden zwischen Stämmen und Stumpfen gehackt haben, um Mißmut und Überdruß vieler jener Hackbauern an dieser stumpfsinnigen Tätigkeit zu verstehen.

Aber der Urwaldbauer sät nicht nur mit der Hacke, mit ihr muß er auch seinen gesamten Acker, in der Regel 5 bis 10 Hektar, zwei- bis dreimal im Jahr hacken. Dabei wird der Rücken trumm und steif und müde, und mit Wehmut denkt der notgedrungen auch in glühender Sonnenhitze schaffende Rodungsbauer an die goldene Zeit in Rußland, wo vier stolze Pferde seinen Selbstbinder durch das wogende Weizenfeld zogen. Kaum einer von ihnen hatte in jenem gesegneten Lande mit fünfzig Jahren noch körperlich zu arbeiten brauchen oder mögen, und wenn sie sich in dem Alter auch noch nicht zur Ruhe setzten, so waren sie doch in der Lage, ihren weitgehend mechanisierten Betrieb durch eigene und billige russische Kräfte zu bedienen. In Brasilien aber gibt es, namentlich in den ersten zehn Jahren, wo die Mittel fehlen, weder fremde Arbeiter noch Maschinen, und jegliche Arbeit verrichtet der Urwaldbauer mit eigenen Händen. Auf diese Weise ist er einen großen Teil des Jahres mit seiner einzigen „Maschine“, der Hacke, förmlich ver wachsen.

Rund ein Jahr lang wird die ganze Gruppe vom Reich, das ihnen auch eine zweckmäßige Ausrüstung für Haus und Acker mitgegeben hat, unterhalten. Die holländischen Taufgesinnten schicken als Beihilfe und zum Teil als Darlehen rund 140 000 RM.

In der Art zu wirtschaften muß sich der Urwaldbauer völlig umstellen. Sein Haupt- und Abfaherzeugnis ist der Apim, eine die Kartoffel ersetzende Knollenfrucht, aus der in der eigenen Fabrik Stärke gewonnen wird. Ferner zieht er Süßkartoffeln (Bataren), europ. Kartoffeln, Cará, eine Knollenfrucht, die mit Maismehl vermischt zu Brot verbacken wird, und drei andere Knollen: Araruta, Taya und Yams. Während Reis und Erdnüsse bis heute erst wenig gefät wurden, nehmen die Bohnen, das Nationalgericht der Brasilianer, einen größeren Platz ein auf der Pflanzung. Der „Weizen“ aber des Urwaldkolonisten und sein zweitwichtigstes Erzeugnis ist der Mais, der ihm Brot gibt und Futter für Pferde, Schweine und Hühner. Die mit dem Anbau von Weizen und Roggen unternommenen Versuche sind zwar wenig ermutigend, doch lassen die Ergebnisse ein endgültiges Urteil als verfrüht erscheinen.

Auch von den in Europa gewohnten Gemüsesorten braucht der Kolonist in Witmarsum keine zu entbehren. Allerdings wird sowohl der Gemüse- als auch der Obstbau — die Bäume wachsen im allgemeinen sehr gut — immer wieder in Frage gestellt durch zwei gefährliche Feinde: die Blattschneideameisen und den Frost. Natürlich schädigt der Frost nur die Winterfrüchte: Apfelsinen, Mandarinen, die frühen Sorten der Pfirsiche und die Mispeln. Von den aus Europa eingeführten Obstsorten gedeihen verhältnismäßig gut Apfel-, Birn-, Pflaumen- und Quittenbäume. Der Ertrag, namentlich der Birn- und Pflaumenbäume ist zwar nicht schlecht, doch hält er mit dem in Europa keinen Vergleich aus. Auch besonders im Geschmack stehen diese Früchte den in Deutschland gezogenen sehr weit nach.

Die Zahl der Schädlinge des Urwaldbauern ist Legion. Allerdings scheint der größte Feind des Obst- und Gemüsegartens, die gefürchtete Saubaameise (Ata

sexdens), am Krauel nicht vorzukommen. Aber auch die schwarzbraunen Schlepper (*Atta nigra*) sind immer noch lästig genug und fügen sowohl den Gemüse- als auch den Obstgärten empfindlichste Schäden zu. Die Maisernte machen dem Bauern die Papageie, die Stüringe und Wildtauben strittig, und wochenlang müssen die Felder gehütet werden, wenn sich der Kolonist nicht den ganzen Acker abräumen lassen will. Auch die Knollenfrüchte haben ihre Liebhaber im Urwald, so den Páca, der übrigens auch den Mais nicht verschmäht, dann Goldhase, Wildschwein und viele andere.

Das Klima am Krauel ist ohne Zweifel gesund, und die Umstellung verursacht den meisten Einwanderern keine Beschwerden. Wenn von den sog. „offenen Wunden“ auch kaum einer der Kolonisten verschont bleibt, so sind die Wunden bei sorgfältiger Pflege doch verhältnismäßig leicht auszuheilen. Ebenso harmlos, wenn auch außerordentlich lästig, ist der sog. „rote Hund“. Überaus schädlich dagegen wirkt sich die durch den in ganz Brasilien verbreiteten Hackenwurm (*Ankylostomum*) verursachte sekundäre Blutarmut aus. Sie ist auch für die deutsche Bevölkerung in Brasilien eine förmliche Geißel, die besonders die Entwicklung der Kinder ganz empfindlich hemmt. Zweimal im Jahr sollte daher die gesamte Bevölkerung Wurmkuren (mit Tymol oder Tetrachlorkohlenstoff) durchmachen.

Malaria kam in dem rund 400 m hoch liegenden Witmarjum bis dahin nicht vor, auch wurde die Anopheles nicht beobachtet. Immer wieder dagegen werden Typhustranke eingeliefert, bei denen der Herd der Seuche in den tieferliegenden Siedlungen (Neu-Breslau u. a.) zu suchen ist. Sehr häufig ist am Krauel auch der Rheumatismus, der bei einigen Kolonisten zu schweren Verkrüppelungen führte; auffallend verbreitet sind ererbte und erworbene Nervenkrankheiten. Aus Rußland mitgebracht wurde das ägyptische Trachom, dessen endgültige Ausrottung der tatkräftige rußlanddeutsche Arzt, Dr. Peter Dyck, zielbewußt anstrebt. Auffallend sind sowohl bei Erwachsenen als auch bei Kindern die vielen schadhafsten (fariösen) Zähne, eine Erscheinung, die auch in den anderen deutschen Siedlungen zu beobachten ist. Verhältnismäßig häufig tritt am Krauel auch der endemische Kropf auf.

Gleich im zweiten Ansiedlungsjahr gründeten die Einwanderer eine Genossenschaft und ein Sägewerk. Allerdings sollten sie in bezug auf die Lohnbarkeit der Holzausbeutung eine starke Enttäuschung erleben. Sie mußten mit der Zeit einsehen, daß sich das „Holzmachen“ nur für diejenigen Bauern lohnt, die in der Wirtschaft über genügend eigene Arbeitskräfte verfügen, d. h. wo die Landwirtschaft neben dem Holzgeschäft ungeschwächt weiterbetrieben werden kann. Versuchte einmal etwa ein Jungbauer „nebenbei“ Verlandholz zu gewinnen und nach Harmonia zu schaffen, so machte der Niedergang seiner Wirtschaft den ohnedies nur fargen Verdienst rasch wieder zunichte. Dafür aber haben die Kolonisten für sich allerbestes Bau- und Möbelholz im Überfluß.

In der Molkerei werden jährlich 285 000 Liter Milch verarbeitet, wobei die Milch durchschnittlich nur 4,5 v. H. Fettgehalt aufweist. Auch gibt eine Kuh das ganze Jahr hindurch im Durchschnitt nicht mehr als 4 Liter Milch täglich.

Die Haupteinnahmequelle wird für die Kolonisten der unteren Hälfte der etwa 18 km langen Ansiedlung vorerst der Apim, für die des oberen Teiles aber der Mais bleiben. Die Apimfabrik kostete die enorme Summe von 67 000 Mkreis, was in der Hauptsache dem mangelnden Verantwortungsbewußtsein und der Unfähigkeit des Geschäftsführers der Genossenschaft zuzuschreiben ist. 1937 wurden 478 000 kg Apim verarbeitet, und im nächsten Jahr sollen es bereits 1 Million kg sein. Andere Einnahmequellen sind besonders für die Maisbauern die Schweine-

zucht, für eine Anzahl Kolonisten auch die Bienenzucht. Doch kann der Urwaldbauer mit einer stetigen Einnahme auch wegen der Launenhaftigkeit der Preisbildung auf dem brasilianischen Markt nicht rechnen. Die Preise z. B. auf Mastvieh, Mais usw. schwanken in wenigen Jahren um 100 bis 300%.

Von lebenswichtiger Bedeutung ist auf einer auslandsdeutschen Ansiedlung die Frage der Leitung. Von Rußland her waren diese Kolonisten an das aus Preußen mitgebrachte Schulensystem gewöhnt; die Schulzen bzw. Bürgermeister unterstanden einem Oberschulzen, dem Vorsitzenden der Wolost (Bezirksamt). In Witmarsum hatte sich diese bewährte Ordnung infolge des Eigennutzes jenes Geschäftsführers, übrigens eines leidenschaftlichen Gegners des Dritten Reiches, nicht einführen lassen. Erst 1936 konnten sich nach langem Kampfe die besten und wertvollsten deutschbewußten Kräfte der Ansiedlung durchsetzen und eine unparteiische Siedlungsleiterwahl durchführen. Jetzt erst konnte auch der zielklare Kampf aufgenommen werden gegen alle die vielen durch die zwölf Jahre Bolschewismus erlittenen seelischen und charakterlichen Schäden und um den völkischen Bestand der Gruppe.

Auf der Ansiedlung arbeiten drei Volksschulen und seit 1935 auch eine sog. Zentralschule, die 1936 in eine Realschule umgewandelt wurde. Infolge des Mangels an pädagogisch vorgebildeten Lehrern haben die Schulen die in Rußland innegehabte Höhe nicht mehr erreichen können, doch liegt ihr Niveau immer noch über dem der meisten benachbarten deutschen Schulen. Die größte der Volksschulen, die in Witmarsum (die Ansiedlung zählt drei Dörfer: Witmarsum-Dorf, Waldheim und Gnabental), wurde infolge eines nicht ganz fairen Verhaltens der Schulbehörden und infolge auch der eigennützigen Kurzsichtigkeit einiger leitender Kolonisten Regierungsschule. An den Sonntagnachmittagen finden, von Kolonisten geleitet, Sonntagsschulen statt, deren Niveau allerdings ein überaus bescheidenes geblieben ist. Die Muttersprache dieser Rußlanddeutschen ist, abgesehen von den zwischen ihnen sitzenden Altdeutschen, das westpreußische Plattdeutsch.

Kirchlich sehen wir auch auf dieser Ansiedlung, wie in allen Täufergemeinden der Welt, ein Bild trostlosester Zersplitterung, die uralte sog. „Täuferkrankheit“, die mit ein Hauptgrund ist, daß diese Gemeinden immer mehr an innerem Gehalt verlieren. Auch das kleine Witmarsum zählt drei Gemeinden, von denen die jüngste nur ganze sechs Familien aufweist! Die Gottesdienste (nicht auch Taufe und Abendmahl) werden hier im Gegensatz zu Rußland von den drei Gemeinden gemeinsam abgehalten.

Diese Gruppe hält auch streng an dem Grundsatz bzw. der Einrichtung des Laienpredigertums fest, das heißt, die Prediger werden aus der Mitte der Bauern von der Gemeinde durch Stimmenmehrheit gewählt. Der gewählte Prediger wird aber von der Gemeinde nicht gelöhnt und geht infolgedessen auch weiter seinem bäuerlichen Beruf nach. Diese Einrichtung bedingt natürlich, sofern nicht auch sachmännisch vorgebildete Prediger hinzukommen, eine augenfällige geistige und geistliche Dürftigkeit, die schließlich auch den Gemeinden das Gepräge geben muß. Hinzukommt, daß diese Gemeinden Wert legen auf ein möglichst großes Predigerkollegium. So hat die knapp 200 Familien zählende Ansiedlung Witmarsum 22 Prediger! Die Ansiedlung Fernheim im parag. Chaco zählte 1934 bei rund 2000 Einwohnern sogar über 60 Prediger! Unter diesen Umständen wird natürlich mit Recht von einer Inflation des Predigerberufes gesprochen. Daß sich die viel zu vielen Prediger gegenseitig im Wege stehen und daß hier wertvollste Kraft vergeudet wird durch die unvermeidlichen Unstimmigkeiten, hervorgerufen nicht selten durch Neid und Eifersüchteleien, ist verständlich.



# Rußlanddeutsches Leben in der Siedlung Witmarsum (Brasilien)



„Buscher“ an der Arbeit. Mit Ochsen gespannen werden die mächtigen Baumstämme nach dem Sägewerk geschleift



Ein rußlanddeutscher Ansiedler kommt vom „Abräumen“ des Urwaldes heim



Der Backofen ist fertig, ein Freudenfest für die ganze Nachbarschaft



Das Sägewerk Witmarsum, ein Gemein-  
schaftswerk der „Ruslanddeutschen Friesen“



Die Nothütte aus Palmblättern ist oft  
lange Zeit die erste Behausung der Siedler



Die Rodung brennt. Nun kann daran ge-  
gangen werden, das Land urbar zu machen

Ursprünglich stammt dieser deutsche Splitter aus Westpreußen (ab 1788 Auswanderung nach Rußland). Ob ihre Vorfahren um 1530 in der Hauptsache aus Friesland oder aus Flandern bzw. dem Gebiet der Vereinigten Niederlande nach Westpreußen gekommen sind, ist heute noch umstritten. Auch die Schrift von Heinrich Schröder „Rußlanddeutsche Friesen“ (1936, Selbstverlag) ist den wissenschaftlichen Beweis für die „Friesentheorie“ durchaus schuldig geblieben. Tatsache jedenfalls ist, daß die überlieferte „holländische Abstammung“ hier dem Entstehen eines starken deutschen Volksbewußtseins im Wege gestanden ist. Erst von 1933 an beginnt auch in dieser rassistisch wertvollen, weil im letzten halben Jahrtausend nur ganz wenig gemischten deutschen Gruppe, ein allmähliches völkisches Erwachen.

Die kerngesunde und einsatzbereite Witmarsumer Jugend fand sich 1936 zusammen zu einem Deutschen Jugendring, angeschlossen an den großen „Deutschbrasilianischen Jugendring“. Leider wird eine planvolle Jugendarbeit außerordentlich dadurch erschwert, daß ein großer Teil der Jugendlichen, namentlich der Mädchen, in den Städten in Stellung ist. Trotz schlimmster Erfahrungen, die manche der Eltern mit ihren auswärts dienenden Kindern machen mußten, hat sich die Erkenntnis noch nicht durchzusetzen vermocht, daß der Schaden, den die jungen Menschen in der artfremden Umgebung an Leib und Seele nehmen, durch den bescheidenen materiellen Nutzen bei weitem nicht aufgewogen wird. Manche der Kinder sind ihren Eltern durch das viel zu lange Fernsein von der Familie auch längst aus den Händen gewachsen und werden den Weg weder zu ihrer Familie noch zu ihrer Gruppe mehr zurückfinden. Sie sind dem Deutschtum verloren.

\*

Die gleichfalls 1930 entstandene rußlanddeutsche Ansiedlung *Muhagen* auf dem *Stolz-Plateau* hat sich 1935/36 fast ganz aufgelöst. Das Plateau liegt 714 m über dem Meere; es ist ein von Schluchten durchzogener hügeliger Bergrücken mit drei Ausläufern, über die sich querweg die Kolonielose hinziehen. Von der 5—6 km langen Hauptstraße, an deren beiden Seiten die Kolonien (so werden in Brasilien die einzelnen Höfe oder Wirtschaften genannt) etwa 200 m weit auseinanderliegen, gehen die Zweigrücken *Paca*, *Urú* und *Ana* ab.

Schon der Umstand, daß die Gesamtgruppe nicht geschlossen angesiedelt wurde, war ein verhängnisvoller Fehler des Regierungsvertreters. Die durchaus vermeidbare Aufteilung bedeutete von vorneherein eine empfindliche wirtschaftliche und moralische Schwächung der Gruppe. So wurde dadurch z. B. auch sofort eine zweite Schneidemühle, ferner Buttereie, Mahlmühle, Konsum usw. notwendig.

Sowohl die Deutsch-Russenhilfe als auch die von ihr auf das Plateau geschickten Altdeutschen, die die Neulinge in Fragen der Landwirtschaft beraten sollten, ließen bei dieser Anleitung einen außerordentlich wichtigen Umstand außer acht: daß es sich hier nämlich nicht um eine Talsiedlung, sondern um eine Bergsiedlung handelt. Und die Wachstumsbedingungen auf einer solchen sind wesentlich andere als z. B. auf der in dem benachbarten Tal liegenden Neuhoffnung oder *Dona Emma*. So sehen die Kolonisten schon nach wenigen Ernten, daß Mais und *Lipim* auf dem Plateau kaum jemals ihre Haupterzeugnisse sein können. Die Knollen faulten zu 10 bis 100 v. H. aus, während der Mais nur 5 bis (ausnahmsweise!) 25 Sack (zu 60 kg) vom Hektar, durchschnittlich aber nur etwa 12 Sack gibt, gegen im Durchschnitt etwa 30 Sack in Witmarsum.

Wohl ist das Plateau bedeutend reicher an Nutzholz als die Krauelsiedlung, doch gilt für die Ausbeutung auch hier das über Witmarsum Gesagte. Hinzukommt,

daß Mähagen infolge seiner einzigen denkbar unzweckmäßig angelegten Straße wie im Sack liegt, so daß die Kolonisten bei Fahrten etwa nach dem 65 km entfernten Hammonia einen fünf Stunden langen Umweg zu machen haben. Begibt sich der Mähagener auf den Weg nach dem rund 45 km abgelegenen Neu-Breslau, so legt er bis zur ersten Futterstelle (Machotta) 32,5 km zurück. Von hieraus aber kann er seine Kolonie durch den Wald zu Fuß in einer halben Stunde erreichen! Man ersieht daraus, wie gewaltig der Umweg ist und daß er für die Siedler einen überaus großen unproduktiven Verbrauch an Zeit und Kraft bedeutet. Erst 1936 begann die HKB. mit dem Bau einer kürzeren Straße den Ururücken hinauf, doch schreiten die Arbeiten nur äußerst langsam voran.

1935 beginnen die Kolonisten, die Ansiedlung Mähagen zu verlassen; sie ziehen als Fabrik- und Gelegenheitsarbeiter nach Blumenau, Rio do Sul, ja bis nach Curitiba in Paraná. Sie haben den Glauben an eine wirtschaftliche Zukunft auf dem Plateau verloren. Es sei hier vorweg genommen, daß die Kolonisten die Anlauf- und Auftriebsjahre, die hier mit 8—10 Jahren angefaßt werden müssen, nicht durchgehalten haben. Darum muß auch ihre Begründung der Abwanderung, es seien für sie ausschließlich Gründe wirtschaftlicher Art maßgebend gewesen, als nicht ganz sachlich angesehen werden. Eine ganze Reihe anderer Umstände haben bei der Auflösung jener Ansiedlung mitgewirkt.

So beginnen schon gleich nach der ersten schwachen Ernte die jungen Mädchen in die Städte abzuwandern, und bald sind von 43 erwachsenen Mädchen der Ansiedlung 39 auswärts im Dienst. Daß unter diesen Umständen schließlich auch die jungen Männer in die Stadt zu gehen beginnen, ist begreiflich. Infolgedessen steht die junge Ansiedlung in kurzer Zeit vor der Notwendigkeit, mit nur älteren Leuten und den jüngeren Kindern eine schwere Urwaldsiedlung durchführen zu müssen.

Ein anderer wichtiger Grund für die Abwanderung war das unbefriedigende Verhältnis der Einwanderer zu ihrer Landgesellschaft. Diese hatte 1930 das ganze Plateau unter die verfügbaren 95 Einwandererfamilien aufgeteilt, ohne Rücksicht auf die Größe der Familien und auch darauf, wieviel Land der jeweiligen Kolonie infolge der tiefen Schluchten niemals würde in Bearbeitung genommen werden können. Der Einheitspreis für das Land, sowohl für das taugliche als auch für das nach kolonistischem Sprachgebrauch als „Unland“ zu bezeichnende, betrug 120 Milreis für den Hektar. Da die Kolonielose 22 bis 53 Hektar groß sind, bedeutete jener Landpreis für viele, namentlich aber für die Kolonisten mit nur kleinen Kindern, eine drückende Schuldenlast, deren Abtragung ihnen nach den Ergebnissen der ersten Ernten als ganz aussichtslos erscheinen mußte.

Gleich 1931 bittet die Ansiedlung die HKB., den Landpreis auf 100 Milreis zu ermäßigen. Die HKB. aber lehnt ab. Es ist gar kein Zweifel, daß die starre Haltung der Landgesellschaft die Abwanderung sehr gefördert und beschleunigt, wenn nicht überhaupt ausgelöst hat. Übrigens wäre es zu einer Abwanderung vom Stolz-Plateau nach meinem Dafürhalten auch bei einer größeren Beweglichkeit der HKB. irgendwann einmal gekommen. Erst als der Großteil der Familien die Ansiedlung verlassen hatte, sah sich die Landgesellschaft in der Lage, den Landpreis auf 80 Milreis für den Hektar zu ermäßigen und den Bau des wirtschaftlich lebensnotwendigen Bergaufstiegs auf eigene Kosten in Angriff zu nehmen.

Schon Ende 1934 schickt die im November jenes Jahres auf der Ansiedlung gewählte „Abwanderungskommission“ eine Abordnung — einen Lehrer und einen Bauern — auf die Landsuche. Und im Februar 1935 geht eine zweite Abordnung hinaus, diesmal ein Lehrer und ein ehemaliger Geschäftsmann! Beide Abordnungen fahren nach Paraná. Wunder nehmen muß, wie oberflächlich, um nicht

zu sagen leichtfertig die angesichts der geplanten gemeinsamen Abwanderung so überaus wichtige Angelegenheit des Landsuchens sowohl von den Abordnungen als auch von der Ansiedlung behandelt wird. Die erste Abwanderung empfiehlt ihren Auftraggebern ein Landstück (Capão Alto bei Castro, zwei Stunden von Ponta Grossa entfernt), das sie überhaupt nicht gesehen hat! Und die Ansiedlung beschließt, dieses Landstück für sich reservieren zu lassen. Daß jenes Gebiet 1934 nur 186 mm Niederschläge gehabt hat, wird gedankenlos zur Kenntnis genommen. Die Kolonisten lassen außer acht, daß die landwirtschaftlichen Verhältnisse in Brasilien von denen in Rußland grundverschieden sind. Während es in Rußland eigentlich schwer gewesen wäre, schlechtes Land zu finden, erfordert das Aussuchen eines geeigneten Ansiedlungsgebietes hier ein hohes Maß von Kenntnissen der Siedungsverhältnisse, ferner sehr viel Umsicht und Vorsicht.

Wunder nehmen muß auch der naive Optimismus der Auhagener, daß ihre Organisationen bzw. Deutschland ihnen auch bei der Übersiedlung etwa nach Paraná geldlich helfen würden. Darin sollten sie allerdings schwer enttäuscht werden. Die zuständigen Stellen im Reich weigerten sich von vorneherein entschieden, bei jener Abwanderung irgendwie mitzuhelfen. Auch winkten sie unmißverständlich ab, als die Ansiedlung sich anschickte, einen Lehrer zu mündlichen Verhandlungen nach Deutschland zu entsenden.

Aber noch bevor die schwebenden Verhandlungen auch nur zu einem vorläufigen Abschluß gelangt sind, wandern eine ganze Anzahl Familien — einzeln und in Gruppen — ab, und im Juli 1935 hatten bereits 30 Familien die Ansiedlung verlassen. Auch Witmarsum bleibt von dieser Bewegung nicht verschont. Dort wirkt der genannte wurzellose Geschäftsführer offen für eine Abwanderung, doch behalten die beunruhigten Elemente die Oberhand. 1935 verlassen 44 Familien die Ansiedlung Auhagen, 1936 21 und 1937 4. Die meisten Familien gehen in die Großstadt Curitiba in Paraná, etwa 17 Familien erst, nachdem sie in Rio do Sul eine zeitlang in der Fabrik gearbeitet haben. Am Rande der Stadt Curitiba lassen sich die Abwanderer nieder und fristen ihr Leben als Arbeiter und etwas später als Milchbauern. Hier war übrigens schon vorher ein Großteil ihrer Jugend in Stellung gewesen.

Außer den genannten triftigen Gründen für diese Abwanderung — geringe Ernteerträge, magerer Boden, hoher Landpreis, der fehlende Bergaufstieg, die wenig lohnende Holzausbeutung, das Verhältnis zur H.R.G. — haben hier noch eine Reihe Unwägbarkeiten mitgewirkt, ohne daß sie den Kolonisten immer ganz klar zum Bewußtsein gekommen sein mögen. Hierher gehören z. B. ihre Verpflanzung von der fast userlosen russischen Steppe zwischen die hohen waldbedeckten Berge, die Umstellung vom Weizen- auf den Hackbauern, für viele auch die Erkenntnis, daß der in Rußland verlorengegangene Reichtum hier niemals wieder werde erarbeitet werden können; und schließlich waren die meisten dieser Einwanderer auch nur gezwungen nach Brasilien gegangen, denn ihr eigentliches Ziel war Kanada gewesen.

Außerdem: 63 v. H. aller Auhagener Kolonisten waren niemals Bauern gewesen, sondern Handwerker, Guts- und Mühlenbesitzer, Lehrer, Kaufleute usw. Nur fünfzehn der Siedler konnten als alte, erfahrene Bauern angesprochen werden. Allerdings waren sie in Rußland alle wohlhabend bis reich gewesen, und da sie im Urwald nunmehr ohne fremde Hilfe mit der Hacke als einzigem Ackergerät „bauern“ sollten, bedeutete ihre großbäuerliche Vergangenheit eher eine Belastung als einen Vorzug. Und schließlich darf auch der Umstand nicht unerwähnt bleiben,

daß eine kleine Gruppe führender Männer, denen die letzte und tiefste Verantwortung für ihre Gemeinschaft fehlte, eine eigentliche Siedlungsleitung garnicht aufgenommen ließ. Und die Frage der Leitung ist für eine auslandsdeutsche Siedlung von überragender Bedeutung.

Heute leben in Auhagen noch 34 Familien. Die Frage, ob auf jenem Plateau Landwirtschaft möglich ist, muß mit starker Einschränkung bejaht werden. Die Kolonisten stellen sich heute allmählich um auf Viehzucht und Milchwirtschaft, da sie an Alpin und Mais nur knapp genug für den eigenen Bedarf ernten. Obstbäume gedeihen oben gut, auch ist der Frost dort seltener und leichter als im Tal.

Eine andere Frage ist, ob Auhagen in seinem heutigen Bestande — die Siedler sitzen weit zerstreut auf dem Plateau — bestehen bleiben wird. Das scheint mir sehr unwahrscheinlich zu sein, einmal wegen der großen Zerstreuung, dann auch wegen der Unzufriedenheit mancher Kolonisten mit ihren landwirtschaftlichen Verhältnissen, der Uneinigkeit untereinander und schließlich auch, weil ein nicht geringer Teil der abgewanderten Auhagener im Weiterbestehen der Ansiedlung eine Anklage gegen sich erblickt und nicht ohne Erfolg bemüht ist, einen nach dem anderen zum Verlassen der Ansiedlung zu bewegen.

\*

Die meisten der Auhagener Kolonisten wandten sich, wie ausgeführt wurde, nach Curitiba. Als erster hatte bereits 1931 Jakob Gooßen den Weg dorthin gefunden. Ihm folgten 1932 vier weitere Familien. Die ersten 15 Familien des Jahres 1935, die die weite Strecke zum größten Teil in zwei Wochen auf Pferdefuhrwerken zurücklegten, mieten sich in den Vororten (Villa Guayra, Pilarzinho u. a.) ein und schlagen sich die erste Zeit durch als Fabrik- und Gelegenheitsarbeiter. Einige kaufen auch Brennholz, zerkleinern es und verkaufen es an die Haushaltungen in der Stadt.

Bald wenden sich einzelne Familien der Milchwirtschaft zu. Ihre Kühe lassen sie tags auf dem an die Stadt grenzenden fogut wie unbefiedelten Kamp weiden. Morgens früh beladen sie den für alle Milchfahrer der Stadt einheitlichen gelben Zweiräder und fahren die Milch aus — von Haus zu Haus.

In der Stadt aber läßt sich die Milchwirtschaft nur schwer vergrößern. Daher kauft Jakob Gooßen im November 1934 als erster etwa sieben Kilometer südlich von der Stadt Land, und zwar fünf Hektar. Seinem Beispiel folgen bald andere Kolonisten, und heute gibt es 7—8 km von Curitiba entfernt drei rußlanddeutsche Dörfchen: Bouqueirão (spr. Bokkeron) I mit 18 Höfen, Bouqueirão II mit 20 und Faxim (spr. Schaschin) mit 26 Wirtschaften. Außer diesen 64 Familien wohnten Ende 1937 noch 22 rußlanddeutsche Familien zerstreut in den genannten Vororten und in der Stadt, die zum Teil in Fabriken arbeiten und sich nebenbei mit Milchwirtschaft beschäftigen. Von den 88 in und um Curitiba wohnenden rußlanddeutschen Familien kommen 55 aus Auhagen, 31 aus Witmarsum und 2 aus Fernheim im parag. Chaco.

Die in den drei kleinen aneinanderliegenden Siedlungen lebenden Familien besitzen nur je 2½ bis 7½ ha Land, dabei ist der Boden sehr mager und liefert ohne Düng keine Erträge. Das Vieh der Kolonisten geht frei auf dem rund 4000 ha großen, umfriedeten Kamp der Landgesellschaft, doch muß als Zufutter Kleie gekauft werden. Die Kolonisten rechnen damit, daß ihnen das Weideland mit der Zeit knapp werden wird. Eine baldige Besiedlung des Landes ist zwar nicht zu befürchten, doch werden 2 km von Bouqueirão entfernt eine Anzahl Kavalleriekasernen erbaut, und die Siedler sehen eine bedeutende Herabminderung der Güte ihrer

Weide voraus durch die wahrscheinlich starke Bestockung des Kamps mit Militärpferden.

Doch hoffen die Milchbauern, auch nach einer Besiedlung des Kamps bei intensiver Bewirtschaftung ihres Bodens immer noch je drei Kühe auf zwei Hektaren Land durchfüttern zu können. Und die Milchwirtschaft ernährt schon eine Familie, wenn auf jeden Kopf mindestens eine Kuh unterhalten wird. Aber für die ersten zehn Jahre brauchen die Kolonisten eine Schmälerung ihres Weidelandes durch Besiedlung noch nicht zu fürchten. Außerdem bestünde auch die Möglichkeit, alles Jungvieh auf weiter entfernt liegende freie Kamps zu verbringen und so die verringerte Weidefläche zu entlasten.

Neben der Milchwirtschaft hoffen die Siedler auch, sich durch Gemüsebau Einnahmen zu erschließen. Doch stoßen sie bei diesem Versuch auf die starke Konkurrenz der Japaner, Türken und Polen. Diese beherrschen den gesamten Gemüse- und Obsthandel der Stadt.

Aber trotz jener Schwierigkeiten ist die wirtschaftliche Lage dieser Kolonisten um Curitiba heute schon ohne Zweifel besser, als die der auf dem Stolz-Plateau zurückgebliebenen Einwanderer. Trotzdem wäre eine die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung vorwegnehmende Prognose verfehlt. Der Milchbedarf der Stadt wird von den umliegenden Bauern vollauf gedeckt, und vielfach müssen schon nicht unerhebliche Milchmengen nach Hause mit zurückgenommen werden. Ob ein wirtschaftlicher Aufschwung auf so kleinen Landanteilen möglich sein wird, kann erst in 7—10 Jahren übersehen werden.

Was die Ansiedlung dieser Kolonisten am Stadtrand von Curitiba als verfehlt erscheinen läßt, sind nicht die wirtschaftlichen Aussichten, sondern die offensichtliche Unmöglichkeit, hier ihre überlieferte bäuerliche Kultur weiterzupflegen und sich völkisch zu behaupten. Schon den heute lebenden Kindern der Kolonisten fehlen fogut wie alle wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten, da der Milch- und Gemüsemarkt, wie gesagt wurde, bereits gesättigt ist. Infolge der Armut der Eltern und der insolgedessen fehlenden Ausbildungsmöglichkeiten stehen ihnen nur die Berufe der kleinen Gewerbetreibenden, Handwerker, Fabrikarbeiter u. ähnl. offen. Wie aber die Stadt, eine brasilianische Stadt, auf diese im allgemeinen noch sittenreinen und gesunden Kolonisten einwirkt, ist heute schon an einer Reihe nachdenklich stimmender Beispiele zu sehen. Uneheliche Kinder, gelegentlich vorkommende Geschlechtskrankheiten und Mißgehen sind erste Anzeichen einer begonnenen Fehlentwicklung.

Hinzu kommt in Curitiba ein anderes: hier am Rande der Großstadt ist ein weiteres Verharren in der selbstgewählten Isolierung nicht mehr möglich. Namentlich die jungen Menschen sehen sich im Verkehr mit Volksgenossen aus dem Reich und aus verschiedenen Teilen Brasiliens vor Fragen und Probleme gestellt, die ihnen bis dahin fremd geblieben waren. Sie geraten durch diese Verbindungen in den Bannkreis ganz neuer Gedanken und Ideen. Und ihr Blut beginnt zu sprechen. Zum erstenmal wird ihnen ihre völkische Zugehörigkeit hellstes Bewußtsein. Und dieses Bewußtsein drängt zu Entscheidungen, die nicht immer zugunsten ihrer Religionsgemeinschaft ausfallen. Denn dieser wird es im allgemeinen schwer, mit der neuen Entwicklung Fuß zu fassen. Ihre aus Rußland überkommene alte Führungsschicht versagt. Sie steht auch dem völkischen Erwachen ihrer Jugend (glücklicherweise im Gegensatz zu den Geführten!) meist verständnislos und ablehnend gegenüber. Sie denkt auch heute vielfach noch in den überlebten Vorstellungen der Vorkriegszeit. Sie vermag nicht einzusehen, daß die geruhsamen russischen Zeiten, wo ihnen auch

ihr (damals im allgemeinen unbewußtes) Volkstum selbstverständlicher Besitz war, unwiederbringlich vorbei sind. Die Prediger geben sich immer noch der Täuschung hin, ihre Jugend mit den überlieferten religiösen „Jugendvereinen“ ausfüllen zu können. Diese Kurzsichtigkeit aber wird den Gemeinden zum Verhängnis, denn manche Jugendliche beginnen, sich von ihrer Gemeinschaft auch äußerlich loszulösen und eigene Wege zu gehen.

Das gilt zwar auch für die Ansiedlungen Witmarsum und Luhagen, doch haben jene abgelegenen Gruppen genügend Zeit, eine begonnene Entwicklung ausreifen zu lassen. Besonders in Witmarsum beginnt sich der entschlossene Wille zur völkischen Selbstbehauptung und inneren Erneuerung allmählich durchzusetzen. Die Kolonisten fangen an einzusehen, daß sie sich in ihrer neuen Heimat ohne zähesten Kampf auch nicht entfernt halten können als in Rußland.

Aber auch in Curitiba erkennt ein Teil der ehemaligen Luhagener die Gefahren, vor denen ihre Gruppe steht. Sie hören nicht auf zu hoffen, daß es doch noch gelingen wird, etwa in Nordparaná eine geschlossene rußlanddeutsche Ansiedlung zustande zu bringen und den Großteil ihrer Milchbauern dorthin überzusiedeln. Sollten jene Pläne aber nicht verwirklicht werden können, so scheint ein schließliches Unterliegen dieser Bauern in dem ungleichen Kampf mit der fremden Großstadt unvermeidlich zu sein. Das aber würde für das Brasiliendeutschtum den Verlust einer zahlenmäßig zwar kleinen, aber rassistisch wertvollen, weil noch unvermischten und unverbrauchten Kolonistengruppe bedeuten.

Walter Quiring

## Die Japaner in Brasilien

Zu dem Länderbericht vom November 1937 dürften einige ergänzende Mitteilungen, soweit die japanische Volksgruppe in Frage kommt, von Interesse sein. Die Einwanderung konzentrierte sich auf die Mittelstaaten, in erster Linie Sao Paulo. In der Hauptstadt gibt es einen Stadtteil, unweit des Mittelpunktes, in dem sich Haus an Haus japanische Firmenschilder befinden. Die Regierung besteht jetzt darauf, daß eine Wiedergabe des Textes in der Landessprache in gleicher Größe erfolgt. Doch erst auf dem Lande entfaltet sich die eigentliche Tätigkeit der Japaner. In unmittelbarer Nähe von Sao Paulo befinden sich mehrere Tausend japanische Siedler, die als Gemüsebauern den städtischen Markt beliefern, besonders um Cotia herum gibt es eine dichte Kolonie.

Die Cooperativa Agricola de Cotia umfaßt an 1300 Mitglieder, darunter auch einige Deutsche. Sie ist straff organisiert und hat ihre Ein- und Verkaufszentrale in Pinheiro, einem Vororte von Sao Paulo. Man ist überrascht von der Ordnung und Verwaltung, die diese Stelle gleichzeitig zu einem gesellschaftlichen und sozialen Mittelpunkt gemacht hat. Der von der Genossenschaft angestellte Arzt erzählte uns in gutem Deutsch von seinem Besuch der Olympiade und besaß eine vorzüglich ausgestattete Apotheke deutscher Medizinen. Ein japanischer Zahnarzt praktizierte in einem vorbildlich ausgestatteten Operationszimmer. Eine Bibliothek, ein Gesellschaftsraum und andere Einrichtungen ähnlicher Natur vervollständigen den starken Zusammenhalt. Es gibt eine Anzahl solcher



Genossenschaften im Staate Sao Paulo. An 200 japanische Schulen sorgen für den Unterricht der Jugend. Dagegen sind nur an 40 deutsche Schulen vorhanden. Ich hatte kürzlich Gelegenheit, einige dieser Institute zu besuchen. Meist sind sie mit einem Internat verbunden und werden vielfach, um den steigenden Anforderungen zu genügen, ausgebaut. Die japanische Jugend macht einen disziplinierten Eindruck. Unter Aufsicht eines Lehrers sahen wir sie Feldarbeit verrichten, in einer Weise, die unserem Arbeitsdienst nicht unähnlich ist.

In den letzten Jahren, in denen die Kaffeepflanzungen wenig nützlich waren, haben die Japaner sich stark der Baumwollkultur zugewandt und große Fortschritte gemacht. Japan deckt einen nicht unbedeutenden Teil seines Bedarfes, indem es direkt von seinen Landsleuten bzw. den japanischen Genossenschaften kauft. Zur Beratung stehen landwirtschaftliche Sachverständige zur Verfügung und dem Konsulat ist eine Fachstelle angegliedert.

Trotz der Einwanderungsbeschränkung, die seit 1930 in Kraft ist und zahlenmäßig die Quote auf 2 v. H. der in den letzten 50 Jahren in Brasilien gelandeten Angehörigen einer Nation festlegt, hat Japan die zulässige Zahl von 3306 im Jahr überschritten. Die Einzelstaaten befolgen nicht immer die Vorschriften der Bundesregierung. Im Jahre 1935 kamen allein 9611 japanische Einwanderer an.



Heim eines japanischen Siedlers in Cotia



Neues japanisches Schulheim in Cotia bei Sao Paulo

derer an. Xavier de Oliveira sagt in seinem Buch *O Problema Imigratoria 1937*: „Wenn wir unsere Türen nicht schließen, würde Japan nach Brasilien übersiedeln“. Dem Japaner erscheint dieser Teil Südamerikas als ein günstiges Siedlungsland. Man wird bei dieser Gelegenheit daran erinnert, daß Mandschukuo vom Siedlungsstandpunkt aus ein Fehlschlag ist. Als Erklärung sagt man, daß das Klima zu kalt sei. Der Drang Japans geht nach dem warmen Süden.

Die japanischen Siedlungsverhandlungen wurden von der Kaigai Kogyo Kabushiki Kaisha, einer halbamtlichen Gesellschaft, geführt. Eine umfangreiche Konzession am Amazonas wurde von Brasilien wieder rückgängig gemacht. Da die Japaner rassemäßig einen Fremdkörper bilden, andererseits die unter Getulio Vargas zentralisierte Bundesregierung, mit stark nativistischem Einschlag, beabsichtigt, die Bevölkerung zu verschmelzen und einen einheitlichen Staat zu bilden, so kann man annehmen, daß diese Einwanderung nicht gefordert wird. Die Kopfszahl der japanischen Bevölkerung in Brasilien wird zwischen 200 000 und 250 000 liegen. Eigene Schifffahrtslinien, mit Anlaufen von Santos, bewältigen den Verkehr.

C. R. Hennings

# Länder-Berichte

## Elsaß-Lothringen

**Kein neuntes Schuljahr! — Das Verlangen nach einer Schulreform — Das Ende des elsass-lothringischen Eisenbahnnetzes — Wieder eine Einheitsfront der Abgeordneten**

Im letzten Monat des alten Jahres ist in der Frage des neunten Schuljahres, die über 13 Monate lang im Mittelpunkt heftiger Kämpfe zwischen Paris und der großen Mehrheit der Elsaß-Lothringer gestanden hatte, das Urteil des französischen Staatsrates gefällt worden. Die auf dieses neunte Schuljahr bezüglichen Abschnitte des Schulpflichtdekrets der Regierung Blum vom 10. Oktober 1936 sind für ungültig erklärt worden. Die Regierung Chautemps hatte bei ihrem Antritt elsass-lothringischen Parlamentariern die Zusage gemacht, daß sie die Frage der zuständigen richterlichen Instanz zur freien Entscheidung zuleiten werde. Diese Stelle, der „Staatsrat“, hat dann nach nochmaligem parlamentarischem Drängen am 26. November zur Sache verhandelt und am 3. Dezember das erwähnte Urteil gefällt. Entscheidend für diesen Ausgang war juristisch die klare Amtsüberschreitung des Kabinetts Blum. Politisch entscheidend war jedoch die Paris aufgezwungene Erkenntnis, daß gegenüber dem fast geschlossenen Widerstand Elsaß-Lothringens das Dekret einfach nicht durchzuführen sein würde. Die beiden „Landestagungen“ fast aller Senatoren, Abgeordneten und Generalräte der drei Departements in Metz (Februar) und Straßburg (Mai 1937) mit ihrem einstimmigen Nein waren dafür ebensolche Kennzeichen wie die Kreditverweigerungen fast aller Gemeinderäte und der passive Widerstand der betroffenen Elternschaft, ganz abgesehen von der Haltung der Presse, die mit Ausnahme der wenigen Linksbätter das Sonderschuljahr fast geschlossen ablehnte. Die Anrufung des Staatsrats mußte dem Kabinetts Chautemps als die beste Art erscheinen, aus der Sackgasse wieder herauszukommen. Der Staatsrat, der in anderen Fällen sein Urteil jahrelang hinausgezögert

hat, wenn es politisch unbequem oder schädlich schien, hätte ohne Zweifel auch in diesem Falle noch länger gewartet, wenn es dem Ministerpräsidenten Chautemps tragbar erschienen wäre.

Mit der ausdrücklichen Aufhebung des neunten Schuljahres ist ein seltsames Kapitel französischen Assimilationsstrebens zunächst einmal abgeschlossen, wobei die elsass-lothringische Seite die Kraftprobe bestanden hat. In den Reihen der Sieger ist man sich aber im allgemeinen dessen bewußt, daß nicht einmal in diesem Einzelpunkte der Pariser Elsaß-Lothringenpolitik etwas Endgültiges erreicht ist. Die Linkspresse, das sozialistische Nationale Lehrerverband und ähnliche Kreise bestehen darauf, daß nun auf anderem Wege durchgeführt werde, was auf dem Dretzwege gescheitert ist. Dabei führt man zur Begründung all das wieder an, was der Sozialist Léon Blum als Ministerpräsident seinerzeit zur Verteidigung seines Schulpflichtdekrets angeführt hatte: Mißerfolg der Volksschule in bezug auf die französischen Sprachkenntnisse; angebliche „Überlastung“ der elsass-lothringischen Volksschule durch Deutsch- und Religionsunterricht, die Aufgabe der Linksparteien, den Kindern des „schaffenden Volkes“ durch besseren Unterricht den Weg zum Aufstieg zu ebnen. — Daß es sich hier entweder um reine Vorwände zur Verdeckung anderer (namentlich religionsfeindlicher) Ziele handelt oder aber um mangelnde Einsicht in die Sprachen- und Volkstumsfragen, zeigt die Verständnislosigkeit in bezug auf die herrschende Unterrichtsmethode.

Unverständlich war bei dem Vorstoß des Volksfrontkabinetts Blum von vornherein der Umstand gewesen, daß lediglich für die nächsten ein neuntes Schuljahr für nötig erklärt worden war, nicht aber für die nächsten, ferner daß diese Verlängerung schema-

tisch für ganz Elsaß-Lothringen eintreten sollte, also nicht nur für die rein oder überwiegend deutsche Sprachigen Landesteile. Mit der Verlängerung der Schulpflicht war das Verbot an Handwerker usw. verbunden worden, Lehroverträge mit den in Frage kommenden 14—15-Jährigen abzuschließen. In der an Altfrankreich (längs der früheren deutsch-französischen Grenze) stoßenden Grenzzone führte das zu grotesken Zuständen, die sich lediglich zum Schaden der Einheimischen einwirken mußten. Die mangelhafte Vorbereitung des Dekrets hat neben der Gefährdung und dem Elsaß-lothringischen Protest zur Annullierung des Dekrets geführt.

Die Linke fordert von der Regierung, daß sie ihr nun ebenfalls „Genugtuung“ gebe, nachdem sie dem Druck der „Klerikalen“ gewichen sei; um Zeit für die Verbesserung des Unterrichts zu gewinnen, solle der Religionsunterricht außerhalb der eigentlichen Schulzeit erteilt werden. Das könnte aber nur durch ausdrückliches Gesetz erreicht werden und würde zu noch viel stürmischeren Kämpfen führen, als sie die Abwehr des neunten Schuljahres mit sich gebracht hatte. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß Ministerpräsident Chautemps solche Formen des Protestes herausfordern möchte.

Im Vordergrund steht auf alle Fälle nun das Verlangen nach Schulreform in Elsaß-Lothringen. Während die Anhänger der Assimilation dabei — neben dem Kampf gegen den Religionsunterricht und die konfessionelle Volksschule — die Verbesserung der Kenntnisse im Französischen in den Vordergrund stellen, verlangen die Vorkämpfer der „Heimatrechte“ eine Reform, die die deutsche Muttersprache wieder zur Unterrichtssprache macht, wie es der einfachsten Vernunft entspräche. Sie erklären, daß die zweite Sprache erst in den späteren Schuljahren gelehrt werden dürfe, und versichern, daß mit einer solchen vernünftigen Schulmethode nicht etwa weniger, sondern vielmehr Besseres auch für die Erlernung des Französischen erreicht werden würde.

Ein zweites Problem beschäftigt an der Jahreswende die Elsaß-lothringische Öffentlichkeit: die Frage der künftigen Verwaltung des Eisenbahnnetzes. Bald

nach dem Kriegsende war von französischer Seite versucht worden, das gut ausgebaute staatliche Netz an die private Ostbahn-Gesellschaft (in Nancy) zu übereignen. Diesen Versuch hatte Elsaß-Lothringen zum Scheitern gebracht; das Netz blieb Staatsbesitz und wurde wie in deutscher Zeit durch eine „Generaldirektion“ mit dem Sitz in Straßburg verwaltet. Die Beamtenschaft bekam ihre Sonderstellung in bezug auf Gehalt, Pensionierung usw. im wesentlichen zugesichert. Die einheimische Wirtschaft hatte in einem „regionalen Beirat“ die Möglichkeit, die besonderen Wünsche und Bedürfnisse des Grenzlands geltend zu machen.

Dieser Zustand wurde unerwartet bedroht, als die Regierung Chautemps im Sommer 1937 durch ein Gesetzesdekret auf Grund der ihr zur Finanzsanierung erteilten Vollmachten an die Reorganisation des gesamten französischen Eisenbahnnetzes heranging und die Übertragung aller Betriebskonzeptionen auf eine einheitliche „Nationale Gesellschaft der französischen Eisenbahnen“ verfügte, die zu 51% staatlich, zu 49% privatkapitalistisch („gemischtwirtschaftlicher Betrieb“) sein sollte. Die alsbald ausgesprochene Auflösung der Beiräte bei den einzelnen Netzen und das Fehlen eines Elsaß-lothringischen Vertreters im Gesamtbeirat der neuen Einheitsgesellschaft weckte schwere Besorgnisse wegen der künftigen Verteidigung der besonderen Landesinteressen. Dann wurde im Oktober bekannt, daß vom 1. Januar 1938 ab nur noch fünf „Regionaldirektionen“ bestehen bleiben sollten, die den Direktionen der früher selbständigen Netze entsprechen, — daß aber für Straßburg nur eine „Unterdirektion“ vorgesehen wäre. Es wurde der Verdacht laut, daß damit auf Umwegen nun doch die Selbständigkeit des Elsaß-lothringischen Netzes unterdrückt werden würde. Das hat sich bald bestätigt.

Mitte November beschloß der Straßburger Gemeinderat einstimmig, gegen diese Pläne und die damit verbundene Verkleinerung der Straßburger Generaldirektion zu protestieren. Bei diesem Anlaß haben zum ersten Mal auch Sprecher der autonomiefreudigen Rechtsparteien und das ihnen nahestehende, in französischer Sprache erscheinende Straßburger „Journal d'Alsace et de Lorraine“ betont, daß Elsaß-Lothringen zum rheini-

schen Raum gehöre und deshalb andere Verkehrsbedingungen aufweise als das übrige Frankreich, daß „übertriebene Zentralisation“ für das Grenzland eine Gefahr bedeute und daß die Sonderrechte der elsass-lothringischen Eisenbahngesellschaft gewahrt werden müßten. — Im gleichen Sinne haben 22 von den 25 Abgeordneten aus Elsass-Lothringen während der französischen Kammerausprache über den Staatshaushalt einen gemeinsamen Entschließungsentwurf eingebracht. Er enthält drei Forderungen: Die Regierung solle dafür eintreten, daß erstens die „verwaltungsmäßige, technische und finanzielle Autonomie“ des Eisenbahnnetzes erhalten bleibe, daß zweitens in Straßburg eine (sechste) „Regionaldirektion“ in der gleichen Gestalt und dem gleichen Ausmaß wie die bisherige „Generaldirektion“ beibehalten werde und daß drittens die wohlverordneten Rechte des Personals geschützt würden. Im gleichen Sinne sind verschiedene Abordnungen in Paris vorstellig geworden. Außer wohl-

wollenden und beruhigenden Worten ist jedoch vorerst nichts erreicht worden als eine Verlangsamung des Tempos, in dem die Straßburger Generaldirektion abgebaut wird.

Bezeichnend für die Assimilationswilligkeit der Linksparteien ist es, daß selbst in diesem Falle, der für Tausende von elsass-lothringischen Beamten und Angestellten und für die gesamte Wirtschaft des Landes aller schwerste Gefahren mit sich bringt, die Leitung der marginalistischen Gewerkschaften lediglich auf die reinen Eisenbahnerfragen achtet (und sich selbst hier mit einfachen Vorschlägen begnügt) und die grundsätzliche und gesamtwirtschaftliche Seite des Problems völlig außer acht läßt. Ganz anders verhält sich die Leitung des (katholischen) Unabhängigen Eisenbahnerverbandes, der sich hinter das „Aktionskomitee zur Verteidigung der wirtschaftlichen Interessen der drei Departements“ stellt und an der Aufklärung der Öffentlichkeit über die dem Lande drohenden Gefahren stark mitarbeitet.

## Memelgebiet

### Weitere Begnadigungen — Litauisierung auf Kosten des Memelgebiets — Steigende Bodenverluste

Der litauische Staatspräsident hat anlässlich der Weihnachtstage fünf weitere im Kommoer Kriegesgerichtsprozeß verurteilte Memelländer begnadigt. Es handelt sich um Paul Kwauka, Kurt Grau, Friz Kuhn, Bruno Riegel und Erich Vappins, die je zehn Jahre Zuchthaus erhalten hatten. Es befinden sich jetzt noch 11 Memelländer in den Zuchthäusern.

In den letzten Monaten konnte erfreulicherweise eine zunehmende wirtschaftliche Besserung festgestellt werden, die nicht zuletzt in Auswirkung des deutsch-litauischen Wirtschaftsvertrages auf die erhöhte Kaufkraft der memelländischen Landwirtschaft zurückzuführen ist. Diese Wirtschaftsbesserung kommt auch in dem neuen Haushaltsplan des Memelgebiets zum Ausdruck, der Ende Dezember vom memelländischen Landtag beraten wurde. In dem Haushalt, der in Einnahme und Ausgabe mit 18,6 Millionen Lit balanciert, konnten 1,1 Millionen auf der Ausgabenseite mehr als im Vorjahre eingesetzt werden, eine Summe, die in der Hauptsache dazu dient, die seinerzeit von dem litau-

ischen Direktorium Bruvelaitis um 10 v. H. gekürzten Beamtengehälter wieder auf ihren alten Stand zurückzusetzen. Der zehnprozentige Abzug ist mit dem 1. Januar 1938 weggefallen.

Dieser erfreulichen Aufwärtsentwicklung steht auf der anderen Seite die Tatsache eines starken Anstiegens der Arbeitslosenziffer und der Verfall der handwerklichen Berufe gegenüber. Hier machen sich die Auswirkungen der Veto-Politik des litauischen Gouverneurs außerordentlich drückend bemerkbar. Allein die Stadt Memel zählte im Dezember 2200 registrierte Arbeitslose, was gegenüber dem Vorjahr noch eine Zunahme um etwa 10 v. H. bedeutet. Da der litauische Gouverneur das Gesetz des memelländischen Landtags zum Schutz gegen die Arbeitslosigkeit wiederholt abgelehnt hat, hält der Zugang vor allem von arbeitscheuen Elementen aus Litauen an. Dies umsomehr, als die Sozialversorgung in Memelgebiet wesentlich besser als in Litauen und oft auch die Arbeitslosenunterstützung im Memelgebiet höher als in

Litauen der Arbeitsverdienst ist. Während in den meisten Gegenden Litauens Arbeitermangel besteht, ist die Stadt Memel gezwungen, Arbeitscheue, die in Litauen nicht arbeiten wollen, zu unterstützen. Ebenso drückend macht sich auch die Tatsache bemerkbar, daß litauische Handwerker in Scharen aus Litauen nach dem Memelgebiet einwandern und dann, ohne daß sie den Beruf richtig erlernt haben, den eingesehnen memelländischen Handwerkern durch Preisunterbietungen Arbeit und Verdienst wegnehmen. Die memelländischen Behörden sind demgegenüber machtlos, da der litauische Gouverneur die vom Landtag ordnungsgemäß beschlossene memelländische Handwerkerordnung mit dem Veto belegt und dadurch zu Fall gebracht hat.

Diese Litauisierungspolitik auf Kosten der Memelländer macht die Wirtschaftsbeserung zu einem großen Teil wieder illusorisch, da sie die autonomen Behörden zwingt, Mittel, die für produktive Zwecke angewandt werden können, zur Unterstützung litauischer Arbeitsloser und zur Sicherung des bedrohten memelländischen Handwerks aufzuwenden.

Weiter konnte in den letzten Jahren infolge der Abfaßschwierigkeiten und der dadurch hervorgerufenen hohen Verschuldung der Landwirtschaft ein ständiges Ansteigen der Zwangsversteigerungsziffern festgestellt werden. Als Käufer der zur Zwangsversteigerung getriebenen Grundstücke traten meistens Landwirte aus Großlitauen auf, hinter denen litauische Geldinstitute stehen.

Auf diese Weise ist bereits ein großer Teil memelländischen Bodens in litauische Hände übergegangen. Der memelländische Landtag, der dieser Litauisierung des Gebiets mit entsprechenden Gesetzen zum Schutz des memelländischen Bauerntums entgegenzutreten suchte, konnte sich nicht durchsetzen, da der litauische Gouverneur alle Gesetze zur Entschuldung oder zur Verhinderung von Zwangsversteigerungen als angeblick „statutwidrig“ mit dem Veto belegt hat.

Wie das Statistische Büro des Memelgebiets jetzt mitteilt, ist im Jahre 1936 gegen insgesamt 160 Grundstücke mit einer Fläche von 2472,8 Hektar die Zwangsversteigerung eingeleitet und zum großen Teil bereits durchgeführt worden. Im Jahre 1935 kamen 120 Betriebe mit einer Bodensfläche von 1919,1 Hektar zur Versteigerung. Obwohl sich im Jahre 1937 die Absatzverhältnisse memelländischer Landwirtschaftserzeugnisse gebessert haben, ist die Notlage der Bauern infolge der erheblichen Verschuldung immer noch sehr groß, und Zwangsversteigerungen sind an der Tagesordnung. So wurde auch in der letzten Sitzung des memelländischen Landtags darauf hingewiesen, daß infolge der Konkurse zweier Genossenschaften zahlreichen Bauern die Zwangsversteigerung drohe, da die memelländischen Behörden infolge der Ablehnung der landwirtschaftlichen Schutzgesetze durch den litauischen Gouverneur nicht die Möglichkeit haben, diesen unverschuldet in Not geratenen Bauern zu helfen.

## Estland

### Die neue Staatsverfassung und ihre Bedeutung für die deutsche Volksgruppe — Beunruhigung um die Erhaltung des muttersprachlichen Unterrichts — Estnische Heße im Anschluß an den Besuch des Kreuzers „Leipzig“ — Schließung der deutschen Schülerbünde

Das ausgehende Jahr und die Zeitwende zum neuen lassen das estländische Deutschtum mit ernststen Sorgen in die Zukunft blicken. Diese beziehen sich vor allem auf das kulturpolitische Gebiet und stehen in enger Verbindung mit dem durch die Annahme der neuen Verfassung eingeleiteten Neuaufbau des Staates.

In der Nacht auf den 1. Januar d. J. trat die neue Verfassung in Kraft, durch welche

die jahrelang dauernde schwere innerestländische Krise nun endgültig gebannt werden soll. Wenn somit die neue Verfassung für den jungen Staat Estland fraglos einen Schritt vorwärts bedeutet und staatlich gesehen im Hinblick auf die blühende Wirtschaft und die stabilisierten innerpolitischen Verhältnisse das Jahr 1938 zu einem erfreulichen in der Geschichte Estlands zu werden verspricht, so kann, wie oben hervorgehoben, leider dies

nicht hinsichtlich der Lebensbedingungen und der Lage des Deutschtums gesagt werden. Da von der neuen Verfassung in starkem Maße der gesamte innerpolitische Aufbau Estlands abhängen wird, so seien an dieser Stelle kurz die nationalitätenpolitischen und staatspolitischen Bestimmungen der neuen Verfassung angeführt, soweit sie auf das estländische Deutschtum besonders Bezug haben.

Um mit den rein staatspolitischen Bestimmungen den Anfang zu machen, sei darauf hingewiesen, daß durch das neue Wahlrecht, welches auf Grund der Bestimmungen der neuen Verfassung erlassen worden ist, das estländische Deutschtum praktisch von der Gesetzgebung und politischen Willensgestaltung im Staat ausgeschlossen wird. Das bisher in Wirkung befindliche vierstimmige Wahlrecht mit Einbeziehung des Grundbesizes der Verhältniswahl hatte dem Deutschtum eine seiner Zahl angemessene Vertretung in den Parlamenten sichergestellt. Die deutsch-baltischen Abgeordneten hatten in starkem Maße, weit über die engeren Interessen des baltischen Deutschtums hinweg, an der Gesetzgebung teilgenommen. Die Namen mancher deutschbaltischer Abgeordneter sind aufs engste mit grundlegenden Gesetzen verknüpft. Naturgemäß wurde durch eine so enge Mitarbeit die Möglichkeit für eine bestimmte Beeinflussung der Gesetzgebung und damit auch der politischen Willensbildung im Lande gegeben.

Wenn zwischen der politisch maßgebenden Stellung des estländischen Deutschtums bis in die Ausläufe des vergangenen Jahrhunderts hinein und der neuen Lebenswende des ersten Abschnitts der estländischen Innenpolitik gewiß ein gewaltiger Unterschied klafft, so entsprach doch die parlamentarische politische Betätigung der deutschen Vertreter im Parlament der Tradition des Deutschtums, das durch die Jahrhunderte hindurch maßgebenden Anteil an der Leitung des estländischen politischen Lebens genommen hatte und durch seine ganze Geschichte hindurch die harte Wahrheit des Napoleonischen Wortes: „Politik ist Schicksal“ wirksam gesehen hatte. Das nunmehr eingeführte Wahlgesetz, welches dem englischen nachgebildet ist und auf der Einführung von Einmannwahlkreisen beruht, wird dem Deutschtum infolge seiner Streusiedlung nicht mehr die Möglichkeit geben, einen Vertreter in die erste entscheidende

Kammer des Parlaments zu entsenden. Wohl wird aller Wahrscheinlichkeit nach das Deutschtum in der zweiten Kammer, dem sog. Oberhaus, durch einen Vertreter der Deutschen Kulturselbstverwaltung eine Repräsentanz erhalten; doch die zweite Kammer ist in ihrem Einfluß der ersten Kammer nicht gleichgestellt, so daß in der ersten Kammer die wirklichen Entscheidungen über die Gesetzgebung und die Regierungspolitik fallen dürften.

Dem estländischen Deutschtum wird auch in der Zukunft gewiß nicht jeder politische Einfluß genommen sein. Hierzu ist seine wirtschaftspolitische Stellung eben zu stark. Eine indirekte Einflußnahme auf die wirtschaftliche Gesetzgebung wird wohl nach wie vor möglich sein. Doch es ist außerordentlich zu bedauern, daß die nach außen hin sichtbare und repräsentative politische Vertretung in der entscheidenden politischen Instanz nunmehr fortfallen wird. Das ist auch ein schwerer psychologischer Schlag, da dadurch das Deutschtum aus der Zahl der nach außen hin wirkenden aktiven politischen Kräfte in starkem Maße ausgeschaltet wird.

Was die nationalitätenpolitischen Bestimmungen der neuen Verfassung betrifft, so ist das Recht auf die Kulturselbstverwaltung wohl in der neuen Verfassung erhalten geblieben. Doch droht dieses Recht durch die künftige Gesetzgebung auf dem Gebiet der Sprachenpolitik in den Schulen wesentlich durchlöchert zu werden. Im Gegensatz zu den beiden ersten estländischen Verfassungen enthält die neue nicht mehr den Grundsatz von der Freiheit der Bestimmung der Nationalität, sondern nur die Bestimmung, daß jeder estländische Bürger seine Volkszugehörigkeit bewahren darf. Am gefährlichsten für den Augenblick ist jedoch die Bestimmung, welche sich auf die Regelung der Unterrichtssprache in den Schulen bezieht und die besagt, daß der Unterricht in den Minoritätenschulen in der Muttersprache der entsprechenden Minorität und in der Staatsprache zu erfolgen hat, ohne Angabe, in welcher Art eine Abgrenzung dieser beiden Sprachen erfolgen soll. Diese Aufgabe wird einer späteren Gesetzgebung vorbehalten.

Wie zu erwarten war, ist gerade um die Durchführung dieser Bestimmung der neuen Verfassung ein Streit entbrannt, der zu sehr weitreichenden Folgen führen kann. Im Spätherbst des vergangenen Jahres wurde vom Unterrichtsministerium ein entsprechen-

der Gesekanttrag ausgearbeitet, der einer Ministerkommission zur Begutachtung vorgelegt werden sollte, wobei vom damals stellvertretenden Staatspräsidenten aus die Erlassung eines entsprechenden Gesetzes auf dem Dekretwege erfolgen sollte. Der Vorschlag des Unterrichtsministeriums sah den Unterricht in Geschichte, Erdkunde, Heimatgeschichte, Bürgertunde und militärischen Unterricht in der Staatsprache vor.

Dieser Plan rief in weiten deutschen Kreisen eine tiefgehende Beunruhigung hervor, die sich u. a. in vielen Telegrammen von Eltern-Komitees und anderen deutschen Organisationen an den Staatsverweser, in Presseartikeln usw. äußerte. Ohne Übertreibung darf wohl gesagt werden, daß seit der Staatsbildung es wohl keine innerpolitische Frage gegeben hat, die das estländische Deutschtum in seinen weitestens Kreisen so weit und so tief ergriffen hat. Um das zu verstehen, muß man nicht nur die Bedeutung des muttersprachlichen Unterrichts an sich ins Auge fassen und das Verlassen des Grundfasses desselben zu Gunsten des Prinzips des utraquistischen Unterrichts, sondern sich daran erinnern, daß im schweren Selbstbehauptungskampf gegen die Russifizierung zu Ende des vorigen Jahrhunderts gerade die Frage der Unterrichtssprache in den Schulen eines der wesentlichsten Kampfbjekte nicht nur im Verhältnis zwischen Deutschen und Russen, sondern auch zwischen Esten und Russen bildete. Bezeichnend ist es, daß die an und für sich nicht in starkem Maße politisch interessierten Frauen innerhalb des Deutschtums einen lebhaften Anteil an diesen Auseinandersetzungen genommen haben. Es kann leicht geschehen, daß eine stärkere Durchsetzung des Unterrichts in deutschen Schulen mit Unterrichtsfachern in estnischer Sprache, anstatt zu einer Annäherung zu einer Entfremdung zwischen dem Staatsvolk und dem estländischen Deutschtum führen wird. Es ist eben noch nicht abzusehen, in welcher Form und auf welchem Wege die Frage des Unterrichts in den Minoritätenschulen gelöst werden wird. Zu befürchten wäre besonders eine Übertragung der Entscheidung dieser Frage an das neu zu wählende Parlament.

Sehr wenig erfreulich waren die Begleitumstände, unter denen die Vorbereitung zur Durchführung dieses neuen Gesetzes erfolgte. Ende November wurde unsere Hauptstadt vom deutschen Kreuzer „Leipzig“ besucht.

Leider ging im Zusammenhang mit diesem Besuch eine schlagartige einsetzende Heße einzelner estnischer Presseorgane gegen das estländische Deutschtum vor sich, welche in nicht ungeschickter Weise von bestimmten Behörden dazu benützt wurde, um gegen die deutschen Jugendorganisationen vorzugehen und ebenfalls die deutschen Schulen als in mancher Hinsicht reformbedürftig erscheinen zu lassen. Es handelt sich darum, daß natürlicherweise die Besatzung der „Leipzig“ von dem hiesigen Deutschtum in freundlicher Weise aufgenommen wurde, was ja wirklich kein Wunder ist, wenn man in Betracht zieht, welchen famosen Eindruck die Einheiten der deutschen Reichsmarine machen. Es mag gewiß sein, daß hierbei gerade von seiten junger, begeistigungsfähiger Menschen manche Übertreibungen vorgekommen sind. In Zukunft sollen u. a. strenge Vorschriften gerade für Schulmädchen im Hinblick auf den Verkehr mit den Matrosen deutscher Kriegsschiffe vorgeesehen werden, da derselbe nur zu leicht sehr häßlichen Mißdeutungen ausgesetzt werden kann, wie dies auch während des Besuchs der „Leipzig“ der Fall war. Es entspann sich eine heftige Pressepolemik zwischen der estnischen und der deutschen Presse, nachdem in einem estnischen Blatt ein niederträchtiger Artikel über den Verkehr zwischen der Besatzung der „Leipzig“ und dem weiblichen Teil der deutschen Jugend erschienen war. Man hatte den Eindruck, daß wieder einmal von bestimmten estnischen Kreisen aus die alt bewährte Methode des terrormäßigen Presse-Drucks ausgenutzt wurde, um bestimmte Maßregeln durchzuführen, die diesmal zur Schließung der deutschen Schülerbünde an den deutschen Schulen und zu einer völlig ungerechtfertigten Maßregelung einer Reihe von deutschen Schuldirektoren führte. Nachträglich hat sich dann herausgestellt, daß die angeblichen Vergehen, welche den deutschen Schülerinnen vorgeworfen wurden, in keinem Verhältnis zu manchen Erscheinungen gestanden haben, die dem nicht zu rechtfertigenden Benehmen gerade estnischer Schülerinnen während des „Leipzig“-Besuches zugrunde gelegen haben. An Bord der „Leipzig“ sind protokolllarisch einige Vorgänge festgelegt worden, die alles andere als ein schönes Licht auf diese Vorfälle werfen. Wahrscheinlich ist wohl aus dem Gefühl des Dankes für die gewährte Gastfreundschaft heraus eine Veröffentlichung dieser Vorfälle nicht erfolgt. In weiten deut-

ischen Kreisen hatte man die Auffassung, daß ein unberechtigter Angriff gegen das estländische Deutschtum entfesselt worden war, um bestimmte ihm abträgliche politische Absichten durchzusetzen. Mitgespielt mag die Absicht haben, die moralische Stärkung, welche naturgemäß durch den Besuch der „Leipzig“ innerhalb weiter Kreise des Deutschtums hervorgerufen wurde, durch das oben erwähnte Vorgehen abzuschwächen und zunichte zu machen.

Besonders ist hierbei zu bedauern, daß die deutsche Jugend in diesen ganzen Konflikt in so schwerer Weise hineingezogen worden ist und die deutsche Jugend nach Schließung der Schulvereine, ohne die Möglichkeit eines Zusammenschlusses zu haben, in das neue Jahr gehen muß. Man wird hoffen können, daß in der Form der Anteilnahme am bestehenden Netz der Jugendorganisationen ein Einbau der deutschen Jugend in dieselben erfolgen wird, und zwar ohne daß sie als Einzelpersonen in die estnischen Jugend-

organisationen einzutreten brauchen. Wie aus den eben erfolgten Erklärungen des staatlich bestellten Führers der estländischen Jugend hervorgeht, soll der deutschen Jugend die Möglichkeit gegeben werden, in lokalen Einheiten sich im Rahmen der genannten estnischen Jugendverbände zu organisieren. Allerdings würde der deutschen Jugend hierbei die Möglichkeit nicht gegeben werden, sich über das ganze Land hinweg zu einer Einheit zusammenzuschließen.

Die kommenden Wahlen, die vor der Tür stehen, erwecken insofern Befürchtungen innerhalb deutscher Kreise, als es bisher gewöhnlich von bestimmten estnischen Kreisen aus immer wieder versucht worden ist, durch Auspützung chauvinistischer Momente bei den Wahlen Erfolge für sich zu buchen. So muß auch jetzt befürchtet werden, daß die Wahlen zu chauvinistischen Ausfällen gegen das Deutschtum führen könnten.

## Polen

**Gegen die Handhabung des Grenzzonegesetzes — Liquidierung des Kensa-Prozesses — Verurteilung wegen des Gebrauchs von Ortsnamen in „nichtamtlicher Fassung“ — Dr. Lück erhielt den Herderpreis — Kunst und Sport in Posen — Aus Ostoberschlesien: Druck auf Schule und Kirche; Entlassungen und Kündigungen — Vom Deutschtum in Galizien, Lodz und Wilna**

Die Handhabung des seit dem 1. Juli 1937 gültigen Grenzzonegesetzes gegenüber den deutschen Grundbesitzern hat den Vertreter der deutschen Volksgruppe im polnischen Parlament, Senator Wiesner, veranlaßt, im Senat eine Eingabe an den Justizminister vorzulegen. Das Grenzzonegesetz macht die Rechtsgültigkeit eines Kauf- und Überlassungsvertrages oder Erbnachlasses innerhalb des bis zu 30 km erweiterten Grenzgebiets abhängig von der Genehmigung des Wojewoden. In den polnischen Westgebieten stellen sich nun die Gerichte auf den Standpunkt, daß auch solche Überlassungsverträge, die vor dem genehmigungspflichtigen Termin auf dem normalen Rechtsweg abgeschlossen wurden, ungültig sind, wenn die Eintragung in das Grundbuch z. B. wegen Arbeitsüberlastung oder Zeitmangels der Gerichte nicht bis zum 1. Juli erfolgen konnte.

Diese Gesetzeshandhabung wirkte sich gegen

Hunderte von Deutschen in den Grenzgebieten aus, die vor dem Inkrafttreten des Grenzzonegesetzes ihren Besitz verkaufen oder auf ihre Kinder übertragen lassen wollten. Die jetzt für sie notwendige Genehmigung des Wojewoden wird ihnen fast regelmäßig verweigert, so daß die Gefahr besteht, daß Hunderte von deutschen Besitzungen infolge dieser Handhabung des Grenzzonegesetzes in andere Hände übergehen.

In seiner Eingabe ersucht Senator Wiesner den Justizminister dringend, durch einen Erlaß dafür zu sorgen, daß alle Übereignungsverträge, welche ordnungsgemäß vor dem 1. Juli abgewickelt worden sind, von den Gerichten unbeanstandet und ohne Genehmigungspflicht erledigt werden.

Der sogenannte Kensa-Prozess, der im Juli und August des vergangenen Jahres



vor zwei Instanzen abrollte und so großes Aufsehen erregt hatte, scheint jetzt endgültig liquidiert zu sein. Die letzten drei Verurteilten, die sich noch in Haft befanden, Drosch, Klimet und Krüger, sind aus dem Gefängnis entlassen worden. Die anderen 19 Angeklagten befinden sich bereits seit längerer Zeit auf freiem Fuß. Den Angeklagten war, wie Erinnerlich, im Prozeß der Vormurf der Gefeimbündelei gemacht worden, wofür sie zu Freiheitsstrafen bis zu 2 Jahren verurteilt wurden. Sie hatten auf einem Gute, das zwei deutschen Schwestern Wehr gehörte, zur Unterstützung der Besizerinnen bei der Landarbeit geholfen. Die polnische Staatsanwaltschaft erblickte in den Formen dieses freiwillig geleisteten Landdienstes ein Vergehen gegen die Sicherheit des Staates.

Das Mitglied der Jungdeutschen Partei für Polen, Karl Bieler aus Grätz bei Neutomischel, wurde vom zuständigen Starosten deswegen zu 100 Zl. Geldstrafe, bzw. 10 Tagen Haft und zum Tragen der Kosten des Verfahrens verurteilt, weil er — wie es in der Urteilsbegründung heißt — gelegentlich einer Versammlung der Partei in der Ansprache Ortsbezeichnungen in „nicht amtlicher Fassung“, d. h. in deutscher Sprache gebrauchte, und zwar „Rakwiz“ — anstatt Rakoniewice, „Neutomischel“ — anstatt Nowy Tomysl usw.

Es geht hier weniger um das Strafmaß, als vielmehr um die grundsätzliche Tendenz, die dem Urteil zugrunde liegt. Es ist beim besten Willen nicht zu verstehen, wie die auf diesem Gebiete bestehende Verordnung auch beim Gebrauch des gesprochenen Wortes angewandt werden soll. Schließlich spricht ein Deutscher in einer deutschen Versammlung deutsch, ein Pole auf einer polnischen Versammlung polnisch. Gegen das Urteil, das eine Verwaltungsbehörde gefällt hat, ist — wie die deutsche Presse mitteilt — Berufung eingelegt worden, und man kann gespannt sein, wie ihr Ergebnis in dieser grundsätzlichen Frage ausfallen wird.

Die deutsche Presse gibt der Beunruhigung der deutschen Meinung in der Frage des Deutschen Gymnasiums in Bromberg Ausdruck. Nach der Feststellung, daß das polnische Gymnasium in Marienwerder seit dem

1. Oktober 1937 geöffnet ist, wird die Anfrage an die Behörden gerichtet, wann endlich der Neubau des Deutschen Gymnasiums in Bromberg zu Ende geführt werden darf.

16 deutsche evangelische Kinder besuchen die polnische Volksschule in Zuilghloty-Königsmoor bei Strassburg, die bisher vom Ortsgeistlichen der Kirchengemeinde Kawli-Herrmannsruhe in deutscher Sprache im Religionsunterricht betreut wurden. Jetzt kam ein evangelischer Lehrer an die Schule, der den Religionsunterricht in polnischer Sprache erteilt. Dem Pfarrer wurde das weitere Unterrichten verwehrt.

Am 18. Dezember erhielt der Leiter des Deutschen Buchereivereins für Posen und Pommerellen, Dr. Kurt Lück-Posen, den Herderpreis der Johann Wolfgang Goethe-Stiftung von der Universität Königsberg verliehen. Dr. Lück promovierte 1924 an der Breslauer Universität zum Dr. phil. mit einer Arbeit über das Thema „Der Bauer im polnischen Roman des 19. Jahrhunderts“. Dr. Lück interessierte sich frühzeitig für das Deutschtum im Osten Polens, über das er verschiedene Bücher schrieb. 1934 erschienen seine „Deutschen Aufbaukräfte in der Entwicklung Polens. Forschungen zur deutsch-polnischen Nachbarschaft im ost-mittel-europäischen Raum“, ein Werk, das allseits größte Beachtung fand. In den nächsten Monaten erscheint das seit langem vorbereitete Werk „Der Mythos vom Deutschen in der polnischen Volksüberlieferung und Literatur“.

In Posen inszenierte der Hamburger Generalintendant E. K. Stroh die Wagner-Oper „Der fliegende Holländer“. Die musikalische Leitung hatte Dr. Latofzjewski. Die Dekorationen besorgte Ing. Unruh von der Hamburger Bühne. Die erste Aufführung war ausverkauft. Gelegentlich seines Aufenthaltes in Posen hielt Generalintendant Stroh im Berufsverband der polnischen Literaten einen Vortrag über das Thema „Die Arbeit des Operntheaters der Gegenwart“. Es war dies der erste Vortrag eines Reichsdeutschen vor einem polnischen Forum in Posen nach dem Kriege.

Im deutschen Sportleben Posens ist ein erfreuliches Ereignis festzustellen.

Zwei Vereine, der 1. Schwimmverein Posen und der Posenr Radsfahrverein, haben ihre Selbständigkeit aufgegeben, um sich als Schwimm- bzw. Radsfahrabteilung dem Deutschen Sportclub anzuschließen. Durch diesen Zusammenschluß in dem DSC. hat nun das Deutsche Sportleben der Stadt einen Zentrverein erhalten.

\*

In der Senatsitzung am 4. Januar brachte der deutsche Senator Wiesner eine Eingabe über die Schulverhältnisse in Ostoberschlesien ein. In dieser Denkschrift wird darauf hingewiesen, daß seit dem Erlöschen der Genfer Konvention statt der im Jahre 1934 gegründeten Deutsch-Polnischen Sprachprüfungskommission eine rein polnische Körperschaft darüber entscheidet, ob die schulpflichtigen Kinder deutsche oder polnische Schulen zu besuchen haben. Da die Handhabung der Sprachprüfungen, wie in der Eingabe im einzelnen dargelegt wird, vielfach zu Unzuträglichkeiten geführt hat, wird an den Kultusminister die Frage gestellt, ob er geneigt sei, diese Sprachprüfungen auf dem Wege der Verordnung zu beseitigen und den gesetzlichen Zustand wiederherzustellen. Den deutschen Eltern müsse das alleinige Bestimmungsrecht über ihre Kinder gewährt werden. Die bereits getroffenen Entscheidungen, die gegen den Willen der Eltern erfolgt sind, seien rückgängig zu machen und den Kindern wieder der Besuch der deutschen Schule zu ermöglichen.

\*

Wie wir bereits berichteten, hatte der schlesische Wojewode Grazynski den aufgelösten deutschen Kirchenrat der evangelischen Kirche durch vier polnische Vertreter ersetzt, mit Rechtsanwalt Michajda an der Spitze, der vom Kirchenpräsidenten Boß die Übergabe der Geschäfte erzwang. Im Zusammenhang mit einer angeblichen Berücksichtigung deutscher Interessen, von der viel gesprochen wurde, berief der Wojewode drei Deutsche in den Rat und zwar Pastor Harlfinger und die beiden Gutsbesitzer und Kirchenältesten Hermann und Hegenscheidt. Die vom Wojewoden getroffene Wahl ist insofern bezeichnend, als die drei neuernannten Vertreter sich außerhalb der deutschen Volksgruppe gestellt hatten. Im Schreiben der

oberschlesischen deutschen Pfarrerschaft vom 11. November an den Wojewoden, in welchem die Unterzeichneten erklärten, daß sie den vorläufigen Kirchenrat nicht als kirchliches Organ betrachten könnten, da er auf Grund von Entscheidungen außerkirchlicher Stellen entstanden ist, fehlen bereits die Unterschriften der 3 „deutschen“ Vertreter. Während ferner auf der Versammlung der Kirchengemeindevertreter am 15. Oktober von 101 Versammelten 98 zur Kirchenleitung standen, waren es wieder diese 3 Vertreter, die der rechtmäßigen Kirchenleitung in den Rücken fielen.

Mit der Lage der Unierten Evangelischen Kirche in Poln.-Oberschlesien befaßte sich auch die größte Organisation des Protestantismus, der Weltbund für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen, dem sämtliche evangelischen Kirchen der Welt angehören. Auf der Tagung des Vollzugsausschusses in London wurde eine Resolution beschlossen, die sich an die leitenden Persönlichkeiten der protestantischen Kirchen in Polen mit der Bitte wendet, einmütig die volle Unabhängigkeit und die verfassungsmäßigen Rechte der Kirchen ihres Landes zu verteidigen.

\*

Wie sich jetzt herausstellt, sind die Deutschen-Entlassungen und Kündigungen in Ostoberschlesien von einem weit aus größeren Umfange, als bisher bekannt wurde. Im abgelaufenen Jahr sind insgesamt, wie die deutschen Berufsverbände jetzt feststellen, nicht weniger als 1100 erfahrene deutsche Fachleute aus den Betrieben entfernt worden. Als Kündigungsgrund wird wie üblich „Reorganisation“ angegeben. In einem Falle war man ehrlicher und bekannte sich schlicht zur Notwendigkeit des „Austausches von Personal“, nämlich von deutschem gegen polnisches. In allerletzter Zeit wurde auch einer Reihe von deutschen Ärzten gekündigt. Nachdem vor einiger Zeit der Chirurgen des Hüttenkrankenhauses in Piasniki, Dr. U t e l, ein Mann von großem Können, an Ort und Stelle von dem zuständigen polnischen Kreisarzt aus seiner Arbeitsstätte entfernt worden war, hat auch die Ortskrankenkasse in Königshütte zwei weiteren deutschen Ärzten, die sich auch beim polnischen Bevölkerungsteil großer Beliebtheit erfreu-

ten, Sanitätsrat Dr. K i e d e l und Dr. S a d a m i t, die Kündigung zugestellt.

Im Kattowiger Wojewodschaftsamt wurde von den Vertretern der Staatlichen Forstverwaltung einerseits und dem Generalbevollmächtigten des Fürsten von Pleß ein Protokoll unterzeichnet, in dem der Fürst von Pleß an den polnischen Staat 22 000 Hektar Wald für rückständige Steuern abtritt. Die Übergabe der Wälder ist bereits erfolgt.

In K ö n i g s h ü t t e können wieder keine deutschen Theateraufführungen stattfinden, weil der Saal Graf Rheden immer noch nicht von der Behörde freigegeben ist und das Spielen in der Turnhalle der privaten Eichendorffschule aus hygienischen Gründen verboten wurde. Auch in T a r n o w i z ist kein Saal zu erhalten, so daß die kulturellen Belange der Deutschen in Ostoberschlesien unter diesen Schwierigkeiten sehr zu leiden haben.

Die V o l k s b u n d j u g e n d veranstaltete in einigen Orten Oberschlesiens Ausstellungen, die den Einsatz der Jugend für das deutsche Winterhilfswerk veranschaulichten. Die zur Schau gestellten Arbeiten, Kleider, Strümpfe, Strick- und Hättelarbeiten, Spiel- und Bastelarbeiten aller Art legten gleichzeitig Zeugnis ab von dem Können der deutschen Jugend in Oberschlesien.

Die deutschen Gemeindevertreter von B i e l i z hatten eine Interpellation eingebracht wegen der deutschfeindlichen Äußerungen anlässlich der Festakademie zum Staatsfeiertag, die im Stadttheater stattfand. Der polnische Gemeinderat Matusiak nahm in einer Sitzung des Bielitzer Gemeinderats zu der deutschen Interpellation Stellung und erklärte, daß sich die polnischen Gemeindevertreter mit den damals gehaltenen Ansprüchen solidarisierten.

Die evangelische Kirche in O s t g a l i z i e n war in der letzten Zeit wieder einmal Gegenstand heftiger Angriffe. Die Presse erhob gegen die Leitung der Kirche den Vorwurf, daß sie illegal sei, da zwischen Staat und Kirche in Ostgalizien kein geregelter Verhältnis im rechtlichen Sinne bestehe. Es wurde im Zusammenhang damit von der polnischen Presse die Forderung nach einer ähnlichen gesetzlichen Regelung, wie sie in Ostoberschlesien durchgeführt wurde, auch für die evangelische Kirche in Ostgalizien aus-

gesprochen. In Wirklichkeit hat jedoch die Leitung der evangelischen Kirche in Ostgalizien seit der Staatwerdung Polens durch die obersten Behörden eine faktische Bestätigung und Anerkennung erfahren.

Der Deutsche Volksrat in Kleinpolen (Galizien) nahm in seiner letzten Sitzung Stellung gegen die Verhegung der polnischen Öffentlichkeit trotz der deutsch-polnischen Erklärung. In der Entschließung heißt es u. a.: „Das größte Befremden muß es hervorrufen, daß sich diesen Angriffen auch die offiziellen Blätter jener Richtungen der Regierungsgruppe anschließen, deren Vertreter zur Zeit der letzten Wahlen sich offiziell um die Stimmen der deutschen Wähler bewarben, u. a. auch in Versammlungen sprachen, die für die deutschen Wähler im Lemberg abgehalten wurden und sich mit den Stimmen der deutschen Wähler wählen ließen.“

In L o d z fand eine Heimatwoche statt, gelegentlich welcher Vorträge gehalten wurden über „Deutsche Bauernkultur in Mittelpolen vor 150 Jahren“ von Albert Breyer, „Sitte und Brauchtum der Deutschen in Mittelpolen“ von Robert Ratt und „Deutsche Volkstänze in Mittelpolen“ von Karl Horak. Anschließend wurde eine Volkstonzwoche mit Karl Horak durchgeführt.

In L o d z wurde eine allpolnische Tagung der in den Schulen der Minderheiten unterrichtenden Lehrer abgehalten. Gegenstand der Beratungen war die Ausgestaltung des Lehrprogramms in den Schulen mit deutscher Unterrichtssprache. Die Teilnehmer an dem Kongreß — es handelt sich fast ausschließlich um Polen — nahmen eine Resolution an, in der sie sich für die Vermehrung der polnischen Unterrichtsstunden in den Schulen der deutschen Minderheit einsetzten.

Auch in dem im Norden Polens gelegenen Wilna sind die etwa 1000 Deutschen bemüht, ihre gottgegebene Volkzugehörigkeit zu erhalten und gegen Angriffe zu verteidigen. Ein besonderes Ereignis war im vergangenen Jahre die Weihnachtsfeier, die gleichzeitig die Eröffnungsfeier eines eigenen Heims und einer eigenen Bücherei der dortigen Deutschen bedeutete. Ein Verein für die deutsche Jugend, dessen Statuten eingereicht worden waren, wurde leider von den Behörden nicht genehmigt.

## Ungarn

### Verfassungsreformen und bewegte Innenpolitik — Unveränderte Außenpolitik — Verhandlungen mit dem Kleinerband und Los der magyarischen Volksgruppen — Erklärungen für das ungarländische Deutschtum, aber keine Taten — Die Schulfrage — Nachwahl in Bonnyhad

Die lange Zeit ziemlich fest abgegrenzten Fronten der ungarischen Parteien sind im Lauf des vergangenen Jahres fließender geworden, und der innenpolitische Kampf, der nach dem Hinscheiden des Ministerpräsidenten Gömbös zunächst abgeebbt war, nahm wieder bewegtere Formen an. Ministerpräsident Daranyi hat mit fester Hand die keineswegs einheitlich zusammengesetzte Partei der nationalen Einheit, der zunächst nach dem Tod von Julius Gömbös ein ähnlicher Zerfall wie nach dem Abtritt von Graf Bethlen beschieden zu sein schien, zusammengehalten und klar die Linie der Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes in Ungarn eingeschlagen, wobei er — wenn auch in langsamem Tempo als sein Vorgänger — zielbewußt den Weg allmählicher Reform verschiedener politischer, sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Zustände befolgte. Von großer Bedeutung ist dabei die verfassungsrechtliche Trilogie. Im Sommer wurde das Gesetz über die Stellung des Reichsverwesers angenommen, vor Weihnachten die Neuregelung der Stellung des Oberhauses beschlossen, worauf nunmehr die seit fast einem Jahrhundert immer wieder erörterte Reform des Wahlrechtes den verfassungsmäßigen Umbau abschließen soll. Durch die neue Wahlordnung wird für den Kreis der Wahlberechtigten das geheime Wahlrecht eingeführt. Um Überraschungen durch das an Stelle der bisherigen öffentlichen Stimmabgabe, die im ganzen Land (ausgenommen sieben Städte) üblich war, tretende geheime Wahlrecht vorzubeugen, ist durch Erleichterung der Bedingungen für das aktive und passive Wahlrecht eine Reihe von Sicherungen geschaffen und die Zahl der Wähler, die derzeit rund  $3\frac{1}{2}$  Millionen beträgt, dürfte auf  $2\frac{1}{2}$  Millionen vermindert werden. Der Gesetzesentwurf ist überaus umfangreich — über 100 Seiten lang — und dürfte das komplizierteste Wahlrecht der Welt sein. In der vorgelegten Form wird es zweifellos nicht angenommen, da alle Parteien Bedenken angemeldet haben. Die Verhandlungen darüber werden in der kommenden Zeit breiten Raum in der ungarischen Innenpolitik einnehmen.

Soweit bisher bekannt, dürften auf Grund der neuen Wahlkreiseinteilung sieben Wahlkreise vorhanden sein, in denen die deutsche Wählerschaft die Mehrheit besitzt. Eine Zeitschrift des politischen Katholizismus hat bereits verlangt, daß diese Wahlkreise abgeändert und eine magyarische Mehrheit der Wählerschaft sämtlicher Wahlkreise des Landes gesichert werde.

In der Silvesterbotschaft an die Nation hat Ungarns Ministerpräsident Kalman von Daranyi ganz besonders auf die Notwendigkeit einer großangelegten Sozialpolitik verwiesen. War die Tätigkeit der Regierung schon bisher stark auf die Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten und gesegnete Verankerung sozialer Bestimmungen für die Arbeitnehmer bedacht, so soll diese Linie noch stärker betont werden. Die wirtschaftspolitischen Bestrebungen der Regierung haben sowohl Abfahrgang wie auch Preishebung und Preisfestigung für die Landwirtschaft erreicht; trotzdem beginnt die überhandnehmende Industrialisierung Ungarns langsam sich zu Ungunsten der Landwirtschaft auszuwirken. Ein ganz großes Projekt wurde mit der Inangriffnahme der Berieselung und Aufforstung der Tiefebene der allmählichen Verwirklichung zugeleitet. Diese Maßnahmen der Regierung helfen zunächst über die Folgen der äußerst ungünstigen Bodenbesitzverhältnisse in Ungarn und der nach einer gesünderen Gruppierung drängenden Einkommen- und Vermögensverteilung hinweg. Wertvoll war es, daß einige tausend magyarische Landarbeiter im Deutschen Reich Arbeit gefunden haben, weil dadurch sowohl die Notlage dieses Standes erleichtert wurde wie auch innerhalb der landwirtschaftlichen Arbeiterbevölkerung durch die im Deutschen Reich genossene Behandlung und Entlohnung eine Verstärkung der deutsch-ungarischen Freundschaft auch in dieser Schicht möglich geworden ist.

Infolge der unbefriedigenden wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse einzelner Be-

völkerungsgruppen wie auch in einzelnen Gegenden des Landes haben die radikalen Strömungen in der Politik mächtigen Zulauf; weniger die kommunistische, unterirdisch arbeitende Illegalität, bei der die Judentum eine besondere Rolle spielt, als vielmehr die einzelnen Gruppen der Rechtsbewegung. Die Rechtsbewegung reicht von einem beachtlichen Flügel in der Regierungspartei bis hinüber zur aufgelösten Partei des nationalen Willens, deren Führer, Major a. D. Szalasi, auch nach Auflösung seiner Gliederung hohes Ansehen genießt. Es gibt über 80 Einzelgliederungen, die rechtsradikal sind; bedeutend freilich sind nur wenige hiebon. Im Parlament sind drei Gruppen der Pfeilkreuzler vertreten (Festetics, Balogh, Fidel Palfy), und die Nationale Front erfährt durch den Abgeordneten Rajnisch Unterstützung. In der Regierungspartei gelten die Abgeordneten Mecher, Marton und Barczaw als die Führer der Rechtsströmung, innerhalb der christlichsozialen Partei Dr. Csillery. Die Schwäche der Rechtsbewegung liegt in ihrer Uneinigkeit und im Fehlen einer überagenden, voll einflussbereiten Führerpersönlichkeit. Zahlmäßig ist sie zweifellos sehr stark, und ihr dauerndes Anwachsen ist auch die Ursache der Nervosität der liberalen Opposition, nenne diese sich nun Kleinlandwirtpartei, Nationallegitimus, Kossuthpartei, Christlichsozial oder gar Sozialdemokratie. Die Sorge vor einer Erstarkung der rechten Gruppe im Fall einer nicht unmöglichen Vereinheitlichung und die Ungewißheit der Ergebnisse der bereits nach dem bevorstehenden neuen Wahlgesetz stattfindenden Wahlen führte schließlich zur gemeinsamen Rundgebung der Oppositionsparteien links der Partei der nationalen Einheit in Körmenö, von der man fast den Eindruck der Bildung einer legitimistischen Volksfront erhalten konnte. Freilich erwies sich die Körmender Front, deren Reden von Seiten der Regierungspartei bald scharfe Zurückweisung erfuhren, nicht von dauerhafter Festigkeit, und die ungeschickte Taktik der Oppositionsführer brachte statt der erhofften Stärkung eine Ansehensminderung der Opposition.

Was die praktische Stellung zur deutschen Volksgruppe in Ungarn anlangt, so ist nach den bisherigen Erfahrungen weder von rechts noch von links ein aufrichtiges Entgegenkommen oder über-

haupt nur ein gesundes Verstehen zu erwarten. Im übrigen geht man nicht irre, wenn man die Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Parteien wie so vieles im politischen Leben Ungarns vor allem als einen Sturm im Wasserglas erachtet.

\*

Ein Zeichen der gesteigerten außenpolitischen Geltung Ungarns durch seine Verbindung mit den römischen Protokollen und der Achse Berlin—Rom waren vor allem die zwei großen Staatsbesuche in Budapest, des Königs-Kaisers Viktor Emanuel und des Bundespräsidenten Wilhelm Miklas sowie eine Reihe von Ministerbesuchen, darunter vor allem die mit Aufmerksamkeit begleiteten Besuche des Reichsaußenministers von Neurath und des Reichskriegsministers von Blomberg. In Erwiderung dieser Besuche kamen zuerst der ungarische Kriegsminister General Röder und sodann Ungarns Ministerpräsident Daranyi und Außenminister Kanya nach Berlin. Die feste und bewährte Freundschaft und die Stellung zur Achse konnten die zahlreichen Reisen ehemaliger französischer Minister und Abgeordneter und englischer Politiker in keiner Weise stören.

Bemerkenswert war die Einleitung von Verhandlungen mit den Staaten des Kleinverbandes, zunächst bei der Konferenz in Sinaia, sodann in Genf. Freilich ist diesen Verhandlungen bisher ein Erfolg versagt geblieben, wenngleich Ungarn zu Opfern und Zugeständnissen, allerdings mit Wechselseitigkeit, bereit war. Am weitesten schritten die Verhandlungen mit Südslawien vor, wo wirklich die Herstellung einer guten Atmosphäre zu verzeichnen ist und sich die Lage der magyarischen Volksgruppe sehr gebessert hat. Auf Grund der Erklärungen der zuständigen magyarischen Abgeordneten in der Tschechoslowakei ist zu erkennen, daß die besonders von liberalen Kreisen hervor gehobene „verständnisvolle Haltung“ der Tschechoslowakei in leeren Versprechungen und gegenteiligen Handlungen bestand. In bezug auf Rumänien hatte die Wahl einen Stillstand gebracht. Ihr Ausgang und der darauf folgende Wandel, der nicht eine parteimäßige Ablösung wie bisher üblich, sondern einen weltanschaulichen Umbruch bedeutete, schuf eine völlig neue Lage. In das rumänische Parlament wäre das Magyaren-

tum mit verdoppelter Mandatszahl einge-  
zogen, sodas seine Stellung verstärkt schien.  
Die Befürchtung, der nationalistische Kurs  
der Regierung Goga werde sich auch gegen  
die Ungarn auswirken, erwies sich als unbe-  
gründet. Auch die Erklärungen Außenmini-  
ster Micescus, er hoffe die Bepflegungen mit  
dem Bukarester ungarischen Gesandten Bar-  
dossy bald weiterführen zu können, und die  
des Ministerpräsidenten Goga, der den Füh-  
rern des rumänischen Magyarentums mit-  
teilte, er sei für die rumänisch-magyarische  
Verständigung und bitte nur um Geduld, bis  
die Schwierigkeiten der ersten Wochen über-  
wunden seien, zeigten, das die Beforgnisse,  
die in ungarischen Kreisen teilweise herrsch-  
ten, jeder Grundlage entbehrten.

Von vielen Mutmaßungen begleitet, aber  
ohne jede Sensation, ist die diesmal in Buda-  
pest abgehaltene regelmäßige Beratung der  
drei Unterzeichnerstaaten der römischen  
Protokolle verlaufen. Verlauf und Schluß-  
verlautbarung haben überaus deutlich die  
enge Verhaftung der römischen Protokolle  
mit der Politik der Achse Berlin—Rom be-  
kundet und erneut bekräftigt, das eine donau-  
ländische Aufbau- und Zusammenarbeit, die  
Sinn und Wirkung hat, niemals ohne oder  
gegen, sondern nur mit dem Deutschen  
Nadei möglich ist. Die Dreierkonferenz in  
Budapest besetzte sich auch ausführlich mit  
der Wandlung in Rumänien und ihren Aus-  
wirkungen auf die donauländische Entwick-  
lung. Es wurde der Hoffnung Ausdruck ge-  
geben, das sie die Normalisierung der Be-  
ziehungen zwischen Rumänien und Ungarn  
beschleunigen und damit die Befriedung im  
Donauland wesentlich voranbringen wird. In  
maßgebenden Kreisen verlautet, das Ungarns  
Forderungen befriedigt sind, soweit sie die Lage  
der magyarischen Minderheit in Rumänien  
betreffen, wenn der rumänische Ministerpräsi-  
dent eine ähnliche Erklärung abgibt wie der  
ungarische Innenminister Széll im Juni 1937  
bezüglich der deutschen Volksgruppe in Un-  
garn, und wenn in politischer und kultureller  
Hinsicht solche Verhältnisse geschaffen wer-  
den, wie sie für die deutsche Volksgruppe in  
Ungarn bestehen. In wirtschaftlicher Hinsicht  
erwartet man Zusicherungen, das der Lebens-  
raum des Magyarentums in Siebenbürgen  
nicht weiter eingeengt wird.

Unter den im Jahr 1937 abgegebenen Er-  
klärungen zur Minderheiten-  
frage sind besonders die Ausführungen des

Ministerpräsidenten Daranyi im Mai und  
vor seiner Berliner Reise des Außenmini-  
sters Ranya in der Winteression des  
Reichstages und des Innenministers Széll  
am 15. Juni 1937 zu erwähnen. Minister-  
präsident Daranyi im Mai und Innenmini-  
ster Széll im Juni sicherten zu, das die  
deutsche Volksgruppe in Ungarn mindestens  
so gut behandelt werden solle, wie man die  
Magyaren in den abgetretenen Gebieten be-  
handelt sehen will. Außenminister Ranya  
bekannte sich in seinem außenpolitischen  
Exposé im November offen zur vollen  
Gegenseitigkeit in der Minderheitenfrage.  
Daraus ergibt sich zweierlei: Zunächst be-  
hauptet Ungarn, das es hinsichtlich der Be-  
handlung der Volksgruppen — der Deutschen,  
Slowaken, Kroaten, Serben, Wenden, Slo-  
wenen, Bუნgewagen, Schokagen, Rumänen  
in Ungarn — beispielgebend im Donauland  
ist; zweitens, das es vollauf befriedigt  
ist, wenn die Magyaren in der  
Tschechoslowakei, Rumänien und Südslawien  
kulturell, politisch und wirtschaftlich den  
Volksgruppen in Ungarn gleich-  
gestellt werden.

In diesem Jahr wurde auch der Rundfunk  
durch Errichtung je eines nach Amerika und  
dem Fernen Osten arbeitenden Kurzwellen-  
senders in den Dienst der Betreuung der  
Auslandsmagyaren gestellt. Zur Er-  
öffnung sprach Ministerpräsident Daranyi.  
Kurze Zeit später sprach Kultus- und Unter-  
richtsminister Dr. Balint Hóman über  
die Auslandsmagyaren. Von 12 Millionen  
Magyaren leben jetzt nur 8 Millionen inner-  
halb der Grenzen Ungarns, etwa 600 000 in  
den Vereinigten Staaten, 100 000 in anderen  
amerikanischen Staaten, einige tausend ver-  
dienen ihr Brot in Afrika, Asien und an-  
deren Staaten Europas, gegen 3 Millionen  
leben in den Nachfolgestaaten als Minderheit.

Die dritte Rede hielt der Staatssekretär im  
Ackerbauministerium, Dr. Ferenc Mar-  
shall, an die Landwirtschaft treibenden  
Amerika-Magyaren. Seine Rede schloß er  
mit dem Aufruf, das die Amerika-Magyaren  
auch in ihrer neuen Heimat deren treue und  
wertvolle Bürger sein mögen, in ihrer Seele  
aber stets die Liebe zur vielgeprüften kleinen  
magyarischen Heimat bewahren sollten.

Es ist also eine verstärkte Anteilnahme am  
Schicksal des Auslandsmagyarentums zu  
verzeichnen. Wir finden in der Presse, in

Außerungen der Minister und Bischöfe klar und unzweideutig alle jene Gedankengänge des Volkstumsdenkens, die, wenn sie von deutscher Seite ausgesprochen werden, als Rangenmanismus und verwerflich bezeichnet werden. Wir hoffen, daß die wachsende Anteilnahme am Geschick des Auslandsmagyarentums auch endlich ein wachsendes Verständnis für das in gleicher Lage befindliche ungarländische Deutschtum nach sich zieht und dieses nicht wegen einer Gesinnung verdächtigt wird, die man beim Magyarentum als lobenswert empfindet. Vor allem hoffen wir auch, daß die Kirchenführung in Ungarn erkennt, daß das, was sie für die Auslandsmagyaren als wünschenswert erachtet, den ungarländischen Deutschen nicht vorenthalten werden darf: nämlich deutscher Religionsunterricht, deutsche Predigt, deutsche Priester. Was St. Stefan und Bischof Prohaszka gelehrt haben, möge im St. Stefansjahr in der Kirche wieder Verlebendigung finden.

\*

Was brachte 1937 den ungarländischen Deutschen? Zunächst wieder eine Vielzahl von verständnisvollen Erklärungen. Wir haben die gegenseitigen Erklärungen in den Trinksprüchen anlässlich des Besuches des Reichsaußenministers von Neurath in Budapest, des Ministerpräsidenten Daranyi und Außenministers Kánya in Berlin gehört, ebenso die Erklärung des Innenministers Széll und die Antwort des Stellvertreters des Führers, Reichsministers Heß, sodann die Ausführungen des Außenministers Kánya im Ausschuß der beiden Häuser im November und die Erklärung des Ministerpräsidenten Daranyi im Reichstag im Mai und gegenüber einer Abordnung ungarländischer Deutscher vor seiner Berliner Reise. Dazu kam noch eine Interpellation des Abgeordneten Rakovoszky im Ausschuß des Parlaments wegen der Namensmagyarifizierungen bei der Honvéd und verschiedene Erklärungen von Abgeordneten und Obergespanen im Sinn einer Befürwortung der berechtigten kulturellen Ansprüche des ungarländischen Deutschtums, die einer Befriedigung harren. Das Jahr schloß mit der Veröffentlichung einer Neujahrsbotschaft des Ministerpräsidenten Daranyi an das ungarländische

Deutschtum in der Silbester Nummer des „Neuen Politischen Volksblattes“:

„An der Schwelle des neuen Jahres sende ich allen deutschsprachigen Bürgern Ungarns die besten Wünsche für das Jahr 1938.

Ich erblicke in den althergebrachten Überlieferungen und Tugenden der deutschen Minderheit in Ungarn eine sichere Gewähr dafür, daß das kommende Jahr ein weiterer Meilenstein auf dem Wege ihres wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieges sein wird. Dieser Weg ist an die schweiß- und blutgetränkte ungarische Scholle gebunden und durch die historisch geheiligte Schicksals- und Gefühlsgemeinschaft mit dem Ungartum auch in seinem weiteren Verlaufe vorgezeichnet. Die in der Seele des ungarländischen deutschen Volkes tief- und festverwurzelte Anhänglichkeit und die unverbrüchliche Treue zum ungarischen Vaterland, zum tausendjährigen ungarischen Staat, sollen dem ungarländischen Deutschtum auch im nächsten Jahre als bewährte Wegweiser dienen.

Ich bin fest überzeugt davon, daß das ungarländische deutsche Volk diese Wegweiser auch im kommenden Jahre niemals aus dem Auge verlieren wird. Seine ererbten Tugenden: Ehrlichkeit, Fleiß, Ausdauer, arbeitsfrohe Zähigkeit werden dann ihr übriges tun, um das wirtschaftliche Gedeihen und den kulturellen Fortschritt der deutschen Minderheit in Ungarn auch im kommenden Jahre zu gewährleisten.

Die ungarische Regierung wird ihrerseits alles daransetzen, um diese wirtschaftliche und kulturelle Aufbauarbeit — erstere unter dem Zeichen der restlos gleichen Behandlung mit dem ungarischen Mehrheitsvolk, letztere namentlich auch durch die beschleunigte Durchführung der neuen Schulverordnung — kräftig zu fördern.“

Nach Abdankung des bisherigen Bester Vizegespanns Roland Erdélyi, der für die Bevölkerung deutscher Zunge in der Gespannschaft wenig Verständnis zeigte, fanden Neuwahlen statt, die ein überraschendes Ergebnis gebracht haben. Es wurde nicht der von der Regierung unterstützte Kandidat Graf Szapary und der von der in der Mitte und linksstehenden Gruppe aufgestellte Dr. Horvath, sondern der wegen seiner Teilnahme an der Rechtsbewegung oft angegriffene bisherige Oberstuhltrichter von Gödöllő, Bitéz László Endre zum Vizegespan gewählt. Die

liberale Welt Budapests ist durch diese Wahl sehr betroffen, während die in letzter Zeit stark bedrängte Rechtsbewegung dadurch eine wertvolle Stützung erfährt. Es ist zu hoffen, daß der auf ganz entschiedener nationaler, rassenschützlerischer Grundlage stehende neue Vizegöspan der größten Göspanchaft in Ungarn, in der über 100 000 ungarländische Deutsche leben, für die Bedürfnisse dieser Staatsbürger Verständnis aufbringt und gemäß seiner Einstellung die Assimilierungspolitik unterbindet.

Die innerösterreichische Auseinandersetzung hielt weiter an. Es wurde verdeutlicht sichtbar, daß die unbestechlichen Verteidiger der unverzichtbaren Rechte des ungarländischen Deutschtums, die echte volksdeutsche Bewegung, die Kameradschaft ist. Die von der Kameradschaft stets bekundete Bereitschaft zu einer Regelung des Verhältnisses zur behördlich gestützten Gruppe im Interesse einer gemeinsamen Arbeit vor allem auf dem Gebiet der Schulfrage — naturgemäß unter voller Wahrung der Grundsätze —, ist am Verhalten der Gruppe Graf-Pinter-König gescheitert. Betont wurde bei allen Veranstaltungen, Reden und Veröffentlichungen des Kameradschaftstreifes die harmonische Verbindung von Staatstreue und Volkstreue, wie sie Jakob Weyer stets verkündet hat. Der „Volksdeutsche Kalender für das Jahr 1938“, der eine hervorragende Leistung ist, wurde Reichsperwexer Horthy gewidmet. Die vom Redakteur König in den Wiener Blättern „Reichspost“, „Sturm über Österreich“ und im „Deutschen in Polen“ gelandeten Verdächtigungen der volksdeutschen Bewegung blieben wirkungslos und an den Veranstaltungen der Volksdeutschen Kameradschaft nahmen auch stets Vertreter der reichsdeutschen und österreichischen Gesandtschaft teil. Erfreulich ist, daß die volksdeutsche Kameradschaft nicht in innerösterreichischer Auseinandersetzung, sondern in volksbewußter Arbeit und Erziehung ihre Hauptaufgabe erblickt und der „Deutsche Volksbote“ im Unterschied zum „Neuen Sonntagsblatt“ wirklich ein Blatt angestrebter Arbeit ist. Besondere Anerkennung verdient die wissenschaftliche Leistung in den „Neuen Heimatblättern“.

Auf kulturellem Gebiet sind nur geringe tatsächliche Ergebnisse für das Jahr 1937 zu nennen. Zur Durchführung der Schulverordnung sind drei Tatsachen zu verzeichnen:

1. Am 1. November wurde — zunächst für ein Jahr — in Ofen ein einjähriger Fortbildungskurs für Bewerber um Lehrerstellen an staatlichen Volksschulen eröffnet. Die Leitung des Kurses hat Professor Dr. L. u. z., Kursteilnehmer sind 25 männliche und weibliche Absolventen magyrischer Lehrerbildungsanstalten mit hinlänglichen deutschen Sprachkenntnissen. Insgesamt gibt es in Ungarn bei rund 500 Gemeinden mit deutschen Schulanprüchen gemäß der Statistik 448 Schulen mit teilweise deutschem Unterricht, davon sind 62 staatliche, gesellschaftliche und Gemeinde-Schulen mit einem Bedarf von etwa 200 Lehrern. D. h. in 16 Jahren können die für diese Schulen erforderlichen Lehrer herangebildet sein. Für die anderen, konfessionellen Schulen ist aber keine Vorsorge getroffen.

2. Nach der Bethlenschen Schulverordnung gab es drei Formen der Minderheitsschulen, mit A, B, C bezeichnet. Die A-Schulen waren wirklich Minderheitsschulen; in ihnen war die Unterrichtsprache deutsch, magyrisch aber Lehrgegenstand. In Durchführung der neuen Schulverordnung, die einheitlich einen gemischtsprachigen Schultyp schafft, ist wohl bisher in vielen Gemeinden die Umwandlung von Schulen der C-Form (deutsch nur als Lehrgegenstand) in die neue Form beschlossen, aber — wir bringen anschließend eine kurze Zusammenstellung — fast nirgends Wirklichkeit geworden. Hingegen ist von amtswegen die Umwandlung der wenigen — 40 — Schulen mit deutscher Unterrichtsprache in gemischtsprachige Schulen bereits durchgeführt.

3. Muttersprachliche landwirtschaftliche Fortbildungsschulen gibt es nicht. Die früher bestehenden Einrichtungen dieser Art wurden beseitigt. Nach Vorschläge ungarländischer Deutscher hat Ministerpräsident Daranji angeordnet, daß im Winter 1937/38 in Högösz und Ödenburg je ein acht- bis vierzehntägiger Kurs für Landwirte in deutscher Sprache abgehalten wird.

Abgesehen von diesen drei aufgezählten Ergebnissen stößt die Verwirklichung der Schulverordnung überall auf Schwierigkeiten.

Angeichts der vielfachen Schwierigkeiten erhebt sich die Frage, warum nicht überall wo die entsprechende Anzahl von deutschen Schulkindern vorhanden ist, ohne weitere Formalitäten wenigstens die gemischtsprachige deutsch-magyrische Schulform von amts-



wegen eingeführt wird, nachdem schon deutsche Schulen, die den magyarischen Schulen z. B. in der Slowakei oder den konfessionellen magyarischen Schulen in Rumänien entsprechen, nicht gesetzlich zugelassen sind. Gemäß der Weihnachtsschulverordnung 1935 soll mit Beginn des Schuljahres 1938/39 das Schulwesen des ungarländischen Deutschstums zufriedenstellend geordnet sein. Bis zu diesem Zeitpunkt ist es noch ein dreiviertel Jahr. In dieser kurzen Frist muß eigentlich alles geschehen, was bisher unterblieben ist — und das ist fast alles: Umwandlung der Schulen, Herbeischaffung der Lehrbücher, entsprechende Zuteilung der der deutschen Sprache mächtigen Lehrer, Lehrerausbildung. Sehen wir — vor allem durch die Errichtung des Lehrerfortbildungskurses — von staatlicher Seite her ein gewisses langsames Einlenken, so ist das Verhalten der Kirche weniger erfreulich. Die Frage der Erteilung des Religionsunterrichts in der Muttersprache, der Verwendung der Muttersprache beim Schulgottesdienst und bei der Predigt, die Stellungnahme bei der Durchführung der Aufstellung der gemischtsprachigen Schulen bezeugen in den meisten Fällen ein dem Volkstum äußerst feindseliges Verhalten. Dabei ist in 84 v. H. der von Deutschen bewohnten Gemeinden die katholische oder evangelische Kirche Schulerhalter. Unter 1510 römisch-katholischen Pfarreien in Ungarn sind 297 rein oder überwiegend von deutschen Gläubigen bewohnt, das sind 19,6 v. H. aller katholischen Pfarreien. In der Erzdiözese Gran sind unter 70 Landpfarreien 17 deutsch und wäre in 20 Stadtpfarreien Berücksichtigung der deutschen Sprache im Gottesdienst geboten. Im übrigen zählten wir auf:

Bistum Raab	unter 143 Pfarreien	24 deutsch,
Bistum Steinamanger	unter 116	„ 10 „
Bistum Stuhlweißenburg	unter 106	„ 41 „
Bistum Beszprém	unter 248	„ 63 „
Erzabtei Martinsberg	unter 15	„ 1 „
Bistum Fünfkirchen	unter 154	„ 90 „
Bistum Waizen	unter 163	„ 10 „
Erzbistum Kalocsa	unter 66	„ 21 „

Bistum Tischanad-Szegebin	unter 40 Pfarreien	4 deutsch,
Administratur Debrecen	unter 33	„ 1 „
Administratur Sathmar	unter 19	„ 3 „
Administratur Kaschau	unter 51	„ 2 „

Am Ende des Jahres wurde angekündigt, daß die bereits im Sommer 1936 verlangte Umwandlung der magyarischen Schulen in der deutschen Großgemeinde Sorokfár in gemischtsprachige Schulen — was bereits mehrmals verkündet worden, aber nie wirklich geworden war — nunmehr am 3. Januar 1938 erfolgt. Von diesem Tag an wird in allen Volksschulen der Gemeinde — es handelt sich um Staatschulen — in gleicher Weise deutsch und magyarisch unterrichtet werden. Eine letzte Schwierigkeit bestand darin, daß die Eltern armer Kinder nicht das Geld zu einer Neuanschaffung von Schulbüchern mitten im Schuljahr aufbringen konnten. Es waren 170 Pengö für 86 Bücher notwendig, die dann durch Spenden eingingen. Wir freuen uns, nunmehr das bisher erste und einzige Beispiel der Verwirklichung der Schulverordnung in gutem Sinn mitteilen zu können. Allerdings können wir nicht verhehlen, daß bei gleichbleibendem Tempo das ungarländische Deutschstum erst in einem Jahrtausend seine Schulen nach Gebühr besitzig wird. Denn die Nachrichten aus allen anderen Gemeinden sprechen von nicht durchgeführten Beschlüssen und Schwierigkeiten. In Csavoly stimmten alle Eltern mit Ausnahme des Gemeinderichters und des Gemeindedieners für die Schulverordnungsschule, in Kocsola kam nach Einwendungen des Pfarrers gegen die Gültigkeit der Elternversammlung am 21. Dezember eine nochmalige Willensäußerung für die Einführung der gemischtsprachigen Schule zustande, ebenso forderte dies Anfang Januar die Elternkonferenz in Kiszvajzar. In Szulok wird die gemischtsprachige Schule gewünscht, man hat aber den Eltern mitgeteilt, daß nur an drei Stunden in der Woche in deutscher Sprache Unterricht erteilt werden wird. Die Verleumdungslage des vormaligen Pfarrers von Baj, Tburn, gegen Dr. Miklos Nagy, der den Priester wegen seines Eintretens für die Muttersprache in dem Gespanschaftsblatt „Komárom-Esztergom-vármegye“ pangermanischer Hege beschuldigte und verleumdete, kam

nunmehr in Raab zur Verhandlung, wurde aber vertagt.

Am 6. Januar 1938 fanden in Bonyhad Nachwahlen statt. Im Jahr 1935 war die Wählerschaft von Bonyhad bei und noch mehr nach der Wahl großen Terrorisierungen ausgezehrt, weil sie einen deutschen Kandidaten, Dr. Franz Basch, dem Abgeordneten Dr. Gyula Bekar vorziehen wollte. Trotz Wahlbehinderung siegte Bekar nur ganz schwach damals über Basch. Nach den Wahlen ließ derselbe Bizegespan, der den Wahlterror duldet und die Wahlbehinderung ermöglichte, Béla von Perczel, die an der Wahlpflicht behinderten und die für Dr. Basch eingetretenen Schwaben streng bestrafen. Nach dem Tode Bekars wurde Sommer 1937 ohne Wahl Perczel Abgeordneter des Bezirkes Bonyhad. Die volksdeutsche Bewegung ließ sich durch Unterhandlungen der Regierung hinhalten und konnte nicht auftreten. Sie war in diese Verhandlungen eingetreten, um unter Beweis zu stellen, daß sie nicht den politischen Weg beschreiten will und keineswegs, wie immer erklärt wurde, die von magyarischer Seite bereits getrübte Harmonie zwischen Deutschen und Magyaren stören wolle. Dafür erwartete sie selbstverständlich Berücksichtigung ihrer Wünsche für die kulturelle Volkstumsarbeit. Aber sobald die Frist für die Wahlbeteiligung abgelaufen war, wurden die Versprechungen zurückgezogen. Als nun auch diesmal verhandelt wurde, war man nicht einmal bereit, die primitivsten Wünsche der volksdeutschen Bewegung: Herausgabe eines Wochenblattes, Freiheit für kulturelle und organisatorische Arbeit im ungarländischen Deutschtum, rascheres Tempo in der Bewilligung gemischt-sprachiger Schulen, zu erfüllen. Unter ungünstigsten Bedingungen trat die volksdeutsche Bewegung in die Wahl: die Werbezeit war nur eine Woche lang, es stand keine politische Organisation und kein Blatt zur Verfügung, die Einschüchterung durch den Terror der letzten Wahl und der Folgezeit war überaus nachhaltig. Demgegenüber unterstützten den Gegentandbaten die Organisationen aller Parteien, die gesamte Presse des Landes, brachte das „Neue Sonntagsblatt“ zur Unterstützung zwei Massenaufgaben heraus und wurde er von den Behörden mit Wohlwollen

umgeben. So waren die Ausichten, mit denen Dr. Georg Goldschmidt dem Mitglied der Kleinlandwirtepartei und Sammellanddaten aller Parteien, Abgeordneten Klein, der noch dazu in diesem Bezirk gebürtig ist, entgegentrat, von Anbeginn nicht die besten. Trotzdem waren die Versammlungen Dr. Goldschmidts von Massen besucht, während Kleins Versammlungen nur schwachen Besuch aufwiesen. Kam es auch zu kleineren Schwierigkeiten wie Verhinderung des Drucks von Wahlplakaten in Bonyhad, Anhaltung der Wahlwerber, so war doch die Haltung des Oberstuhltrichters völlig korrekt und unterblieb jeder offene Terror. Aber die dadurch gebesserten Wahlausichten wurden an den Vortagen der Wahl zunichte gemacht durch die Einschüchterung der durch die Vorfälle bei und nach der Wahl des Jahres 1935 verängstigten Bevölkerung. Durch Gendarmerie und Detektive wurden von Haus zu Haus Werbeblätter für Klein verteilt und angezündet, daß es den Wählern Goldschmidts so ergehen werde, wie bei den letzten Wahlen. Dazu kam noch der gesellschaftliche Druck der Bergwerke und Fabriken sowie Großgrundbesitzer. Ohne daß über offenen Terror geklagt werden kann, gelang es also ohne Mühe, die verschüchterte Bevölkerung zu beeinflussen. So war es möglich, daß Klein vier Fünftel und Dr. Goldschmidt noch nicht ein ganzes Fünftel der abgegebenen Stimmen bei Wahlenthaltung eines Viertels der Wahlberechtigten erhielt. Die Bonyhader Wahl hat gezeigt, wie nachhaltig eine Wahlterrorisierung wirkt und daß trotz Unterbleiben derartiger Maßnahmen bei diesen Wahlen die Auswirkung der Wahl von 1935 nicht gemildert werden konnte.

Das „Neue Sonntagsblatt“ hat sich gegen den volksdeutschen Kandidaten Goldschmidt für den Kleinlandwirteparteiemann Klein eingesetzt. Der bisherige Generalsekretär und Hauptschriftleiter des „Neuen Sonntagsblattes“, Johann Faul-Farkas, war zur Unterstützung Dr. Goldschmidts nach Bonyhad gereist. Daraufhin veröffentlichte Schriftleiter Anton König im „Neuen Sonntagsblatt“ einen Brief von Dr. Graf an Faul-Farkas, der teilweise gefälscht ist. Inzwischen ist auch Sekretär Wilhelm Bäumel aus dem ungarländischen Deutschen Volksbildungsverein ausgeschieden.

## Rumänien

### Das Ergebnis der Dezemberwahlen — Sechs deutsche Parlamentsitze — Der Regierungswechsel und seine ersten Folgen

Im Januarheft ist ausführlich dargelegt worden, welche Erwägungen die Deutsche Volksgemeinschaft dazu bemogten hatten, mit der Mitte November neuernannten rumänischen Regierung ein Wahlbündnis abzuschließen. Die Wiedergutmachung des den Deutschen in den letzten Jahren zugefügten Unrechtes, die die Voraussetzung des Abkommens gebildet hatte, ist in ihren wichtigsten Punkten, vor allem in denen, die sich auf die Schule der Deutschen Bessarabiens und des Buchenlandes bezogen, vollzogen worden. Es sind nur minder wichtige Punkte unerledigt geblieben, die sich nicht im Augenblick durchführen lassen; beispielsweise die Zuweisung der Schulunterstützungen in Dorfgemeinden, die erst bei der Zusammenstellung des Voranschlages für das neue Haushaltsjahr, d. i. im Frühjahr ds. Js. vorgenommen werden sollen.

Die Wahlvorbereitung wurde auch bei den Deutschen in einem Umfang und mit einer Eindringlichkeit vorgenommen, wie kaum jemals zuvor. Es standen sich die Volksgemeinschaft mit ihrem mit der Regierung abgeschlossenen Wahlpakt und die „Deutsche Volkspartei Rumäniens“ mit ihrer „deutschen Liste“ gegenüber. Es gab wohl kaum ein kleines Dorf in einem der deutschen Siedlungsgebiete, das nicht mindestens eine Wählerversammlung gehabt hätte. Es kann festgestellt werden, daß selbst in den Versammlungen, wo Parteien gegeneinander auftraten, im großen und ganzen ein sachlicher Ton geherrscht hat und Ausschreitungen vermieden wurden.

Am 20. Dezember war der entscheidende Tag: die Kammerwahl. Sie endete mit einer Niederlage der nationalliberalen Regierungspartei, insofern diese die 40 v. H. sämtlicher abgegebenen Stimmen nicht ganz erreichte und damit nicht noch die „Prämie“ weiterer 20 v. H., also die Mehrheit in der Kammer errang. Das hatte auf die Kandidaten der Deutschen Volksgemeinschaft insofern eine nachteilige Wirkung, als ihr statt

der erwarteten sieben nur vier Kammermandate zufielen. Als dann am 22. Dezember die Senatswahlen vorgenommen wurden, erhielten die Deutschen die hierfür vorgeesehenen zwei Mandate; jedoch bei den einige Tage später durchgeführten Wahlen von Senatsmitgliedern durch die Gemeinderäte des Landes wurde in Kronstadt der deutsche Kandidat durch den Abfall eines Mitgliedes der Regierungspartei um das ihm zustehende Mandat gebracht. Somit haben die Deutschen statt zehn Parlamentsitzen deren nur sechs erhalten. Die Sonderliste der „Deutschen Volkspartei“ blieb ohne ein einziges Mandat.

Wichtiger als das Wahlergebnis, rein zahlenmäßig betrachtet, ist der Umstand, daß die Niederlage der Regierungsliste einen Regierungswechsel zur Folge haben mußte. Aus Gründen, die noch nicht durchsichtig sind, betraute der König eine kleine Partei, die Christlich-nationale, die nur 9,15 v. H. der Stimmen bekommen hatte, mit der Regierungsbildung. Vom deutschen Standpunkt aus gesehen ist diese Entwicklung der Dinge nicht unbedingt ungünstig. Das Kabinett Goga ist unzweifelhaft deutschlandfreundlich und wird im großen und ganzen auch den Deutschen des Landes gegenüber nicht unfreundlich sein. Tatsache ist, daß diese neue Regierung einige der den Deutschen von der früheren Regierung gemachten Zusicherungen auch ihrerseits erfüllt hat. Sie hat schon in den ersten Tagen ihres Bestandes ihrem Programm gemäß mehrere tief einschneidende Verfügungen gegen die Juden getroffen. Es hat in deutschen Kreisen Erregung hervorgerufen, daß die Regierung verfügt hat, es dürfen nicht nur an den staatlichen, sondern auch an den konfessionellen Schulen — zu denen auch die meisten deutschen Schulen gehören würden — nur Rumänen ethnischer Abstammung den Unterricht in rumänischer Sprache, Geschichte und Geographie erteilen; es heißt zwar, daß diese Unterrichtsfächer nur für Lehrer jüdischer Abstammung verboten seien, doch ist die Angelegenheit noch nicht geklärt.

Einen guten Eindruck hat auf die Volksgruppen der Umstand gemacht, daß als Unterrichtsminister an die Stelle von Angelescu Universitätsprofessor Petrovici getreten ist, der schon einmal, vor etwas mehr als einem Jahrzehnt, diesen Posten bekleidete und sich damals als gerecht denkender Mann gezeigt

hat. Immerhin hütet man sich bei den Deutschen, sich allzu rofigen Hoffnungen hinzugeben. Denn Rumänien befindet sich jetzt in einem Uebergangsstadium, da die Regierung die Absicht hat, das Parlament aufzulösen, ehe es sich konstituiert haben wird, und etwa im April Neuwahlen vorzunehmen.

## Volksdeutsche Arbeit im Reich

### Grenz- und auslandsdeutsche Fragen in reichsdeutschen Zeitschriften

Das Jahr 1937 hat uns gleich zwei neue wissenschaftliche Vierteljahrschriften gebracht, die sich ausschließlich mit der Volksforschung in den deutschen Grenz- und Außengebieten beschäftigen, nämlich das *Deutsche Archiv für Landes- und Volksforschung* unter der Schriftleitung von E. Meynen und die *Auslandsdeutsche Volksforschung*, herausgegeben von H. J. Beyer, die beide der gesamten Volksforschung einen gewaltigen Auftrieb gegeben haben. Mag manchem anfänglich das Erscheinen von gleichzeitig zwei neuen derartigen Zeitschriften überflüssig und bedauerlich erschienen sein, so zeigt es sich jetzt doch, daß auch in der Wissenschaft ein gewisser Wettbewerb, wenn er nur in gesunden Bahnen bleibt, gar nicht zu schaden braucht, sondern eher anspornend und befruchtend wirken kann. Nachdem nun beide Zeitschriften im ersten Jahrgang abgeschlossen vorliegen, ist ein Vergleich möglich. Beide haben ihren ursprünglich vorgesehenen Umfang wesentlich überschritten. So erreicht der 1. Jahrgang des großzügig aufgemachten Deutschen Archivs allein 1060 Seiten und zählt namhafte und führende Wissenschaftler zu seinen Mitarbeitern. Räumlich beschränkt es sich viel stärker als die Auslandsdeutsche Volksforschung auf den deutschen Lebensraum in Mitteleuropa, inhaltlich überwiegen geographische, geschichtliche und volkstundliche Themen. Besonders angelegen ließ sich die Schriftleitung die Ausstattung mit guten Karten und Bildern sein, sie darf hierin geradezu als vorbildlich gelten. Demgegenüber hat es die Auslands-

deutsche Volksforschung verstanden, für die Mitarbeit neben den in der volkswissenschaftlichen Arbeit bewährten Kräften der Universitätswelt vor allem junge Kräfte zu gewinnen, die in vorderster Front des aktiven volkspolitischen Einsatzes gestanden haben oder noch stehen. Räumlich wie sachlich hat die Zeitschrift oft unbekanntes Neuland betreten und Arbeiten in Angriff genommen, die bisher allzusehr vernachlässigt worden sind.

Das letzte Heft des Deutschen Archivs für Landes- und Volksforschung ist von Freunden, Schülern und Mitarbeitern dem Wiener Ordinarius für Anthropogeographie und Mitherausgeber der Zeitschrift, Hugo Haßlinger, zu seinem 60. Geburtstag gewidmet. Es beginnt mit einem Aufsatz seines Berliner Kollegen Norbert Krebs über die Osgrenze des deutschen Volkstums im Spiegel der Bevölkerungsverchiebung (S. 793—807), dem eine beigegebene Karte aus der 1. Lieferung des „Atlas des deutschen Lebensraumes in Mitteleuropa“ zugrunde liegt, der von demselben Verfasser herausgegeben ist. Über die deutschen Siedlungsräume im Südosten legt der Meister der deutschen Volksinselforschung, Walter Kühn, einen ersten großangelegten Entwurf vor und fordert zu weiterer Ausführung von sachgeographischer Seite auf. Klar und übersichtlich sind die deutschen Siedlungsräume in ihrer Abhängigkeit von der Landschaft herausgearbeitet, ihre Gliederung und Eigenart kartographisch dargestellt (S. 808—827). Der derzeitige Assistent Haßlingers, Egon Vendl, untersucht in einem wichtigen Beitrag zur

Erforschung junger Wanderungsbewegungen in den südoßdeutschen Volksinseln die Tochter-siedlungsbewegung in der Schwäbischen Türkei (S. 828—839). Auf Grund eingehender archäologischer Studien berichtet Franz Stanglica von S. 840—855 über die Ansiedlung von Oberösterreichern in Deutsch-Motra im 18. Jahrhundert (mit zwei Karten und einer genauen Auswandererliste). Die Entstehung der nicht natürlich bedingten Grenze zwischen Niederösterreich und Mähren führt Hans Hirsch in stilistisch nicht immer glücklichen Wendungen auf geschichtliche Ereignisse zu Beginn des 11. Jahrhunderts zurück (S. 856 bis 866). Als Beispiel für Wege und Ziele neuzeitlicher Burgenforschung, die in letzter Zeit einen starken Auftrieb erfahren hat, behandelt Werner Knapp auf S. 867—879 den Burgentypus in der Steiermark und seine Verbreitung in Beziehung zu der Landschaft an Hand einer Karte. Werner Körte geht den Werken deutscher Kunst in Friaul nach und versucht, den Geltungsbereich deutscher Kunst im Süden unserer Volksgrenze abzustufen (S. 880—893). Sieben schöne Bilder illustrieren seine Ausführungen. Der Holländer Jan de Bries zeigt neue Wege zur Erforschung der germanischen Landnahme in den Niederlanden (S. 894—906). Von grundsätzlicher Bedeutung für den gegenwärtigen Stand der Volkskunde und ihre Aufgaben sind die Ausführungen von Max Hildebert Boehm über die Krise der Volkskunde (S. 907 bis 932). Hans-Jürgen Seraphim setzt die Besprechung des Schrifttums über Agrarverfassung und Agrarpolitik der deutschen Volksgruppen in Nordost- und Südosteuropa fort mit der Behandlung des sehr einheitlichen Schrifttums über das deutsche Bauerntum in Wolhynien (S. 933—946). Im Anschluß daran vermittelt Wolfgang Stubenrauch einen Einblick in das polnische agrarpolitische Schrifttum, soweit seine Fragestellung in Zusammenhang mit der agrarpolitischen Lage der deutschen Volksgruppe in Polen steht (S. 947—958). Alfred Karasck-Langer beschließt seine frühere Darstellung über Entwicklung und Aufgaben der deutschen Volkskundeforschung im heutigen Ungarn mit einem Hinweis auf den Ausbau dieser jungen Wissenschaft in Ungarn seit 1900 und vor allem nach dem Weltkriege, bis sie schließlich heute ihre Selbständigkeit erreicht hat und vollwertig in den Kreis der

deutschen Wissenschaft aufgenommen worden ist (S. 959—989). Landvolf und Dorf in magyarischer und rumänischer Sicht nennt der Soziologe Helmut Klocke seinen Aufsatz über die wichtigsten nichtdeutschen Dorfforschungen und Dorfmonographien in Ungarn und Rumänien, die er einer eingehenden Kritik und Würdigung unterzieht (S. 990—1023). Den Abschluß des Heftes bildet ein Auswahlsverzeichnis der seit 1920 erschienenen Literatur über das Erzgebirge sächsischen und böhmischen Anteils (S. 1024—1060).

Unter den Arbeiten, die die Arbeitsstelle für Auslandsdeutsche Volksforschung und ihre Zeitschrift tatkräftig gefördert hat, steht — neben der bisher stark vernachlässigten Frage des Rußlanddeutschtums — die schwierige Frage der Umvolkung, des Volkstumswechsels und die mit ihr eng verbundenen Probleme der Zweisprachigkeit und der Mischehen an erster Stelle. Schon das 3. Heft der Auslandsdeutschen Volksforschung hatte dazu anläßlich einer wissenschaftlichen Tagung in Stuttgart mehrere wertvolle Beiträge gebracht, so von Alfred Eschner über die Mischehen in den siebenbürgisch-sächsischen Städten und Märkten (S. 225—255), von Andreas von Weiß über Zweisprachigkeit und Sprachtheorie (S. 256 bis 266), von Erik Amburger über Mischehen im städtischen Deutschum Altrußlands (S. 266 bis 273). Das 4. Heft ist diesen Fragen fast ausschließlich gewidmet. Einleitend gibt H. J. Beyer einen mit vielen Beispielen aus Europa und übersee belegten Bericht über den Umfang und die Art der Umvolkungsvorgänge (S. 361—386). Von dem Tübinger Psychologen Oswald Kroh ist der grundlegende und weitausholende Vortrag „Zur Psychologie der Umvolkung“ wiedergegeben (S. 386—397), den dieser auf der erwähnten Stuttgarter Tagung gehalten hat und der in weitesten Kreisen Beachtung gefunden hat. Kroh begreift die Umvolkung und die mit ihr in Zusammenhang stehende Zweisprachigkeit in ihrem Kern als ein Problem der völkischen Anthropologie und versucht nicht nur ihre Ursachen einer Klärung näher zu bringen, sondern erweist zugleich die nationalsozialistische Weltanschauung als den stärksten haltgebenden Faktor gegen alle Umvolkungsversuche. Dafür bietet Hans Koch im folgenden Aufsatz (S. 398 bis 406) über die Umvolkung der evangeli-

schen Deutschen in Kongreßpolen ein gutes Beispiel, wenn er nach einer scharfen Zurückweisung der Assimilierungspropaganda innerhalb der lutherischen Kirche Kongreßpolens zu dem Ergebnis kommt, daß der Durchbruch der nationalsozialistischen Bewegung im Reich und in seiner Folge das Erwachen der Deutschen in Polen weiteren künstlichen Umvolkungsversuchen einen wirksamen Schutzdamm entgegengestellt hat. Wie schwierig aber der ganze Fragenkreis ist, darüber gibt O. V. Isbert Aufschluß in seiner Auseinandersetzung mit madjarischen Autoren über die staatlich hervorgerufene und geförderte Madjarisierung und die freiwillig vollzogene Madjarisation (S. 406—420). Mag Ittenbach untersucht in einem kurzen Abriß über „Zweisprachigkeit und organischer Sprachbegriff“, ob Zweisprachigkeit zu Doppelzüngigkeit führt (S. 420—423). — Die übrigen Forschungsberichte beschäftigen sich mit andersartigen Themen. Hervorgehoben sei davon noch die Liste der deutschen Ortsnamen in Brasilien von Theodor Kadletz (S. 423—447), die fast 600 Namen mit kurzen Besprechungen umfaßt, sowie der Überblick über die noch wenig bekannte Geschichte des Deutschtums in Litauen, die Manfred Hellermann in Vorbereitung einer größeren Arbeit gibt (S. 447—459). — Im Jahrgang 1 der „Auslandsdeutschen Volksforschung“ ist bereits das Thema einer medizinisch gerichteten Volksforschung, die sich mit dem Gesundheitszustand, der volksbiologischen Entwicklung und der sozialanthropologischen Struktur der außerdeutschen Volksgruppen befaßt, angeschnitten worden; das 1. Heft des 2. Jahrgangs setzt u. a. die erwähnte Untersuchung von Esallner fort und bringt außerdem drei hier einschlägige Arbeiten über „Ärztlich-hygienische Beobachtungen in deutschen Siedlungen Sloweniens“ (Ihlsenfeldt), über die „Volksbiologie der in Palästina siedelnden Deutschen“ (Kremer) und über die „Körperliche Entwicklung auslandsdeutscher Jugend“ (H. Grimm).

H. H a l l e r.

### NS.-Frauenshaft und Deutschtum im Osten

Das Januarheft der NS.-Frauenwarte, der einzigen parteiamtlichen Frauenzeitschrift, ist als Sonderheft dem Deutschtum

des Ostens gewidmet. In ausschlufreichen Artikeln, die durch gute Bilder, zum Teil aus dem Besitz des Deutschen Ausland-Instituts, ergänzt sind, wird den Leserinnen Schicksal und Ergehen des Deutschtums im Osten nahe gebracht und immer wieder betont, wie sehr diese Deutschen Blut von unserem Blute und Geist von unserem Geiste sind. Gottfried Rothacker berichtet vom Sudetendeutschtum, N. von Schorn über die Zips, Irma Steinsch von den Frauen und Mädchen in den deutschen Siedlungen Ungarns, Karl Hermann Theil von dem Daseinstampf des Deutschtums in Rumänien. Einen in seiner knappen Zusammenfassung willkommenen Überblick über die volksdeutsche Dichtung gibt Hans Reichmann. Von dem Kampf der Deutschen in Südslawien erzählt Dr. Henninger, und ein das kunstgewerbliche Interesse der Frauen anregender Artikel über volksdeutsches Handwerk im Südoften Europas beschließt die Reihe. Das Heft unterstützt die Arbeit der mit der G.A.-Arbeit Beauftragten wesentlich.

G. S.

### Heimatbrief aus der Saarpfalz

Zu Weihnachten 1937 erschien der erste Heimatbrief aus der Saarpfalz, zusammengestellt und herausgegeben von der Saarpfälzischen Mittelstelle „Landsleute drinnen und draußen“ (Kaiserslautern, Stiftsplatz 5). Er hat die Form der Zeitschrift „Unsere Heimat“. Der Inhalt ist sehr reichhaltig. Die saarpfälzische Heimat wird geschildert in Wort und Bild, Aufsätze über die Volkstumsarbeit im Gau Saarpfalz und den Anteil der Saarpfalz am deutschen Wiederaufbau runden diese Schilderungen ab. Dazwischen eingestreut sind zahlreiche Gedichte, zum größeren Teil in Mundart. Der zweite Teil des Heimatbriefes ist der „größeren Volksgemeinschaft“ gewidmet. Ein Aufsatz berichtet über Binnenwanderungen der Pfälzer, ein anderer über Pfälzer Ortsnamen, vornehmlich „Mannheim“, in aller Welt. Karl von Möller grüßt die große Mutter Saarpfalz. Es folgen Berichte aus Slowenien, aus der Batschka, aus Galizien, Hirschendorf in Lettland, Pennsylvanien, Campo Bom in Brasilien und aus dem Gran Chaco, schließlich Hinweise für Familienforschung und Forschungshelfen im Reich.

# Karten und Atlanten

Beiprochen von Prof. Dr. E. Wunderlich

- Stieler (A.):** Grand Atlas de Géographie moderne. 114 feuilles, comprenant 263 cartes gravées sur cuivre. 10. éd. Edition internationale. Publiée par Prof. Dr. Hermann Haack, avec la collaboration du Dr. Berthold Carlberg et de Rudolf Schleifer. (57 Lfgn.) Livraison 27—29. Gotha: J. Neumann Neudruck. Jede Lfg. RM. 1.50  
Eine Reihe weiterer Teillieferungen der internationalen Stielerausgabe, die vor allem die Randgebiete Deutschlands im Westen und Osten, ferner größere Teile von Skandinavien und Rumänien übersichtlich zur Darstellung bringen. Die Beschriftung der Ortsnamen zeigt — z. B. bei Estland und Böhmen — noch Anstimmigkeiten, die ausgeglichen werden müssen.
- Harms, H.:** Übungsatlas für Geschichte und Erdkunde. 36 Rt.-S. Neue Aufl. — Leipzig: List und von Bressendorf 1937; 18 Bl. 4<sup>o</sup> Umschlagt. Best.Nr. 325. RM. — 40  
Sammlung von kleinen Blau-Weißkärtchen der Erde, Europas und Deutschlands. Für Eintragungszwecke aller Art in Geschichts-, Geographie- und Deutschkunde-Unterricht.
- Puhger, F. W.:** Historischer Schulatlas. Große Ausgabe. 54. Aufl. Bearb. u. hrsg. v. Max Behle (u. a.) — Bielefeld und Leipzig: Velhagen & Klasing 1937. 12 S., 160 Rt.-S. 4<sup>o</sup> Hlw. 5.40  
Vierte Neuauflage seit der Erneuerung des Reiches, mit weiteren Umstellungen, die dem nationalsozialistischen Gedankentum voll Rechnung tragen. In diesem Sinne erfolgte die Einfügung einer lehrreichen Gegenüberstellung des alten und neuen Geschichtsbildes und verschiedener Karten zur Vorgeschichte Mitteleuropas einschließlich der germanischen Landnahme (S. 45). Auch an anderen Stellen sind verschiedene Änderungen vorgenommen, hingewiesen sei z. B. noch besonders auf Blatt 121, 131 usw. Am ganzen ist der „Puhger“ immer noch der beste derartige deutsche Geschichtsatlas, der den verschiedensten Bedürfnissen des Unterrichtes usw. Rechnung trägt.
- Winkels beste Planisphäre. Umrißkarte des Erdganzes; 1:80 Mill. Blau-Weiß-Druck; Format 30 × 50 cm. Leipzig: Velhagen & Klasing 1937. RM. — 30  
Sehr gefälliges, fast total-flächentreues Kartenbild, das sich sehr gut für Eintragungen aller Art, namentlich für Flächenvergleichszwecke eignet. Wünschenswert wäre die Herausgabe solcher Vorarbeiten in verschiedenen Größen.**
- Koch, K.:** Deutschlandkarte; 1:880 000; Buntdruck; Form. 148 × 105; Leipzig, Inselverlag 1937;  
unaufgezogen RM. 18.—  
unaufgezogen m. St. RM. 30.—  
Decorative Bildkarte als Zimmer- und Saal-schmuck, mit farbiger Hervorhebung der Waldgebiete, Grenzen und wichtigen Orte durch entsprechende Bildzeichen. Zugleich mit Wappen- und Spruchwiedergaben.
- Straßenstand von Deutschland; Atlas; 1:750 000; Form.: 23,5 × 29 cm; 30 Seiten gebettet; hrsg. vom Generalinspektor f. d. dtsh. Straßenwesen; Berlin: Verlag für Straßenperren: Georg Zwirner; 1937. RM. 3.—  
Verdienstvoller, kleiner, vor allem für praktische Zwecke gedachter Hand-Atlas, der laufend über den Verkehrsstand der Reichs- und Landesstraßen Aufschluß gibt und zugleich die Aufgabe hat, die Kraftfahrer, mit Rücksicht auf wirtschaftliches Fahren, auf die guten Straßen zu leiten.**
- Flieger-Navigationskarte der Oleg; 1:25 Mill.; Format 56 × 38 cm; Mehrfarben-Druck; hrsg. von der Deutschen Benzin- und Petroleum-Gesellschaft, Berlin-Schöneberg; Druck: Perthes, Gotha 1937. RM.  
Kleine handliche Übersicht Mitteleuropas bis zu den Alpen, mit farbigen Eintragungen aller für den Flugverkehr wichtigen Angaben.**
- Straßenvervalungskarte: L8 Konstanj; M 48 Innsbruck; J 52 Antwerpen; 1:300 000; Format 50 × 87 cm; Mehrfarben-Druck; hrsg. v. Reichsamt für Landesaufnahme; Berlin 1937. Amtl. Hauptvertriebsstelle R. Eifenschmidt. RM. 1.20  
Drei neue Teillblätter des wichtigen Kartenwertes, die gerade bemerkenswerte Ausschnitte aus dem Straßennetz der deutschen Grenzgebiete zur Darstellung bringen.**
- Edert-Bad Aachen, Mag. Prof. Dr., u. Prof. Dr. P. Zepp-Bonn: Rheinland. Rhynital. u. Wirtschaftsft. 1:700 000; Format: 29,5 × 44 cm; Farbendr., Kopf- u. Fußt.; Leipzig: Graupner & Körner 1937. RM. — 35  
Physisch- und politisch-geographische Übersicht des Rheingebietes von Rannheim bis Emmerich, westwärts bis Meh und Beroiers, also unter Ein-schluß von Lothringen, Luxemburg und Eupen-Malmedy, mit farbiger Hervorhebung der Höhenstufen, Gewässer, Siedlungen, Straßen und Grenzen. Für Unterrichtszwecke.**
- Eupen-Malmedy, St. Bith; 1:300 000; Format 17 × 25 cm; Buntdruck; Karte aus der Veröffentlichung Eupen-Malmedy, St. Bith; ein Bilderbuch; Berlin; Grenz- und Ausland, 1938.  
Farbiges übersichtskärtchen mit völkisch-sprachlicher bzw. politisch-geographischer Charakterisierung der einzelnen Teile.**
- Geologische Spezialkarte von Baden; Bl. Nr. 149; Mainau; 1:25 000; Format 47½ × 51½ cm; Buntdruck; dazu Erläuterungsheft von Ludwig Erb; hrsg. von d. bad. geologischen Landesanstalt; Freiburg; Herder & Co. 1937. RM. 4.50  
Geologische Spezialaufnahme des Gebietes von Überlingen bis Salem und Meersburg mit instrukt-**

tiver Darstellung der Drumlins bzw. Tertärgebiete; dazu eingehendes Erläuterungsheft.

12. **Ergurlionskarte** von Otten und Umgebung; 1:50 000; Format 93 × 66 cm; Buntdruck; hrsg. vom Verkehrs- und Verschönerungsverein Otten; Bern: Kümmerly & Frey, 1937. RM.

Ansprechende Übersicht der weiteren Umgebung von Otten, mit farbiger Darstellung des Geländes und besonderer Kennzeichnung der Höhenwege usw. Für den praktischen Wandergebrauch.

13. **Ergurlionskarte** Fridtal; 1:50 000; Format 61 × 43 cm; Buntdruck; hrsg. vom Verkehrsverein Fridtal; Bern: Kümmerly & Frey; 1936; Preis Fr. 1.50 bzw. Fr. 3.50

Farbige, sehr plastische und eindrucksvolle physio-geographische Höhen-schichten-übersicht mit Hervorhebung der Wanderwege. Für den praktischen Gebrauch weiterer Kreise.

14. **Brunns Karte** der Lechtaler- und Allgäuer-Alpen und des Bregenzer Waldes; 1:250 000; Format: 61 × 47 cm; 9-Farben-Druck; München: Kartographische Anstalt Brunn; 1936. RM. 1.80

Farbige vorwiegend physio-geographische Übersicht, aber mit besonderer Kennzeichnung der Straßen und Wege für den Wandergebrauch.

15. **Karte des Deutschen Reiches**; Umdruckausgabe Nr. 672; Mittenwald 1:100 000; Schwarz-Weiß-Druck; Form. 38 × 27 cm; hrsg. von der Topographischen Zweigstelle des bayerischen Landesvermessungsamtes München; 1936. RM. —.30

Neuauflage mit Berichtigungen bis 1936. Mit Darstellung des Nordtiroler Grenzgebietes. Für Studien- und Wandierzwecke.

16. **Freitag & Berndt: Touristenkarte Nr. 38**; Rißbühler Alpen u. Pinzgau; 1:100 000; Format: 78 × 51 cm; Wien: Freitag & Berndt. RM. 2.25

Übersicht der gesamten Rißbühler Alpen und des Pinzgau, etwa für den Raum von Rottenberg bis Zell am See und südwärts bis zum Gr. Benediger. Mit farbiger Kennzeichnung der Höhengschichten, der Bewachsung, der Gewässer und vor allem der Wanderwege, in klarer und übersichtlicher Ausführung. Für den Gebrauch weiterer Kreise.

17. **Entwicklung** des Deutschtums im öster-reichischen Burgenland; 1923—1934; entworfen v. Richard Marek; 1:200 000; mehrfarbig; Format: 51 × 78 cm; Kartenbeilage zu Petermann's Geographischen Mitteilungen, Heft 7/8, Jahrgang 83, 1937; Tafel 22; Gotha: J. Perthes.

Wachstumswerte Darstellung der Entwicklung des Deutschtums, mit farbigen Prozentstufen der Zu- bzw. Abnahme für die einzelnen Gemeinden.

18. **Die Verteilung** der deutschen Hof- und Familienamen im Bereiche der Steiner Alpen und ihrer südlichen Randgebiete in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts (1426—1458); bearb. von Glauert; 1:75 000; Format: 33 × 27 cm; Kartenbeilage zum Deutschen Archiv für Landes- und Volksforschung, Heft 1, 1937; Verlag Hirzel in Leipzig.

Willkommene Schwarz-Weiß-Übersicht der historischen Verteilung deutscher Hof- und Familienamen, mit Prozentstufen für die einzelnen Gemeinden.

19. **Sfifarte** San Pellegrino; 1:50 000; Mehrfarbendruck; Format: 34 × 31,5; München: Bergverlag Rudolf Rother; 1937. RM. 1.—

Kleine Weiß-Blau-Übersicht der weiteren Umgebung von S. Pellegrina in den Dolomiten, mit farbiger Hervorhebung der Etwege und mit sonstigen Angaben für den Skisport.

20. **Carta Dello Stato Delle Strade, d'Italia** Estate Autunno 1937; 1:1 Mill.; Bunt-Druck; Format: 125 × 49,5 cm; hrsg. v. Reale Automobile Club d'Italia; Novara: Istituto Geografico de Agostini; 1937; Lire 5; ca. RM. —.65

Ausgezeichnete farbige Autotarte, mit leichter Andeutung des Geländes und sehr übersichtlicher Heraushebung und Charakteristik der einzelnen Straßen. Dazu ein Ergänzungsheft mit zahlreichen, ebenfalls farbigen Durchfahrtsplänen (sowie ein Erläuterungsheft).

21. **Romania, Harta Starei Drumurilor**; Straßenzustandskarte; 1:1125 000; Mehrfarbendruck; Format: 58,5 × 44,5 cm; mehrsprachig; hrsg. L'Office de Tourisme de L'Automobile-Club Royal de Roumanie Bucuresti (Bukarest); 1937.

Neuauflage der praktisch wichtigen Straßen-zustandskarte, für den Sommer 1937, mit zahlreichen Durchfahrtsplänen. (Bergl. Wd., Heft 8, 1937, S. 584, Nr. 38). RM. —.50

22. **Die Besiedlung** Süd-Böhmens und die Witigonen; 13. Jahrhundert; Maßstab ca. 1:350 000; entw. von Zatsch; Schwarz-Weiß-Druck; Format: 43 × 53 cm; Karte im ersten Heft des Deutschen Archivs für Landes- und Volksforschung 1937, Leipzig; S. Hirzel. RM.

Schwarz-Weiß-Übersicht der verschiedenen Herrschafts- und Klosterbesitzungen usw., besonders auch der Witigonen-Sitze in Süd-Westböhmen, in dem Raum von Budweis bis zur Donau.

23. **Pharus-Wanderkarte** des Bayerischen Waldes und Böhmerwaldes. Straubing; Ortolf & Walther (1937). Format: 99,5 × 87,5 cm (Farbendr.). RM. 1.80

Wandertarte für das böhmisch-bairische Grenzgebiet von Ehem bis Kirchwartha, mit Berücksichtigung nur der unmittelbar angrenzenden böhmischen Teile. Für den Gebrauch weiterer Kreise.

24. **Deutsches Stadtrecht** in Böhmen; entw. von Weisfäcker; ca. 1:1,7 Mill. Schwarz-Weiß-Druck. Format: 25 × 17 cm; Karte in Heft I des Deutschen Archivs für Landes- und Volksforschung 1937; Leipzig; S. Hirzel.

Wachstumswertes Versuch zur Darstellung des Vordringens der verschiedenen deutschen Stadtrechte (besonders Magdeburg, Rürnberg, Wien) in den böhmischen Raum. In Schwarz-Weiß-Ausführung.

25. 1. **Schematische Karte** eines projektierten tschechisch-urainischen russischen Korridors.

2. **Schematische Karte** ohne den projektierten tschechisch-urainisch-russischen Korridor; 1:5,5 Mill. je Karte. Format: auch



30 × 28 cm; Mehrfarbendruck; hrsg. vom Slomatischen Rat in Genf; 1936.

Politische Propagandakarte, die die Bedeutung des russisch-finnischen Zusammengehens für Mitteleuropa und die Gefahr eines östlich-russischen Korridors für Polen und die Donaustaaten erkennen läßt.

26. **Überfichtskarte von Mitteleuropa**; R 54 Alfenstein; 1 : 300 000; Format: 44 × 34 cm; Buntdruck; hrsg. v. Reichsamt f. Landesaufnahme (amtl.); Berlin 1936. RM.

Neue Ausgabe mit Nachträgen bis 1932. Enthält zugleich die Straßenanschlüsse in das süblich anliegende polnische Gebiet.

27. **Suomen Yleiskartta**; 1 : 400 000; (Generalkarte über Finland); vollständig in 30 Blättern; A 4, A 5, C 2, C 4, D 5, F 3; hrsg. von Maanmittaushallituksen toimittama Helsingfors (Helsinki), 1936, je Blatt 20.—

Neue Teilblätter der finnischen Überfichtskarte 1 : 400 000, aus verschiedenen Teilen des Landes, namentlich aus den östlichen Randgebieten. In der üblichen ansprechenden Ausführung, mit farbiger Hervorhebung der Gewässer und Grenzen sowie leichter Andeutung der Geländeformen.

28. **Suomen Maanteiden Yleiskartta** (Straßenkarte von Süd-Finnland) 1 : 1 Mill.; Format: 72 × 58 cm; hrsg. v. Maanmittaushallituksen toimittama, Helsingfors (Helsinki), 1936.

Reine Straßenkarte für das Gebiet des süblichen Finnlands, nordwärts bis Dufa, mit farbiger Eintragung und Charakterisierung der einzelnen Straßenzüge. Mit finnischer und schwedischer Beschriftung bzw. auch mit deutscher und englischer Zeichenklärung. Auf der Rückseite zahlreiche Ortsdurchfahrtspläne.

29. **Kungl. Automobilklubs Bens**: Karta över Sverige (Autoatlas von Schweden); 1 : 500 000. Buchformat: 17 × 26 cm; 13 mehrfarbige Kartenblätter; hrsg. v. Generalstaabens Litografiska Anstalt Stockholm, 1936. RM. 9.25

Reiner Autostraßenatlas, in 13 überfichtlichen Teilblättern für das Gesamtgebiet von Schweden, ohne Berücksichtigung der angrenzenden norwegischen Teile. Mit farbiger Kennzeichnung der Gewässer und Grenzen sowie besonderer Hervorhebung und Charakterisierung der verschiedenen Straßen.



30. **Grönland**: 1 : 5 Mill.; Mehrfarbendruck; Format: 50,5 × 57 cm; hrsg. v. d. Geodætisk Institut, Köbenhavn (Kopenhagen) 1937.

Bilfkommene farbige Gesamtüberficht von Grönland, namentlich auch mit Eintragung der Siedlungen, Minen, Radiostationen sowie der Grenzen.

31. **Ostgrönland**, Blatt 1 : 250 000, 10 Blätter von 66° 3' — 74° 3'; Format: 40 × 45 cm; Buntdruck; hrsg. v. d. Geodætisk Institut, Köbenhavn (Kopenhagen) 1937. RM.

Wertvolle Überfichtskarte, nach neuen Aufnahmen aus den Jahren 1931—34, zum Teil noch in vorläufiger Ausgäbe. Überaus instruktive Landshalts- und Berggletcherungsausschnitte.

32. **Vollbrecht, A.**: Deutschlands Kolonien. (Wand-Karte. 1 Taf. mit Karten in verschied. Maßstäben, graph. Darst. u. Text. Nebst.) Geleitworte. Nörten-Hardenberg i. Hann.: Selbstverf. 1937. 1 St. 172,5 × 109 cm; 4 Bl. 8° (F. u. Ant. Farbendr. Kopf- und Fußt.

m. Lw. u. St. u. geh. RM. 17.50  
a. Lw. m. St. ungeh. RM. 27.—

Politisch-geographische Überfichtskarte Afrikas mit Angabe der deutschen Kolonien. Für jede einzelne Kolonie einschließlich des Südbereiches ist jebann eine größere Nebenkarte beigegeben, die vor allem wirtschaftliche Eintragungen enthält. Beigegeben sind ferner verschiedene ergänzende geschichtliche, statistische und wirtschaftliche Angaben. Hauptzächlich für Schulungszwecke weiterer Kreise.

## Aus der Stadt der Auslandsdeutschen

### Grenz- und Auslandsdeuschtum in den Volksbüchereien der Stadt Stuttgart

Die heutige Volksbücherei betrachtet es als ihre Aufgabe, durch Bearbeitung von Bücherverzeichnissen über einzelne, zeitnahe Probleme ihre reichen Bestände

auch für den zu erschließen, der nicht gewohnt ist, seine Literatur aus großen nach nur wissenschaftlichen Gesichtspunkten gegliederten Katalogen zumeist mühsam zusammenzusuchen. Sie hat das Gebiet der Länder- und Völkertunde in folgende Teilverzeichnisse aufgelöst: Deutsches Land und Volk, Die Welt um Deutschland, Rassenkunde, Grenz- und Auslandsdeuschtum, Fahrten

und Forschungen, Im Hochgebirge. Zurzeit wird dazuhin noch an einem Verzeichnis Die Kolonialfrage gearbeitet. Aus dem Titel der Kataloge ersieht jeder ohne weiteres, daß es sich zumeist nicht nur um länderkundliche Fragen handelt, sondern daß jeweils versucht wurde, das Problem als Ganzes zu erfassen. Im Verzeichnis „Deutsches Land und Volk“, wie auch in seinem Gegenstück „Die Welt um Deutschland“ wurden genau so geschichtliche, geisteswissenschaftliche, wirtschaftliche, und vor allem politische Werke herangezogen. Dadurch wird eine allseitige Betrachtungsweise erreicht, die erst Gemähr für eine tieferdringende Erfassung der Probleme gibt.

Von den genannten Verzeichnissen liegen

in gedruckter Form vor: Fahrten und Forschungen, Rassenkunde, Grenz- und Auslandsdeutschtum.

### Lehrgänge der NS.-Frauenshaft

In dem Wohnheim für deutsche Frauen aus dem Ausland finden im Laufe des Februar Schulungslehrgänge für die Gauabteilungsleiterinnen Grenze und Ausland, der Sachbearbeiterinnen für Grenzlandarbeit, insbesondere Westlandschulung und der Sachbearbeiterinnen für volksdeutsche Arbeit statt. In enger Zusammenarbeit mit dem D.A. werden alle wichtigen Fragen der volksdeutschen Arbeit in Referaten der Mitarbeiter des D.A. zur Behandlung kommen.

## Mitteilungen des D. A. S.

### Geschenke der Stadt Stuttgart an das D.A.S.

Das Adreßbuchamt der Stadt Stuttgart hat in dankenswerter Weise der Hauptstelle für auslandsdeutsche Sippenkunde wiederum eine große Anzahl in- und auslandsdeutscher Adreßbücher älterer Jahrgänge zum Geschenk gemacht. Es handelt sich insgesamt um 63 Bände, die für die Arbeit der Hauptstelle von großer Wichtigkeit sind.

### Betriebsappell und Ehrung einer Mitarbeiterin

Am Montag den 31. Januar versammelte sich die Gefolgschaft des D.A. zu einem Betriebsappell aus Anlaß der 5. Wiederkehr des Tages der nationalen Erhebung. Der Leiter des Instituts, Dr. Csaki und Betriebsobmann Pg. Platten sprachen von der Aufbauarbeit des Nationalsozialismus in den verfloßenen Jahren und wiesen zugleich auf die Bedeutung des Tages für die Arbeit des Instituts hin. Daran anschließend wurde in herzlichen Worten des Leiters und des Betriebsobmannes der an diesem Tage aus-

scheidenden Mitarbeiterin, Fräulein Elisabeth Huber, die während 18 Jahren im Institut tätig gewesen war, gedacht. Neben einer Erinnerungsgabe der Gefolgschaft erhielt sie von Dr. Csaki zugleich im Auftrag des Präsidenten des Deutschen Ausland-Instituts, Oberbürgermeister Dr. Strölin, die bronzene Plakette des D.A. in Anerkennung ihrer Verdienste überreicht.

### Deutsche Kunst aus der Zips im Ehrenmal

Am 27. Januar wurde im „Ehrenmal der deutschen Leistung im Ausland“ eine Ausstellung deutscher Kunst aus der Zips eröffnet. Es handelt sich dabei um eine Sammlung ausgezeichneten photographischer Aufnahmen des Münchner Dozenten Dr. Oskar Schürer, der zu verschiedenen Malen die Zips bereiste, um das reiche deutsche Kulturgut zu erforschen. In einem Lichtbildervortrag sprach auch Dr. Schürer selbst über seine Reisen und stellte das von ihm entdeckte und gesicherte Material in den Zusammenhang der gesamtdeutschen Volks- und Kunstgeschichte.

Hauptchriftleiter: Dr. Hermann Rüdiger, Stuttgart-S, Danziger Freiheit 17. Anzeigenleiter: Otto Rau, Stuttgart-S, D.A. IV, Bf. 37 4641. Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 8. Herausgeber: Deutsches Ausland-Institut, Stuttgart. Druck und Verlag: Karl Weinbrenner & Söhne, Stuttgart-S, Kolbstr. 4 C.

Zuschriften, welche die Schriftleitung betreffen, sind an diese zu richten, alle übrigen an den Verlag.